

Sand im Getriebe 31

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac-austria.org/sig/sig.php email an die Redaktion: sig@attac.de

Soziale Aneignung statt globale Enteignung

Das Maß ist voll. Die Wut steigt. Die Zumutungen der Agenda 2010 werden nicht hingenommen! „Wir begrüßen die Initiative des Europäischen Sozialforums und die geplanten Aktionen des Europäischen und Deutschen Gewerkschaftsbundes den Kampf gegen Sozialabbau am 2. und 3. April 2004 europaweit gemeinsam mit den sozialen und politischen Bewegungen zu verstärken. Uns eint der prinzipielle Widerstand gegen Sozial-, Bildungs- und Lohnabbau sowie die Einschränkung der Tarifautonomie und die Aushöhlung des Flächentarifvertrages“. (Erklärung der Frankfurter Aktionskonferenz).

Der Sozialkahlschlag ist nicht nur unerträglich, unmoralisch und reaktionär. Die für solche Maßnahmen herangezogenen „ökonomischen“ Begründungen halten zudem einer kenntnisreichen Kritik nicht stand.
(Beiträge von Gerd Bosbach, und Rainer Roth).

Was der Abbau des Sozialstaates für viele Menschen bedeutet, schildert eine Reportage über die **Armut in den USA**; Berichte über die Lage der Menschen und insbesondere der **Frauen in Asien, Lateinamerika und Afrika** heben hervor:
Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sondern bitter nötig.

Aber: **Wie können die massiven Angriffe abgewehrt werden?**

WELCHE Welt, welche sozialen, politischen, Eigentumsverhältnisse sind anzustreben?

Wer kann, wer soll sich dafür einsetzen - und wie?

Die Beiträge in dieser Nummer geben dazu **mehrere Antworten**, teils kontrovers, teils sich ergänzend:

„**Gesellschaftliche Aneignung statt private Enteignung**“;

diese Perspektive entwickelt **Christian Zeller**. Damit wird der „Kern der Eigentumsfrage“ getroffen: „Voraussetzung für gesellschaftliche Aneignungsprozesse sind die Selbstorganisation und eine demokratische gesellschaftliche Kontrolle“. Dies in Abgrenzung sowohl zum „klassischen sozialdemokratischen Reformismus als auch zu „radikalere“ Formen der Übernahme der Staatsgewalt“.

„**Lokalisieren statt Globalisieren**“, damit meint **Maria Mies** „das Inkraftsetzen neuer Subsistenzprinzipien“ in Gegensatz zu der „selbstmörderischen Wachstumslogik des Industriesystems“.

„**Alternativen zur "Agenda 2010": Vollbeschäftigung erwirken!**“, dies entwickelt **Astrid Kraus**.

„**Sich selbst eine Arbeit geben - Alternativen zur "Repressanda 2010": Umverteilung und Aufwertung der Kommunen**“, in diesem viel debattierten Vortrag entwickeln **Peter Grottian, Wolf-Dieter Narr und Roland Roth** auch ihr Konzept von einer
„menschenrechtsgemäßen Grundsicherung statt Sozialhilfe“.

„Widerstand gegen Sozialabbau (kann) hier im Norden in einen internationalistisch-emanzipatorischen oder in einen affirmativ-reformistischen Rahmen gestellt werden“ meint **Thomas Fritz** und warnt vor einer „**Reduktion auf die Verteilungsfrage**“.

„Sich direkt den breiteren Bevölkerungsschichten zuwenden“,

dazu ruft der Verwaltungsrat von **Attac Frankreich** auf, denn „ohne mehrheitliche Teilnahme und Mobilisierung der breiteren Bevölkerungsschichten wird keine andere Welt möglich sein.“

Inhalt

Aufrufe		
20.3.	Global Day of Action against Irag war	3
Frankfurter Apell	Alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag, für Umverteilung von oben nach unten	3
Attac Österreich	Aufruf zum internationalen Aktionstag gegen Sozialabbau aus Österreich	4
Attac D	Genur für alle	5
Analyse		
Christian Zeller	Die Eigentumsfragen ernst nehmen!	6
Globale Wirklichkeiten		
Isabelle LIKOUKA	: Wie das « irgendwie Zurechtkommen » Afrika tötet	14
Christa Wichterich:	Geheuert, gefeuert -Weltmarktarbeiterinnen im Rennen nach unten	15
Jorge Coarasa	Armut aus der Sicht der lateinamerikanischen Frau	16
	Sozialabbau: EU-Länder im Überblick	17
NDR-Feature	USA: Vier Jobs, drei Kinder, keine Wohnung	20
Gerd Bosbach	Die modernen Kaffeesatzleser	23
Kontroversen		
Thomas Fritz:	Gegen die Reduktion auf die Verteilungsfrage	26
Astrid Kraus	Alternativen zur "Agenda 2010"	27
Maria Mies	Lokalisieren statt Globalisieren	29
Rainer Roth	Sozialabbau dient dem Lohnabbau	31
Rainer Roth	Zu den Ursachen der gegenwärtigen Krise der Staatsfinanzen und der Sozialversicherung	35
Peter Grottian, Wolf-Dieter Narr , Roland Roth	Sich selbst Arbeit geben: Alternativen zur "Repressanda 2010": Umverteilung und Aufwertung der Kommunen	38
Verwaltungsrats von attac Frankreich	Ausweitung der Aktivitäten auf breitere Bevölkerungsschichten	43

Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die die SiGs erst möglich machen.

Die Redaktion: Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann (Attac Deutschland),

Barbara Waschmann (Attac Österreich); Karin Vogt, Johannes Gruber, Gisela Burkhalter (Attac Schweiz)

Wir verschicken „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis

Bezugsbedingungen: - Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de

- Rechnungsbetrag (inkl. Porto): 1 Heft: 3€ 2 Hefte: 5€ 3 Hefte 7€ ab 4 Hefte: 2 €pro Heft
 ab 10 Hefte: 1, 80 €pro Heft Abonnement: 14€für 6 Ausgaben.

- Das Verschicken erfolgt NACH dem Ein gang des Betrags auf das Konto: Kontoinhaber:
- Förderverein für Attac in Hamburg e.V. Kontonummer: 211 000 000 BLZ: 43 06 09 67 Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG Auf dem Überweisungsschein unbedingt angeben: SIG und die bestellte(n) Nummer(n).

Brandaktuelle Analysen vor allem aus dem französischen Sprachraum zum Thema „Globalisierung und Krieg“:

Die globale Enteignungsökonomie

Herausgegeben von Christian Zelle, Attac Schweiz

ISBN : 3-89691-549-5

Erschienen: Februar 2004

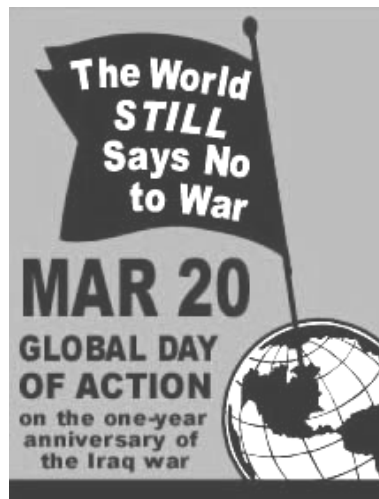
Mit den Protesten in Genua erlebte Attac einen Auftrieb, der selbst seine größten Anhänger überraschte. Dieser weltweite Erfolg ist nicht zuletzt begründet in einer tief greifenden Akkumulationskrise und Umbruchphase des Kapitalismus. Die "new economy" hielt ihre Versprechungen nicht. Sie bietet keine tragfähige Grundlage für ein stabiles, weltweites Wachstum.

Im neuen finanzdominierten Akkumulationsregime tritt die Akkumulation durch Enteignung hervor. Dazu zählen die Aneignung finanzieller Einkünfte sowie biologischer und intellektueller Ressourcen, Privatisierungen und imperialistische Kriege. Der militärisch-industrielle Komplex, insbesondere in den USA, dient der militärischen Durchsetzung dieser globalen Enteignungsökonomie. Nicht zuletzt damit verschärfen sich Widersprüche und Instabilität. Die im Band versammelten AutorInnen - nicht zufällig aus dem Umfeld von Attac - diskutieren auf der Grundlage unterschiedlicher regulationstheoretischer und marxistischer Interpretationen die aktuellen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus. Dabei werden der deutschsprachigen Leserschaft bislang kaum bekannte Ansätze der französischen und angelsächsischen Debatten vorgestellt. Es schreiben François Chesnais, David Harvey, Michel Husson, Claude Serfati, Stéphanie Treillet und Christian Zeller.



Den Beitrag **Die Eigentumsfragen ernst nehmen!** haben wir diesem sehr empfehlenswerten Band entnommen

MARCH 20 de MARZO



Please check the links below/ Por favor vea los links abajo:
www.march20th.org <http://www.stopwar.org.uk/march20>
<http://www.internationalanswer.org/campaigns/m20/m20transp.html>

Frankfurter Apell zum 2. und 3. April 2004: **Alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag, für Umverteilung von oben nach unten**

Die große Koalition in Berlin hat die Agenda 2010 beschlossen. Wir lehnen sie ab. Weitere Verschlechterungen sind bereits angekündigt. Wir wollen und werden sie nicht hinnehmen.

Wir begrüßen die Initiative des Europäischen Sozialforums und die geplanten Aktionen des Europäischen und Deutschen Gewerkschaftsbundes den Kampf gegen Sozialabbau am 2. und 3. April 2004 europaweit gemeinsam mit den sozialen und politischen Bewegungen zu verstärken.

Uns eint der prinzipielle Widerstand gegen Sozial-, Bildungs- und Lohnabbau sowie die Einschränkung der Tarifautonomie und die Aushöhlung des Flächentarifvertrages.

Wir treten ein für:

- einen gesetzlichen Mindestlohn, der zum Leben reicht,
- ein ausreichendes und garantiertes Mindesteinkommen ohne Bedürftigkeitsprüfung für alle Erwerbslosen, das ein Leben in Würde ermöglicht;
- die Senkung des Renteneintrittsalters ohne Abschläge auf existenzsicherndem Niveau;
 - eine einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung für alle;
 - die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen, der steuerfreien Veräußerung der Unternehmensbeteiligung, eine stark progressive Besteuerung der Gewinne, Vermögen und Einkommen sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer;
 - den Ausbau der Erziehungs- und Kultureinrichtungen;
- einen unbeschränkten Zugang zu freier Bildung, gegen Elite-Universitäten und gegen eine Kommerzialisierung der Bildung (keine Bachelor/Master-Studiengänge, keine Studiengebühren, keine Studienkonten);
- die Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich;
 - qualifizierte Ausbildungsplätze für Jugendliche durch Umlagefinanzierung;
- eine drastische Reduzierung der Rüstungsausgaben; dafür demonstrieren wir mit der Antikriegsbewegung am 20. März 2004 gegen Krieg und die Militarisierung der Außenpolitik;
- Stopp und Rücknahme der Privatisierung, für eine öffentliche Daseinsvorsorge; - eine Gemeindefinanzreform, welche die Finanzkraft der Kommunen wiederherstellt und stärkt.

Wir wollen die Rücknahme der Agenda 2010, den Sozial-, Bildungs- und Lohnabbau stoppen und ihn nicht sozialverträglich mitgestalten, sondern leisten Widerstand.

Für diese Ziele kämpfen wir auch bei den Europäischen Aktionstagen am 2. und 3. April 2004. Diese müssen durch vielfältige regionale und betriebliche Aktivitäten bis hin zu Streiks vorbereitet werden. Wir halten bundesweite betriebliche Proteste während der Arbeitszeit für nötig. Wir werden mit den Gewerkschaften und den regionalen Bündnissen unsere Aufklärungs- und Informationsarbeit fortsetzen und verstärken. Wir sind uns allerdings bewußt, dass wir diese gemeinsame Arbeit über die europaweiten Aktionstage hinaus kontinuierlich fortführen müssen.

Beginnen wir jetzt damit – in Betrieben und Gewerkschaften, in Verwaltungen, Schulen und Hochschulen, Kirchengemeinden und Selbsthilfegruppen sowie überall in der Gesellschaft.

Abschlußerklärung auf der Aktionskonferenz am 17. und 18. Januar 2004 in Frankfurt am Main
<http://www.alle-gemeinsam-gegen-sozialkahlschlag.de/frankfurterapell.htm>

Aufruf zum internationalen Aktionstag gegen Sozialabbau aus Österreich

Die neoliberale Offensive stellt eine soziale Errungenschaft nach der anderen in Frage: das öffentliche Pensionssystem, die Bildung, letztendlich den Sozialstaat insgesamt. Der jüngste Pensionsraub von Schwarz-Blau, der nun notdürftig kaschiert wird, oder die sogenannte "Steuerreform" sind Beispiele dafür, wie von unten nach oben umverteilt wird. Vor allem die Gewerkschaften sollen an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden.

Gegen diese Entwicklung hat sich breiter Widerstand entfaltet: während in Österreich am 13. Mai 2003 gegen die Pensions"Reform" von Schwarz-Blau mobilisiert wurde, streikten am selben Tag unsere französischen KollegInnen. Am 24. Oktober organisierten Italiens Gewerkschaften einen Generalstreik gegen die Pensionskürzungspläne von Berlusconi & Co. Es folgte eine Demonstration von 1,5 Millionen(!) Menschen in Rom. Anfang November demonstrierten in Berlin 100.000 gegen die Sozialkahlschlagpläne von Rot-Grün.

Nach den Abwehrkämpfen in den einzelnen Ländern geht es nun darum, diese auf europäischer Ebene zusammenzufassen. Der ÖGB-Kongress im Oktober hat demzufolge beschlossen, die "Kämpfe international zu synchronisieren". Ein gleichlautender Beschluss erfolgte auf dem Europäischen Sozialforum (ESF) in Paris/St.Denis im November. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat den 2. und 3. April 2004 als Termin für einen "sozialen Aktionstag" auf dem ganzen Kontinent festgelegt.

In seiner Erklärung ruft der EGB auf, "Protestaktionen und Massendemonstrationen in den Hauptstädten und in anderen großen Städten Europas zu organisieren". Weiters zu "Konferenzen und Informationsveranstaltungen, um das Bewußtsein der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für das, was auf dem Spiel steht, zu stärken".

Die Zeit ist reif, die Beschlüsse in konkrete Taten umzusetzen. Aus diesem Grund rufen wir hiermit - wie schon im Frühjahr 2003 mit der "Aktionseinheit 13. Mai" - zu einem breiten Zusammenschluß aller zivilgesellschaftlichen Kräfte für die Organisation des internationalen Aktionstags auf.

AKTIONSEINHEIT Österreich 2./3. APRIL 2004

Attac Deutschland: Unterschreibt gegen Sozialkahlschlag! SPD, wir wollen mehr!

Es genügt nicht das Personal auszuwechseln – wir wollen eine andere Politik!

Wir fordern ein Ende der Sozialabbaupolitik, die RentnerInnen, Kranke, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger bestraft und gleichzeitig Vermögende, GroßverdienerInnen und Konzerne mit Steuergeschenken beglückt.

Als ersten Schritt fordern wir auf die nächsten beiden Sozialabbaupläne der Bundesregierung zu verzichten:

- Keine Steuersenkung für Kapitaleinkommen auf 25%. MillionärInnen dürfen nicht weniger Steuern zahlen als ArbeitnehmerInnen.
- Keine Kürzung der Renten. Auch ohne den geplanten sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor ist genug Geld für die Renten da, bis 2030 werden nicht einmal die Beitragssätze ansteigen.

Ich unterstütze die Mobilisierung von Sozialen Bewegungen, Attac und Gewerkschaften für Großdemonstrationen gegen Sozialabbau und für ein soziales Europa am 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart.

Unterschreibt gegen Sozialkahlschlag!

Demonstriert am 3.4. gegen Sozialabbau!

*Die Unterschriften werden der Bundesregierung zum 15. März übergeben. Die Unterschriftenlisten deshalb bitte senden an:
Attac Bundesbüro, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M. oder per Fax an 069-900 281-99*

Weitere Unterschriftenlisten können, wenn sie nicht kopiert werden, im Internet unter heruntergeladen werden.

www.attac.de/genuefueralle

Genug für alle

Aufruf des bundesweiten Koordinationskreis von Attac De Europaweite Aktionstage gegen Sozialkahlschlag

Seit gut zwanzig Jahren beschleunigt sich weltweit ein Prozess, der nahezu alle Tätigkeiten der Menschen und die natürlichen Ressourcen der Erde allein unter marktorientierten Gesichtspunkten bewertet.

Dies hat zu gigantischem Reichtum und extremer Ausbeutung geführt – das sind die zwei Seiten derselben Medaille. Der zunehmende Sozialabbau in Deutschland und anderswo ist die zwangsläufige Folge dieser Dynamik. Im Zuge der Globalisierung werden nationale Grenzen und Schutzgesetze für den Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr weitgehend außer Kraft gesetzt. Im direkten Konkurrenzkampf stellen sich die Unternehmen unter gnadenlosen Druck ihre Profite zu steigern. Das kann nur gelingen wenn massiv Kosten gesenkt werden – in Form von Maschineneinsatz, Lohndumping und Massenentlassungen. Wachsende Erwerbslosigkeit und Lohnsenkungen führen aber direkt zum Abbau lohnfinanzierter Sozialsysteme.

Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche sowie Steuerflucht sind ebenfalls Kostensenkungsmaßnahmen. Der Standort Deutschland – so heißt es – müsse um jeden Preis erhalten werden. Die Folge sind hochverschuldete Städte und Kommunen, die ihre Dienstleistungen herunterschrauben – zu Lasten aller, vor allem der sozial Schwachen. Zudem fordert neuer Profit neue Märkte – gerade die Privatisierung der noch öffentlichen Sozial- und Bildungssysteme verspricht Milliardengewinne.

Die neoliberale Politik ist international. Den verschuldeten Ländern des Südens wird sie seit Jahren unter der Parole der Strukturanpassung aufgezwungen. Angeblich sollen sich Wohlstand und Sicherheit ausbreiten. Was sich aber ausbreitet sind die Lebensumstände der so genannten dritten Welt. Die Menschen in den arm gemachten Ländern können uns ein Lied singen von der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, von der Zerstörung lokaler Märkte und Infrastrukturen, von der Auflösung kultureller Vielfalt und von der Übernahme des Wettbewerbs-

denkens in alle, auch zwischenmenschliche Bereiche – ein zorniges Lied von der immer größer werdenden Kluft zu einer kleinen, reichen Oberschicht.

Agenda 2010, Gesundheitsreform, Elite-Universitäten und der Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge sind nichts weiter als Strukturanpassungsprogramme auf deutsch. Durchgeboxt von der rot-schwarz-grün-gelben Neoliberalen Einheitspartei Deutschlands.

Erwerbstätige werden zur Verhandlungsmasse im Konkurrenzkampf der Unternehmen. Die Umsetzung der Hartz-Gesetze höhlt das Tarifvertragsrecht aus, es zwingt die Erwerbslosen in Niedriglohn.

Dadurch erhöht sich der Druck auf die Beschäftigten enorm und treibt sie ebenfalls in prekäre Arbeitsverhältnisse.

Weitere VerliererInnen sind Kinder, Auszubildende, Alte, Kranke, Erwerbslose, MigrantInnen – alle diejenigen, die ihre Arbeitskraft nicht gewinnbringend zu Markte tragen können und angewiesen sind auf öffentliche Gesundheits-, Sozial- und Bildungssysteme.

Und wer fängt die Bedürftigen auf, die durch das immer großmaschigere Netz fallen? Es sind die Frauen, die weltweit die wegbrechende staatliche Fürsorge auszugleichen haben. Abgedrängt in die Rolle der kostenlosen Kinder-, Alten- und Krankenpflegerin, in die Rolle der schlecht bezahlten Hinzuverdienerin – auf Kosten ihrer eigenen Daseinsvorsorge. Noch sind es vor allem Frauen, die in flexibilisierten, wenig gesicherten Arbeitsverhältnissen stehen. Sichere Arbeitsplätze für Frauen gibt es gerade im öffentlichen Sektor. Die so genannten Reformen zerstören aber genau diesen Bereich.

Das ausbeutbare Modell der Hausfrau und Geringverdienerin wird im Zuge der Globalisierung auch auf die männlichen Erwerbstätigen ausgedehnt. Im Ergebnis dieser Abwärtsspirale sinken die Einkommen aller Beschäftigten dauerhaft.

Die neoliberale Politik ist international und angeblich alternativlos.

Aber Politik ist menschengemacht – das heißt sie kann verändert werden. Es ist möglich für ein gutes Leben für alle zu wirtschaften.

Noch nie gab es so viel Reichtum wie heute. Es ist genug für alle da.

Jeder Mensch hat ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum. Das muss sich niemand verdienen, das ist Menschenrecht.

Attac ruft alle BürgerInnen in diesem Land auf, gemeinsam mit den BürgerInnen in ganz Europa, für dieses Recht zu demonstrieren.

Schluss mit Strukturen, die Kriege fördern und milliardenfache Ausbeutung hervorbringen.

Zusammen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft rufen wir jede und jeden auf, durch die Teilnahme an den europaweiten Demonstrationen am 3. April – in Deutschland: Berlin, Köln und Stuttgart – und bei den dezentralen Aktionen in den Betrieben am 2. April ein klares Zeichen zu setzen:

Schluss mit Propaganda im Dienste der Profitsteigerung!

Schluss mit Umverteilung von unten nach oben!

Schluss mit neoliberaler Politik in allen ihren Formen!

Wir fordern:

- die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme auf der Basis der gesamten Wertschöpfung, also durch Arbeits- und Kapitaleinkommen
- Schließung der Steueroasen
- internationale Durchsetzung sozialer und ökologischer Regeln

Und nach dem 2./3. April? Lasst uns in Versammlungen und Diskussionen, in Foren und Kongressen Eckpunkte einer neuen Politik und konkrete Maßnahmen erarbeiten, mit denen eine andere Welt, ein anderes Leben wirklich werden können. Nehmen wir uns die Zeit, nutzen wir unsere Fähigkeiten und Bedürfnisse, teilen wir uns den Reichtum.

Denn: Es ist genug für alle da!

<http://www.attac.de/genug-fuer-alle/>

Der Aufruf kann heruntergeladen werden:

https://www.attac-netzwerk.de/aktuell/aufruf_3_4.pdf

Die Eigentumsfragen ernst nehmen!

Die Aktualität von Enteignung und Aneignung in der globalen Ökonomie

Krieg ist zweifellos die brutalste Form, um Enteignungsprozesse durchzusetzen. Und es ist denkbar, dass die anhaltende Besetzung des Irak den Durchbruch zu einer neuen Phase imperialistischer Herrschaft und neokolonialer Unterwerfungsbestrebungen darstellt. Die Privatisierung und Aneignung öffentlicher Dienste durch transnationale Konzerne, die Auseinandersetzungen über intellektuelle Eigentumsrechte und natürliche Ressourcen sowie vor allem die US-Strategie des „Krieges ohne Grenzen“ und des Präventivkrieges und die kriegerische Aneignung der irakischen Ressourcen durch die USA werfen grundsätzliche Fragen über das Funktionieren des Kapitalismus. Insbesondere stellt sich die Frage, inwiefern als Antwort auf und Ergänzung zur krisengeschüttelten erweiterten Reproduktion Akkumulationsprozesse durch Enteignung die aktuelle Phase des Kapitalismus kennzeichnen.

Vielschichtige Enteignungsprozesse

Die Frage nach der Enteignung ist nicht neu. Karl Marx verwendete einen Großteil seiner Anstrengungen, um die vielschichtigen Enteignungsprozesse zu analysieren. Allerdings widmete er sich vor allem den Prozessen der erweiterten Reproduktion und der Ausbeutung der Lohnarbeit. Er ging davon aus, dass die räuberischen Prozesse, die er bei der ursprünglichen Akkumulation identifizierte, mit der vollen Entfaltung des Kapitalismus in den Hintergrund getreten seien. Die Lohnarbeit stellt letztlich die zentrale Form der Expropriation dar. **Die Kapitaleigentümer eignen sich die unbezahlte Mehrarbeit der Lohnabhängigen an.** Aus der Differenz zwischen dem gesamten von den Lohnabhängigen produzierten neuen Wert und den zu ihrer Reproduktion verausgabten Kosten ergibt sich der **Mehrwert**. Die Reproduktion umfasst je nach Entwicklung des Kapitalismus und der politischen Kräfteverhältnisse weit mehr als nur die physische Reproduktion. Die Abschöpfung von Mehrwert und die Ausbeutung der Arbeitenden sind nach wie vor zentral im Akkumulationsprozess und wurden mit wachsender Arbeitsproduktivität gesteigert.

Im Zuge der Debatten über den Imperialismus wird wieder verstärkt die Frage aufgeworfen, ob die Enteignungsprozesse, die Marx bei der ursprünglichen Akkumulation und beim Entstehungsprozess des Kapitalismus verortete, andauern und schlechthin ein zentrales Kennzeichen des zeitgenössischen Kapitalismus sind. Um diese Frage zu klären, ist eine begriffliche Differenzierung vorzunehmen. Neben der **erweiterten Reproduktion** des Kapitals, die mit dem Anwachsen der Produktionskapazitäten einhergeht, lassen sich **fünf weitere Akkumulationsmechanismen** unterscheiden, die auf Enteignungsprozessen, Gewaltverhältnissen und neuen Formen von Eigentumsrechten beruhen. Diese können sich überschneiden und daher in einander übergehen. Dennoch sind sie von einander zu unterscheiden, sowohl auf konzeptueller Ebene wie auch bezüglich ihrer sozialen Auswirkungen:

- Formen der klassischen ursprüngliche Akkumulation;

- moderne Formen der Erweiterung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse;
- Prozesse wie Fälschungen und Raub;
- Akkumulation durch Aneignung, Abschöpfung und Zentralisierung von Teilen des in anderen sozialen Organisationsformen erzeugten Werts und Mehrwerts;
- Patentierungen und Ausweitungen intellektueller Eigentumsrechte.

Für die Entstehung des Kapitalismus waren gemäß Marx' Analyse der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals zahlreiche Enteignungsprozesse maßgebend (Marx 1867: Kapitel 24). Dazu gehörten: die Umwandlung von Land in eine Ware und dessen Privatisierung, verbunden mit der Vertreibung der Landbevölkerung; die Umwandlung kollektiver Eigentumsrechte in private Eigentumstitel; im Rahmen der Einhegungen („inclosures“) wurden die Rechte auf Gemeindeland („commons“) unterdrückt; die Kommodifizierung der Arbeitskraft und die Unterdrückung anderer Produktions- und Lebensformen (beispielsweise Subsistenz); Kolonialismus und die gewaltsame Aneignung von Vermögen (zum Beispiel Gold aus Amerika), was mit der Zerstörung lokaler Produktionssysteme einher ging; die Eintreibung von Steuern und die Staatsverschuldung; Wucher und das Kreditsystem, Kolonialpolitik, um den Zugang zu Land und zur Besteuerung von Land durchzusetzen.

Marx erklärte mit diesen Prozessen den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Die Formierung der Klasse der Handelskapitalisten war entscheidend in diesem Prozess. Der **Staat** als ein Zwangsorgan, das die aufgeführten Veränderungen durchsetzte, war dabei unabdingbar. Das heißt, das Konzept eines interventionistischen Staates hängt eng mit der Akkumulation zusammen und taucht unmittelbar mit der Entstehung des Kapitalismus auf.

Tatsächlich sind viele dieser Prozesse während der ganzen Geschichte des Kapitalismus wichtig geblieben. „Ursprüngliche Akkumulation des Kapitals und Akkumulation des Kapitals durch Mehrwertproduktion sind nämlich nicht nur aufeinander folgende Phasen der Wirtschaftsgeschichte, sondern **auch gleichzeitige Wirtschaftsprozesse**. In der ganzen Geschichte des Kapitals bis zum heutigen Tag spielen sich laufend Prozesse der ursprünglichen Kapitalakkumulation ab – neben der vorherrschenden Kapitalakkumulation durch Wertschöpfung im Produktionsprozess“ (Mandel 1972: 43). **Die ursprüngliche Akkumulation ist also nicht nur als historische Phase, sondern als permanenter Charakterzug des Kapitalismus zu verstehen**

Der Wahn der Bourgeoisie, dass Geld Geld zeugt

Hannah Arendt hat ein Bild des entstehenden Imperialismus gezeichnet, das in seiner ganzen Brutalität Assoziationen an gegenwärtige Vorgänge weckt. „Nicht in Europa selbst, wohl aber in unzivilisierten und rückständigen Ländern, wo es weder Industrien noch politische Organisationen gab und wo daher die schiere Gewalt ohnehin alle Fragen des täglichen Lebens entschied, haben die sogenannten Gesetze des

Kapitalismus sich wirklich realisiert. Der Wahn der Bourgeoise, dass Geld Geld zeugen kann, so wie Menschen Menschen zeugen, war ein abscheulicher Traum geblieben, solange man dies Geld immerhin in Produktionskraft verwandeln und in Industrieunternehmungen anlegen musste; Geld hatte in Wahrheit niemals Geld gezeugt, sondern Menschen hatten Produkte hergestellt und Geld verdient. Erst wo das Produktionsgesetz der Wirtschaft außer Kraft gesetzt war, konnte der Wunschtraum der Bourgeoise, Geld möge von sich aus Geld erzeugen, in Erfüllung gehen, jedenfalls konnte es den auswärtigen Aktienbesitzern so erscheinen; und dies Wunder der Akkumulation ereignete sich nur, weil in diesen Ländern die schiere Gewalt ohne Rücksicht auf irgendein Gesetz sich Reichtümer aneignen konnte“ (Arendt 1955/2003: 312-3).

Prozesse der ursprünglichen Akkumulation stürzen weiterhin Millionen von Menschen in verschiedenen Teilen der Welt ins Elend. Denken wir nur an die bis heute anhaltende Zerstörung der bäuerlichen Subsistenzwirtschaften in Afrika und Asien oder an die schnelle Proletarisierung der Bevölkerung in China. Die koloniale Landpolitik und Steuerpraktiken setzen sich bis in die fünfziger Jahre als Mittel einer andauernden ursprünglichen Akkumulation in kolonialen Verhältnissen fort. Der Raub von Vermögenswerten anderer dauert bis heute an, beispielsweise durch das Kreditwesen, die Aneignung natürlicher Ressourcen, die Vertreibung indigener Völker, die Zerstörung von Lebensräumen und die Unterdrückung von Rechten an gemeinsamem Boden (beispielsweise über die Schaffung Naturreservaten). Selbst Sklaverei besteht weiter, insbesondere im Falle von Frauenhandel für Sexarbeit. Und in Territorien, die in jüngerer Zeit dem Markt geöffnet wurden, können Staaten, Konzerne und mafiaähnliche Organisationen sehr gewalttätige Akkumulationsformen durch Enteignung durchsetzen (Harvey 2003: 149). Diese Akkumulationsformen entsprechen einer Ausweitung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf Länder oder Sektoren und soziale Aktivitäten, die diesen Verhältnissen noch nicht oder nur teilweise unterworfen waren (Luxemburg 1913). **In diesem Sinn bezeichnet Akkumulation die räumliche und/oder soziale Ausweitung der Warenbeziehungen und der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse.** Sie zeigt sich auch in Prozessen wie der Enteignung der Produzenten, die noch einen unmittelbaren Bezug zu ihren Produktionsmitteln haben, oder der Eingliederung von nicht-warenförmigen Aktivitäten in die Sphäre der kapitalistischen Verwertung, beispielsweise von Hausarbeit oder Aktivitäten, die vom Staat als öffentliche Dienstleistungen organisiert werden. Auch die Integration(oder im Fall der bürokratisierten Staaten die Reintegration) von Ländern in die Sphäre des Marktes sind Ausdruck dieser Ausweitung kapitalistischer Verhältnisse.

Privatisierung als enteignende Akkumulation

Einer **zweiten** Form enteignender Akkumulation entspricht die **Privatisierung** öffentlicher Dienste und Infrastrukturen, der Rentensysteme und Sozialversicherungen. In diesem Sinne lässt sich auch die Umwandlung der Universitäten von öffentlichen Institutionen, die einem öffentlichen Interesse dienen sollen, zu Institutionen, die dem Kapital günstig Wissen und Fähigkeiten zur Verfügung stellen, als eine Form der Enteignung und Kommodifizierung öffentlichen Eigentums verstehen.

Drittens hat der Kapitalismus **räuberische** Mechanismen einer Enteignungsökonomie entwickelt, die teilweise sogar den Kern seines Funktionierens betreffen. Dazu gehören **Fusionen und Übernahmen**, die aufgrund ungleicher monopolistischer oder oligopolistischer Machtverhältnisse und spekulativen Aspekten oftmals von Raub an Vermögenswerten begleitet sind; verschiedene räuberische Praktiken zwischen Fraktionen des Kapitals wie Zwangsmassnahmen und kriminelle Aktivitäten, Fälschungen, Ponzi-Finanzierungen, die strukturelle Vermögenszerstörung durch Inflation (hiermit entwertet der Staat seine Schulden gegenüber den Gläubigern), Kreditsystem und Schuldenknechtschaft (Auspressung der Schuldner durch die Gläubiger), die ganze Bevölkerungen und Länder auf einen Zustand fortwährenden **Schuldendienstes** durch ihre Arbeitleistung reduzieren. Der Zusammenbruch des US-Konzerns Enron kam einer Enteignung tausender Lohnabhängiger gleich, die ihre Altersvorsorge mit dem Schicksal dieses Konzerns verbunden hatten (Harvey 2003: 147).

Eine **vierte** Form der Akkumulation geschieht teilweise durch (entmaterialisierte) „**neue Investitionsformen**“: Aneignung, Abschöpfung und Zentralisierung von Teilen des in anderen sozialen Organisationsformen erzeugten Werts und Mehrwerts durch neue, finanziell, organisatorisch oder institutionell kräftigere Akkumulationszentren. Die Zentralisierung durch Unterwerfung und Aneignung ist eine Modalität der Akkumulation. Bedeutend sind die zu Lasten anderer kapitalistischer Unternehmen abgeschöpften Werte wie bei äußerst ungleichen **Subcontracting**-Verhältnissen oder sogenannten Netzwerkfirmen (Chesnais 2003: 174). Global tätige Pharmakonzerne eignen sich über ungleiche Kooperationen mit kleineren Firmen und Universitäten beispielsweise Wissen, Technologien, Eigentumsrechte und Vermarktungsrechte an, die sie mit Lizenzgebühren, Umsatzbeteiligungen, Aktienoptionen, Kapitalbeteiligungen abgelenken. Dazu gehört auch, dass sich Konzerne gezielt in Regionen verankern, die über eine hohe Dichte von wissenschaftlichen und innovativen Kapazitäten verfügen. Damit erlangen sie Zugang zu einem örtlich gebundenen sozialen Kapital und zu Ressourcen, die von anderen Institutionen finanziert werden (Zeller 2004).

Zu einer **fünften** und sehr aktuellen Form der enteignender Akkumulation zählen die Ausweitung der **Patentierbarkeit**, insbesondere die Biopiraterie durch die Patentierung von genetischem Material, die Schaffung intellektueller Eigentumsrechte, die Kommodifizierung, Kontrolle und Aneignung natürlicher Ressourcen wie Wasser und Luft, wissenschaftlichen und technologischen Wissens, intellektuellen Eigentums, kultureller und intellektueller Kreativität, sowie von Kulturen und geschichtlichem Erbe. **Das Kapital ist besessen, neue Verwertungsfelder als Quellen regelmäßiger Einnahmen in der Form von Renten aufzuspüren.** Die Kapitalisierung der Natur und wissenschaftlichen Wissen ist zu einem zentralen Kennzeichen des aktuellen Kapitalismus unter der Dominanz der Finanzkapitals geworden.

Diese Formen der Akkumulation sind von entscheidender Bedeutung in der heutigen Phase des Kapitalismus und für die Globalisierungsprozesse, die durch Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung ermöglicht werden. **Akkumulation existiert also auch ohne Investitionen im Sinne der Schaffung erweiterter Produktionskapazitäten.** Akkumulation kann in gewissen Teilen des Systems zu Lasten anderer Teile geschehen, und zwar über bestimmte Arten von

Monopolen und Oligopolen beziehungsweise Monopsonen und Oligopsonen, kombiniert mit „organisatorischen Innovationen“ auf der Grundlage spezifischer Macht- und Eigentumsverhältnisse. Die „Globalisierung des Kapitals“ im Kontext einer ungleich voranschreitenden **finanzgetriebenen Akkumulation** vereint die Ausdehnung der Herrschaft des Kapitals und eine tatsächliche Steigerung der Akkumulation des Kapitals. Sie spiegelt die Vormachtstellung einer Form sozialer Herrschaft, in der die räuberische Aneignung von Werten beziehungsweise die Aneignung in Form von Renten dank einer **Ausweitung der Eigentumsverhältnisse gegenüber der Erzeugung von Werten bedeutender wurde**. Die aufgeführten Prozesse verweisen auf die unklarer gewordene Trennung zwischen Rente und Profit.

Die aufgeführten Enteignungsvorgänge sind Prozesse einer **permanenten ursprünglichen Akkumulation**. Darum lässt sich die aktuelle Phase des Imperialismus als eine globale Enteignungsökonomie kennzeichnen. David Harvey ordnet die Akkumulation durch Enteignung in den Kontext einer Überakkumulationskrise und vertritt die These, dass das Überleben des Kapitalismus weitgehend von derartigen enteignenden Akkumulationsprozessen abhängig ist. Chesnais diagnostiziert zwar ebenfalls chronische Überakkumulation. Doch im Zuge der Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik konnte sich das in Anlagefonds konzentrierte **Finanzkapital** sozusagen auf die **Kommandobrücke** heben und aufgrund der Schwierigkeiten in der erweiterten Reproduktion die Akkumulation über die Jagd nach Renten und Zinsen organisieren.

Zwei Arten von Privateigentum

Zunächst ist ein ideologischer Nebel zu lüften, der die klare Sicht verdeckt. Privateigentum gehört zu den Pfeilern des Kapitalismus. Allerdings sind zwei grundsätzlich verschiedene Arten von Eigentum zu unterscheiden. Denn das Eigentum an Konsumgütern, die wir verbrauchen, und das Eigentum an Produktionsmitteln, die eingesetzt werden, um mit menschlicher Arbeit neue Werte zu erzeugen, drücken zwei sehr unterschiedliche Sachverhalte aus. Noch wichtiger ist der Unterschied zwischen dem Eigentum an einem Gut, das Ergebnis der persönlichen Arbeit ist, und der Aneignung von Gütern durch Unternehmen, die im Rahmen des Produktionsprozesses von vielen Lohnabhängigen durch gemeinsame Arbeit hergestellt wurden (Bihl und Chesnais 2003).

Infolge der starken Arbeitsteilung und der intensiven Kooperation von Lohnabhängigen, die am selben oder auch an verschiedenen Orten arbeiten, sind mittlerweile alle denkbaren Güter vom Brot bis zum Medikament, von der Musikanlage bis zur Versicherungspolice Ergebnis eines kollektiven und gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, der sich aus unzähligen kleinen Arbeitsschritten zusammensetzt, die sich über den Globus und eine lange Zeitdauer erstrecken. Mit diesem Prozess wächst jener Teil der Arbeit, die in den Maschinen, Geräten und Vorprodukten materialisiert ist, im Verhältnis zur lebendigen Arbeit, die durch Löhne und Sozialbeiträge bezahlt wird. Der Kapitalismus und die Globalisierung haben die Vergesellschaftung der Arbeit also stark vorangetrieben.

Der technologische Fortschritt erhöht den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit zusätzlich und zwar in einem doppelten Sinne: erstens ermöglichen Informations- und Kommunikationstechnologien eine noch feingliedrigere Arbeitsteilung auch über große Distanzen hinweg; zweitens

erfolgen die Innovationsprozesse in vielen Hochtechnologiebereichen selbst sehr arbeitsteilig und kollektiv. In wissensintensiven Sektoren tätige Konzerne versuchen darum, über organisatorische Maßnahmen diese Innovationsprozesse zu fördern und sich deren Ergebnisse zu erschließen. Doch zwischen der Mobilisierung der subjektiven Fähigkeiten der Menschen und ihrer Unterordnung unter die kalte Logik der Märkte tut sich ein grundsätzlicher Widerspruch auf (Veltz 2000: 202-3). Dieser Widerspruch ist umso schwerwiegender als die **weltweite oligopolistische Konkurrenz** und die industriellen Strategien **unaufhörlich die Erneuerung der Produkte** und der Verfahren verlangen, so dass die Fähigkeit zum individuellen und kollektiven Lernen ein zentrales Element der Effizienz wird. Die Flexibilisierungs- und Outsourcing-Strategien sowie die durch individuelle Entlohnungs- und Belohnungssysteme verschärfte Konkurrenz zwischen den Beschäftigten wirken dieser Anforderung aber entgegen und begünstigen opportunistisches Verhalten. Zugleich versuchen Unternehmen in wissensintensiven Sektoren die Bedürfnisse der Kooperation und des kollektiven Lernens mit den Erfordernissen der schnellen Rentabilität zu verbinden (Chesnais 2003: 175). Die Einrichtung von Projektteams, die auch geographisch getrennte Angestellte in einen gemeinsamen Arbeitskontext bringen, soll die Kooperationsmöglichkeiten und -bereitschaft der Angestellten fördern und zugleich die Prozessabläufe massiv beschleunigen (Zeller 2002).

Patente als Privatisierung kollektiven Wissens

Genau weil der gesellschaftliche Charakter der Arbeit und der Innovationsprozesse zunimmt, **unternimmt das Kapital große Anstrengungen sich die Früchte dieser Prozesse über die Ausdehnung der intellektuellen Eigentumsrechte anzueignen**. Die gesellschaftliche Arbeit wird durch das Kapital wieder in das Korsett des Privateigentums eingepfercht. Die Ergebnisse einer immensen Anhäufung von Arbeitsschritten werden letztlich durch wenige Individuen und soziale Gruppen angeeignet. Wenn ein Pharmakonzern einen Wirkstoff oder eine Technologie patentiert, eignet er sich wissenschaftliche Kenntnisse an, die gesellschaftlich produziert und öffentlich mitfinanziert wurden. Das Patent ist immer Ergebnis einer langen Akkumulation von Wissen und Erfahrungen, die unabhängig vom patentierenden Unternehmen produziert wurden. Mit der Patentierung enteignet das Unternehmen letztlich die Forscherinnen und Forscher, die in verschiedenen Laboratorien und Ländern zum Wissen beigetragen haben, und die Staaten, die sie finanzieren. Das Patent erlaubt es den oligopolistischen Konzernen das privatisierte gesellschaftliche Wissen zur Erzielung von Renten und zu einem Instrument der gesellschaftlichen Herrschaft zu transformieren. Die private Aneignung von wissenschaftlichem Wissen sowie des gemeinsamen menschlichen Erbes der biologischen Produktion und Reproduktion und der Biodiversität sind daher von großem Interesse für das Kapital. Die Patentierung von Leben ist aber noch weniger legitim als die Patentierung von Substanzen, Technologien und Prozessen.

Der gesellschaftliche Charakter von Innovationsprozessen zeigt sich offensichtlich in sogenannten Hochtechnologie-regionen. Die enge Zusammenarbeit, der informelle Austausch zwischen den Akteuren und die Bildung gemeinsamer Perzeptionen, das heißt, die Entstehung sozialer Zusammenhänge und eines mit diesen verbundenen

sozialen Kapitals begünstigt innovative Prozesse (Lundvall 1992). Diese Beziehungen und nicht gehandelten Interdependenzen (Storper 1997: 38) funktionieren nur, weil sie eben keinen warenförmigen Charakter haben. Das auf diese Weise entstandene **kollektive Wissen** bildet eine Art von **Gemeingütern oder commons** (Jessop 2003: 106). Weil die innovativen Beziehungen an die örtlichen sozialen Kontexte gebunden sind, weben sich Konzerne, die an dieser Wissensproduktion interessiert sind, in diese regionalen Innovationsarenen ein. Die Konzerne machen das erworbene und produzierte Wissen konzernintern den zuständigen Abteilungen zugänglich. Zugleich kodifizieren und zäunen sie dieses Wissen mit Patenten ein. Nur so können sie es im Konkurrenzkampf verwerten (Sölvell und Zander 1998; Zeller 2004). Auch die Staaten fördern die Umwandlung des Wissens zur Ware über entsprechende Gesetzgebungen und vor allem über die zunehmende Durchdringung des Bildungssektors mit öffentlich-privaten Partnerschaften.

Zur vom Kapital seit Beginn der neokonservativen Gegenreform vor über zwanzig Jahren betriebenen Ausdehnung der Sphäre des Privateigentums zählt auch der erhöhte Druck, den das dominierende Finanzkapital ausübt, um die sozialisierten Formen des Lohns zu reduzieren. Dazu zählen namentlich die Umformung der Altersvorsorgesysteme in kapitalgedeckte Pensionsfonds, die steuerliche Begünstigung der privaten kapitalgedeckten Pensionskassen sowie die Verschlechterungen bei den Krankenversicherungen und im Bildungswesen. Die privaten Versicherungen trachten gleichsam danach, sich einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums anzueignen, der bislang gesellschaftlich umverteilt wurde. Auf internationaler Ebene dient das GATS (General Agreement on Trade in Services) im Rahmen der WTO (World Trade Organisation) dazu, ganze Gesellschaften ihrer öffentlichen Dienste, besonders im Bildungs- und Gesundheitswesen, zu berauben und sie in Waren zu verwandeln.

Das Kapital versucht, sich die Gesamtheit der materiellen und intellektuellen Bedingungen des Produktionsprozesses, also das historische Werk der gesellschaftlichen Arbeit der Menschheit, anzueignen. Alles, was profitabel erscheint, soll zur Ware umgeformt werden. Voraussetzung dieser Umformung ist aber die Durchsetzung spezifischer Eigentumsrechte. Die herrschenden Klassen nehmen die Eigentumsfrage sehr ernst. Ganz im Gegensatz dazu ist die Frage des Eigentums ein Tabu bei den Gewerkschaften. Auch die Bewegungen für eine andere Globalisierung haben bislang kaum über diese so entscheidende Frage diskutiert. Die sozialen Bewegungen und Gewerkschaften sollten die Eigentumsfrage ebenso ernst nehmen wie die Konzernleitungen und ihre politischen Unterstützer. Die Formulierung einer emanzipatorischen Perspektive besteht aus mindestens drei Elementen: Der Ausgangspunkt sind die individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse auf Weltebene. Deren Befriedigung ist im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich. Daher ist **theoretisch** und **praktisch** ein **Bruch** zu formulieren. Eine alternative Orientierung besteht schließlich in der demokratischen und gesellschaftlichen Aneignung von Ressourcen. Ich stütze mich hier teilweise auf eine Diskussion, die in Frankreich bereits durch zahlreiche, sowohl eher staatlich orientierte als auch libertäre Beiträge bereichert wurde (u.a. Salesse 2001; Andréani, et al. 2002; Coutrot 2002).

Gesellschaftliche Aneignung statt private Enteignung

Selbstverständlich gibt es zahlreiche Anknüpfungsmöglichkeiten für eine Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung. Ausgangspunkte sind meist konkrete politische Auseinandersetzungen beispielweise über Privatisierungen, Arbeitsbedingungen, Umweltzerstörungen. In diesem Sinne ist der Widerstand gegen die internationalen Organisationen des Kapitals wie G-8, IWF und Weltbank mit einer politischen Perspektive vor Ort in den täglichen Auseinandersetzungen zu verknüpfen.

Die Perspektive einer gesellschaftlichen Aneignung kann zum Beispiel am Widerstand gegen Privatisierungen ansetzen. Privatisierungen werden oftmals mit dem Argument einer gesteigerten Effizienz begründet. Diese betriebswirtschaftliche Effizienz steht in der Regel aber in direktem Widerspruch zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Die herkömmliche, rein betriebswirtschaftlich orientierte Idee der Effizienz führt dazu, dass ein breites öffentliches Angebot reduziert wird. Hingegen nimmt das Angebot an Spezialdiensten zu, die zwar einen hohen Qualitätsstandard aufweisen, aber nur von Leuten mit großer Kaufkraft beansprucht werden können.

Demgegenüber ist eine Effizienz auszuarbeiten, die die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die gesellschaftliche Nützlichkeit in den Mittelpunkt stellt. Die Herausforderung besteht darin, Methoden zu entwickeln, die eine demokratische Gestaltung und Planung von Infrastruktur, Dienstleistungen und Produktion ermöglichen. Die direkte demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten und die NutzerInnen wird einen wirksameren Druck darstellen, Ressourcen nicht zu verschwenden, als das Bestreben einer maximalen privaten Profitaneignung. Öffentliche Dienstleistungen, die allgemein zugänglich sind und Grateinrichtungen basieren auf einem Verständnis von „gleichen Rechten für alle“. Diese Idee steht im Zentrum einer solidarischen Konzeption der öffentlichen Dienste. Öffentliche Dienste können Ansätze einer Alternative zu den Bereicherungsmechanismen des Marktes darstellen. Die Verteidigung eines vielfältigen und qualitativ guten Dienstleistungsangebots ist aber nicht zu vereinbaren mit einem bürokratischen und hierarchischen Apparat. Die öffentlichen Dienste weiterentwickeln heißt:

- Die Lohnabhängigen sind in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Das erleichtert die Bewertung der Arbeit, weil andere Bewertungskriterien angewendet werden als diejenigen der traditionellen „Unternehmenskultur“.
- Hierarchische Strukturen sollen abgebaut werden. Denn sie haben nur den Sinn, das Personal ohne Eigenverantwortung zu kontrollieren und die bürokratischen Administrationsmechanismen zu erhalten, anstatt die Qualität der zu leistenden Dienste zu gewährleisten.
- Ein echter Dialog zwischen BenutzerInnen/BürgerInnen - die bis jetzt nur als passive KonsumentInnen wahrgenommen worden sind - und Personal soll entwickelt werden. Dadurch können die Angebote sozial gestaltet und gleichzeitig deren Vielfalt garantiert werden.

Weit davon entfernt, die Gesellschaft verstaatlichen zu wollen, ist vielmehr die **Sozialisierung des Staates** und der gesamten Wirtschaft anzustreben. Das heißt, die **BürgerInnen nehmen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand**. In diesem Sinne ist ein **grundsätzlicher Widerstand**

gegen die Privatisierung der Krankenhäuser, der Altersvorsorge, der Krankenversicherungen, der öffentlichen Verkehrs und anderer Teile der öffentlichen Verwaltung die Voraussetzung für die Formulierung kohärenter Alternativen.

Die Privatisierung der **Altersvorsorge** stellt eine qualitativ besondere Herausforderung dar. Mit dem Schritt von der Umlagefinanzierung zur Kapitaldeckung und der Einführung privater Pensionsfonds werden Lohnabhängige systematisch gegeneinander gestellt. Damit erhalten Lohnabhängige, die in einen Fonds einbezahlt haben, ein unmittelbares Interesse an der Ausbeutung anderer Lohnabhängiger, die unter Umständen im selben Land oder in einem anderen Land leben. Die **Lohnabhängigen spalten ihr Interesse** in das des Aktionärs, der eine gute Rente will, und in das des Lohnabhängigen, der einen guten Lohn, gute Arbeitsbedingungen und eine sinnvolle Arbeit will. Diese Ziele schließen sich unter den Bedingungen der privaten Profitmaximierung und der Konkurrenz aber gegenseitig aus. Eine vereinheitlichte Rentenkasse auf der Basis eines Umlageverfahrens mit einer breiten Bemessungsgrundlage und progressiven gestaffelten Beiträgen bietet die sicherste Finanzierungsgrundlage um dem Bedürfnis nach einem würdigen Lebensabend für alle Mitglieder der Gesellschaft nachzukommen. Angesichts der starken Mobilität der Lohnabhängigen sind die Systeme auf europäischer Ebene zu harmonisieren, so dass eine vollständige Freizügigkeit und Stellenwechsel ohne finanzielle Verluste möglich werden.

Jede Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung stellt die Arbeit und die Arbeitsverhältnisse in den Mittelpunkt. Eine neue, solidarische Konzeption der öffentlichen Dienste ist mit einer Politik zur **Umverteilung der Arbeit** zu verknüpfen. Im Rahmen einer Neuorganisation öffentlicher Dienste stellt sich die Frage, wo zusätzliche Arbeit dringend nötig ist. In vielen Bereichen unserer Gesellschaft, hauptsächlich bei der Bildung und im Sozialwesen können zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit ist die Frage nach der Umverteilung der Arbeit und einer **radikalen Arbeitszeitverkürzung** verbunden. Es sind Vorstellungen für eine Neuverteilung der Arbeit, der eingesparten Arbeit und der Freizeit zu entwickeln. Ein solches Herangehen wirft unmittelbar auch die Frage nach der Neuorganisation der Arbeitsverhältnisse, der Umverteilung der reproduktiven Arbeiten und der solidarischen Neugestaltung der internationalen Arbeitsteilung auf. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist ein wesentliches Instrument zur Neugestaltung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern.

Eigentum und Demokratie

Die gesellschaftliche Aneignung der öffentlichen Dienste sowie die Neugestaltung der Arbeit und die Aneignung der Arbeit und ihrer Erzeugnisse durch die Arbeitenden treffen in den Kern der Eigentumsfrage. **Die private Verfügungsgewalt über die großen und strategischen Produktionsmittel kann nicht länger ein Tabu bleiben.** Die radikale Demokratisierung, ein globales Bürgerrecht und die soziale Aneignung von Dienstleistungen und Produktionsprozessen sind zentrale Bausteine zur Konzipierung einer gesellschaftlichen Alternative.

Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, wenn die Lohnabhängigen bei allen Fragen, die direkt ihre Arbeitsbedingungen betreffen, sich gegenüber den institutionellen Investoren und den Managern durchsetzen könnten. Grundsätzlich schneidet jeder **Streik** bereits die

Frage nach der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel an. Die Streikenden bauen eine Vetomacht hinsichtlich des Einsatzes der Produktionsmittel auf. Die Betriebsbesetzungen in Argentinien seit 2002 zeigen, dass die kollektive Aneignung und Ansätze der Selbstverwaltung weiter getrieben werden können.

Letztlich sind die Entscheide über die Orientierung der Produktion und der Dienstleistungen aber Angelegenheit der gesamten Bevölkerung. Ein Instrument hierzu könnte die Schaffung von **Konzessionen** sein, die lokal, national und kontinental von der betroffenen Bevölkerung diskutiert und in Abstimmungen auf den angemessenen Maßstabebenen beschlossen werden. Die Unternehmen müssen sich an diese Konzessionen halten. So könnte zum Beispiel der Pharmaindustrie die Bedingung auferlegt werden, Medikamente für eine weltweite kostenlose Grundversorgung zu produzieren. Ähnliche Verfahren sind auf europäischer und internationaler Ebene für alle großen Sektoren der Wirtschaft denkbar. Die Diskussion dieser Konzessionen erfordert die ständige Mobilisierung von Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen. Im Rahmen der Formulierung dieser Konzessionen können auch die Bedürfnisse ermittelt und ausgetauscht werden. Es kann darüber diskutiert werden, welche Ressourcen zur Befriedigung welcher Bedürfnisse prioritär bereitgestellt werden.

Ein weiterer Schritt bestünde in der gesellschaftlichen Aneignung der **Investitionen**. Bislang obliegt es den Unternehmenseigentümern, die Investitionsentscheide zu treffen. Diesen Entscheiden liegen in der Regel nicht die gesellschaftlichen Bedürfnisse oder der demokratische Wille, sondern die Profiterwartungen zu Grunde. Eine gesellschaftliche Aneignung der Investitionen würde bedeuten, dass die **Profite zusammengeführt** werden und ihre Verwendung nicht entsprechend individueller Firmenstrategien, sondern gemäß den demokratischen Entscheiden einer Gesellschaft erfolgt. Die Demokratisierung dieser Entscheidungsprozesse setzt eine Kombination von direktdemokratischen Mechanismen sowie klassischen und neuartigen Institutionen der repräsentativen Demokratie voraus.

Grundsätzlich stützt sich eine emanzipatorische Perspektive auf die Position, dass **die Reichtümer des Planeten der gesamten Menschheit gehören.** Um deren Nutzung zu organisieren, können spezifische, an bestimmte Bedingungen geknüpfte Nutzungsrechte geschaffen werden. Diese Bedingungen sind von der betroffenen Bevölkerung zu diskutieren und entscheiden. Diese Konzessionen und die gesellschaftliche Aneignung der Investitionsentscheide stellen die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel noch nicht total in Frage, aber sie unterwerfen den Einsatz der Produktionsmittel einer gesellschaftlichen Diskussion und demokratischen Entscheidungsfindung über die gewünschten Prioritäten der Gesellschaft. Diese Schritte können die Umrisse einer sozialisierten Ökonomie andeuten.

Technologien demokratisch gestalten

Die gesellschaftliche Aneignung technologischen Wissens und die demokratische Gestaltung technologischer Entwicklungspfade stellt eine besondere Herausforderung dar. Die Auseinandersetzungen über die Kernenergie, die Biotechnologien und die Zugänglichkeit des Internets sowie über die Ausdehnung intellektueller Eigentumsrechte haben die Sensibilität gegenüber dem **Herrschaftscharakter von**

Technologien geschärft. Selten werden diese Diskussionen aber im Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Aneignung technologischer Entwicklungspfade geführt. Die demokratische Gestaltbarkeit technologischer Entwicklungen hängt direkt mit der demokratischen Souveränität über die Investitionen zusammen. Die Gewerkschaften sind diesen Fragen gegenüber immer noch nahezu blind. Würde der **Gebrauchwert** von Industriezweigen und von Technologien in den Mittelpunkt gerückt, stünde man schnell auch vor der Frage, wie eine Konversion nicht-erwünschter Produktionsbereiche in die Wege geleitet werden könnte. Viele Tätigkeiten – zu allererst die Rüstungsindustrie – sind schädlich oder nutzlos, andere können zusammengefasst oder völlig neu organisiert werden. Letztlich können Alternativen nicht rein theoretisch formuliert werden, vielmehr entwickeln sie sich dynamisch im Zusammenspiel von Bewegungen, Kämpfen und der Ausarbeitung neuer Konzepte.

Noch bis in die 1970er Jahre konnten die Kämpfe für soziale und demokratische Rechte im nationalstaatlichen Rahmen geführt werden. Im Zuge der fortschreitenden globalen Verflechtungen ist das nicht mehr möglich (Hirsch 2002: 190ff). Jede emanzipatorische Perspektive muss sich mit dem Problem der Maßstäbe auseinandersetzen. Da große Konzerne global agieren, die Arbeitsteilung international strukturiert ist und die Mobilität der Lohnabhängigen in Europa stark angestiegen ist, sind **Alternativen transnational, mindestens auf europäischer Ebene zu formulieren**. Welche Bahnen, welche Automobilindustrie, Pharmaindustrie und welche Sozialversicherungen wollen wir in Europa? Wer kontrolliert die internationalen Glasfasernetze für das Internet? Wie lassen sich die globalen und europäischen mit den nationalen und regionalen Strukturen verschränken?

Je nach Sachlage, konkreten Bedingungen und sozialen Kräften ist die Erstellung von Dienstleistungen und die Produktion von Gütern im öffentlichen Interesse besser auf regionaler, nationaler, übernationaler, kontinentaler oder gar globaler Ebene zu organisieren. Die Organisation des öffentlichen Verkehrs und der Eisenbahnen mag als Beispiel dafür dienen, einige Schlüsselfragen aufzuwerfen, die sich auch bei vielen anderen Industrie- und Dienstleistungssektoren stellen: Der öffentliche Personennahverkehr ist in den meisten Fällen regional abzustützen und zu organisieren. Der Verkehr zwischen den urbanen Zentren Europas ist jedoch national und europäisch zu organisieren. Die Infrastruktur und die Transportmittel können den Staaten, Regionen, Städten oder einer Vereinigung derselben gehören. Die Organisation des Angebots wird von **Selbstverwaltungsstrukturen** der Beschäftigten, Verbänden der NutzerInnen und gewählten politischen Instanzen angeleitet und beaufsichtigt. Im Zuge einer demokratischen Diskussion wird ermittelt, welche Bedürfnisse vorliegen, welche prioritär bedient werden und welche Ressourcen zur Leistungserstellung eingesetzt werden.

Das Beispiel zeigt auch, dass das öffentliche Eigentum in anderen Maßstäben organisiert werden kann als die unmittelbare Organisation der Angebote und Dienste. **Öffentliches Eigentum muss keineswegs gleichbedeutend mit Nationalisierung sein**, vielmehr sind alle Formen zwischen Kooperativen, Municipaleigentum und einer neuen öffentlichen Eigentumsform auf europäischer Ebene denkbar. Eine europäische oder gar globale Perspektive ist nicht die Addition der nationalen Projekte, sondern eine eigentliche transnationale Synthese eines emanzipatorischen Projekts.

Sinnvolle, demokratische Planung.

Im Laufe von Kämpfen haben sich Lohnabhängige immer wieder eigene Strukturen gegeben, die eine Kontroll- oder sogar eine Doppelmachtfunktion gegenüber der Macht der Unternehmen einnahmen (Mai 1968 in Frankreich, Italien 1969 und neulich in Argentinien). Manchmal schlossen sich derartige alternative Machtstrukturen sogar zu einer gesellschaftlichen **Gegenmacht** zusammen (Polen 1980/81).

Das Konzept einer rein **betrieblichen Selbstverwaltung** wäre **zu beschränkt**, denn die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion und auch der Dienstleistungsproduktion kann nicht nur durch die Beschäftigten eines Unternehmens erfolgen. Jenseits der betrieblichen Interessen, die die Beschäftigten eines Unternehmens in der Regel primär verfolgen, sind eine ganze Reihe weiterer Erwägungen und Kompetenzen zu berücksichtigen. So sind beispielsweise die KonsumentInnen und EinwohnerInnen des betroffenen Territoriums in die Aufgaben der gesellschaftlichen Kontrolle einzubeziehen. Strategische Orientierungen eines großen Konzerns oder einer ganzen Industrie sind durch politische Instanzen zu diskutieren und bestimmen. Dabei muss insbesondere der Gefahr der Persistenz alter oder der Entstehung neuer Technokratien vorgebeugt werden. Das zentrale Problem ist zweifellos die Zugänglichkeit zu Informationen und Kompetenzen. Wie kann die bestmögliche Information der beteiligten sozialen Kräfte, Organisationen und Individuen gewährleistet werden?

Damit sind wir beim Problem der **Planung**. Die Erfahrungen der bürokratischen Kommandowirtschaften haben die zentrale volkswirtschaftliche Planung grundlegend diskreditiert. Auch die dezentraleren Formen der betriebswirtschaftlichen Selbstverwaltung mit einer relativen Autonomie der Unternehmen in Jugoslawien boten keine emanzipatorische Perspektive. Droht jede Form volkswirtschaftlicher Planung und Koordination jenseits des Marktes unweigerlich einen gigantischen, bürokratischen Apparat zu verursachen? Die Antwort hierauf ist nicht eindeutig, jedoch gibt es Anhaltspunkte, die uns der Kapitalismus und die Geschichte der sozialen Bewegungen laufend liefern, dass es auch demokratische und ressourcensparendere Formen der Planung geben könnte.

Zumindest auf der Unternehmens- und Konzernebene zeigen **uns große Konzerne durchaus Elemente einer sinnvollen Planung**. Multinationale Konzerne versuchen, Zentralisierung und Dezentralisierung von Entscheidungsabläufen, Mittelbeschaffungen, Ressourcenzuteilungen und Outputplanung in einem transnationalen Kontext zu vereinen. Transnationale Projektteams, die sich regelmäßig treffen, organisieren Forschungs- und Innovationsprozesse auf transnationaler Ebene. Zugleich **pervertieren** die Konzerne diese Planungsprozesse und unterwerfen sie ihrem Bestreben der Profitmaximierung. Dazu gehört auch, dass der Einbezug der Beschäftigten in Planungsprozesse vor allem dazu dient, ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Kreativität anzueignen. Angeblich partizipative Managementkonzepte betreiben letztlich die Entfremdung der Beschäftigten von ihren Produkten, Arbeitsgeräten und Verfahren auf einer ausgeklügelteren Ebene. Auch dieses Beispiel zeigt, Demokratie hat sich mit dem Problem der Maßstäbe und der Vernetzung von Entscheidungsträgern über große Distanzen auseinanderzusetzen.

Planung ist zunächst politisch. Die Ausarbeitung des Planes entspringt einem doppelten Prozess: ersten der Debatte der

BürgerInnen über die grundsätzlichen ökonomischen Orientierungen und Ressourcenzuteilungen; zweitens der Debatte der ProduzentInnen, die darüber befinden, wie die großen Entscheide umzusetzen sind. Eine ungelöste Frage ist natürlich wie sich die Erfordernisse und Logiken der zentralen nationalen und transnationalen Planung mit den Planungen in kleineren oder sogar größeren Räumen und in einzelnen Industriesektoren verknüpfen und harmonisieren lassen, ohne einen überdimensionierten bürokratischen Apparat zu schaffen. Die Einrichtung einer gewählten öffentlichen Instanz für Wirtschaftsregulierung könnte dazu dienen, einerseits die **Bedürfnisermittlung** zu leiten und andererseits die Grundzüge der **Ressourcenzuteilung** beschließen. Diese Versammlung für Wirtschaftsregulierung könnte beispielsweise auch die Grundzüge des oben genannten Lizenzwesens gestalten und den jeweiligen Bedingungen anpassen.

Radikaler Reformismus greift zu kurz!

Die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung geht trotz einiger Ähnlichkeiten über das Konzept des „radikalen Reformismus“ hinaus (Hirsch 1990: 144 ff, 176ff; Esser, et al. 1994: 226ff; Hirsch 2002: 190ff; Brand 2003: 221). Selbstverständlich können „emanzipatorische gesellschaftliche Veränderungen weder herbeikommandiert noch mit staatlicher Gewalt durchgesetzt werden“. Menschen können nicht mittels Zwang und Herrschaft befreit werden (Hirsch 1990: 145; 2002: 202). Daher sind sowohl der klassische sozialdemokratische Reformismus als auch „radikalere“ Formen der Übernahme der Staatsgewalt in ihrer Staatsfixierung historisch gescheitert. Voraussetzung für gesellschaftliche Aneignungsprozesse sind die **Selbstorganisation** und demokratisch gesellschaftliche Kontrolle. Tatsächlich wäre ein Rückfall „in traditionelle staatsreformistische Politikformen“ fatal, „die sich in einer Politik der Massenmobilisierung erschöpfen, um Druck auf Staaten, Regierungen und internationale Organisationen auszuüben, ohne zugleich eine eigenständige gesellschaftsverändernde Praxis zu entwickeln“ (Hirsch 2002: 214).

In drei wesentlichen Aspekten greift der „radikale Reformismus“ aber **zu kurz**.

- Die Vertreter des radikalen Reformismus verleihen den **Eigentumsverhältnissen nicht die ihnen gebührende Bedeutung**. Aus der Ablehnung einer herkömmlichen Verstaatlichung und Machtübernahme leitet Hirsch (1990: 181) ab, dass es für eine längere Phase nur noch darum gehen könne, die politischen Strukturen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so zu entwickeln, dass der Kapitalismus auf einen zivilisierteren, humaneren und demokratischeren Entwicklungspfad gezwungen wird. Seine These ist, dass der Kapitalismus nachhaltig verändert werden könne, wenn es gelinge, die Produktions-, Investitions- und Marktprozesse einer funktionierenden öffentlichen und demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. Das sei weniger eine Frage der formalen Eigentumsverhältnisse, sondern der sozialen und politischen Machtstrukturen. Eine administrative Verstaatlichung von Produktionsmitteln zielt in die falsche Richtung, zugleich können aber privatkapitalistische Investitionsentscheidungen oder Technologiestrategien eben nicht unabhängig von einer zumindest perspektivischen gesellschaftlichen Aneignung öffentlich kontrolliert und beeinflusst werden. Die Herstellung einer internationalen Produktionsöffentlichkeit, konkret also die Beschaffung und Verbreitung von Informationen über Forschungsaktivitäten,

Technologie- und Investitionsstrategien, über Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor allem der transnationalen Konzerne, ist ein wesentlicher Bestandteil einer „**Politisierung der Ökonomie**“ und des Aufbaus einer zivilgesellschaftlichen Vetomacht (vgl. Hirsch 1990: 186; 2002: 205). Angesichts des Internationalisierungsgrades und der fortgeschrittenen Arbeitsteilung weist die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung aber darüber hinaus. Die Frage, wie die Beschäftigten, die VerbraucherInnen und die BewohnerInnen betroffener Gebiete sich der Produktion buchstäblich bemächtigen und sie sich aneignen können, bleibt zentral.

Damit sind wir beim **zweiten** Problem: der **Machtfrage**. Unter dem Eindruck des Desasters der staats- und parteibürokratischen Diktaturen begnügt sich der radikale Reformismus mit der Perspektive einer breiten gesellschaftlichen Vetomacht. In Anlehnung an die Regulationstheorie argumentiert Hirsch, es könne auf mittlere Sicht zunächst nur darum gehen, das Kapital zu einem dauerhaften „sozialverträglichen“ Arrangement mit demokratischen gesellschaftlichen Kräften und Bewegungen zu zwingen und um die Schaffung von demokratischen Strukturen, die von Parteien und Staat unabhängig sind (Hirsch 1990: 189). **Zur gesellschaftlichen Aneignung von Investitionsentscheiden genügt die Mobilisierung der Zivilgesellschaft nicht**. Die Ausweitung der Demokratie in die ökonomische Sphäre ist mit neuen Strukturen der **Gegenmacht** und Selbstverwaltung verbunden, die eine alternative ökonomische Orientierung konzipieren und auch durchsetzen. Hierbei drängt es sich auf, die betrieblichen und territorialen Strukturen der Selbstverwaltung, also **neuer Formen der repräsentativen Demokratie**, zu verknüpfen mit den bestehenden Formen bürgerlich parlamentarischer Demokratie sowie mit Initiativ-, Referendums- und obligatorischen Abstimmungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen. Mit der Durchsetzung und Institutionalisierung von Gegenmachtstrukturen wird automatisch auch eine Form **neuer Staatlichkeit** generiert.

Die **dritte** Unklarheit betrifft die **Subjekte der Veränderung**. Aus der Krise der traditionellen Arbeiterbewegung und dem Aufstieg neuer sozialer Bewegungen schlussfolgert Hirsch (1990: 145ff; 2002: 199, 203) richtigerweise, dass kein gesellschaftsveränderndes Subjekt naturwüchsig entstehe. Tatsächlich bedarf es einer bewussten „politischen Selbstkonstitution“ mit „einer eigenen politisch-sozialen Infrastruktur“, also neuen politischen und gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen, einschließlich neuer Parteien. Dennoch ist festzuhalten, dass **nur die Lohnabhängigen** in ihrer Kollektivität und zwar als ProduzentInnen und KonsumentInnen potentiell dazu in der Lage sind, sich die Investitionen, die Produktion und die Innovationsprozesse anzueignen. Hirsch weist selber darauf hin, dass Arbeitskämpfe an die Schranken des Lohnarbeitsverhältnisses stoßen und zum Eingriff in die kapitalistischen Eigentums- und Verfügungsrechte führen können. Die in verschiedenen Ländern wie beispielsweise in Frankreich, Italien, USA und Argentinien seit den 1990er Jahren stattfindenden Neuzusammensetzungs- und Neuformierungsprozesse von Bewegungen der Lohnabhängigen und für eine andere Globalisierung deuten darauf hin, dass diese politische Selbstkonstitution durchaus in die Entstehung neuer Subjekte der gesellschaftlichen Transformation münden können. Damit ist die Perspektive eines neuen politischen und sozialen Bürgerrechts (französisch: *citoyenneté*) verbunden. Die Selbstformierung

eines kollektiven, gesellschaftstransformierenden Subjekts geht mit der Er kämpfung eines umfassenden Bürgerrechts einher, das die gleichen individuellen politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Rechte für alle in einem bestimmten Territorium lebenden Menschen beinhaltet.

Zudem sind dem „radikalen Reformismus“ die ökonomischen und politischen **Voraussetzungen abhanden gekommen**. Einerseits besteht der ökonomische Spielraum für ein „anderes Gesicht des Kapitalismus“ (Hirsch 2002: 199) mit einer längeren Phase des sozialen Ausgleichs und der demokratischen Zurückdrängung des Staates **nicht mehr** und andererseits unterscheidet sich das Kräfteverhältnis, das notwendig wäre, um eine derartige radikale Reformpolitik durchzusetzen sich kaum vom Kräfteverhältnis, das einen Prozess der gesellschaftlichen Aneignung der Ressourcen, der Arbeit und ihrer Früchte erlauben würde

Gesellschaftliche Transformation: die Logik der Konkurrenz überwinden!

Im Zusammenhang der mangelnden politischen Voraussetzungen ist der Begriff des Reformismus selbst zu klären, da sich der klassische **sozialdemokratische Reformismus** zu einem **reformerischen Modernismus** transformiert hat. Die klassische Sozialdemokratie setzte sich für eine Überwindung des Kapitalismus durch Reformen ein. Dieser klassische Reformismus stützte sich auf die Klasse der Lohnabhängigen und im Zuge einer kontinuierlichen Akkumulation von Kräften strebte er einen Übergang zu einer nachkapitalistischen oder sozialistischen Gesellschaft an. Diese Perspektive hat nicht funktioniert und wurde bereits mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten des Ersten Weltkriegs im Jahr 1914 aufgegeben.

Schließlich haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sozialdemokratie jene Kräfte durchgesetzt, die versuchen den Kapitalismus mit einer strukturellen Korrektur über Staatseingriffe und tarifvertragliche Vereinbarungen zwischen Arbeit und Kapital den Kapitalismus zu bändigen. Diese Orientierung stützte sich auf das „Goldene Zeitalter“ mit der langen Aufschwungsphase bis in die 1970er Jahre hinein und auf ein spezifisches politisches Kräfteverhältnis. In gewissen Ländern wie Frankreich und Großbritannien wurden teilweise Nationalisierungen gewisser Industriebereiche vorangetrieben und ein Instrumentarium von regulierenden Staatseingriffen zur sozialen Umverteilung geschaffen.

Durch die Krise und die bescheidenen Wachstumsraten seit den siebziger Jahren, die neokonservative Offensive und die starke Zunahme internationaler Verflechtungen verengte sich der Spielraum für diese Politik. Dieser neuerliche Misserfolg und vor allem ein allmählicher Wandel der sozialen Basis der sozialdemokratischen Parteien bot die Grundlage für den Sozialliberalismus. Die führenden Kreise der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie sind weitgehend in die ökonomische und politische Verwaltung des Kapitalismus integriert. Ihre Treue wird mit beträchtlichen materiellen und sozialen Privilegien und Leitungspositionen entschädigt. Es stellt sich die Frage inwiefern das sozialliberale Führungspersonal sich in einem relevanten Ausmaß von der historischen sozialen Basis der klassischen Sozialdemokratie entfernt hat. Der rasante Mitgliederschwund und die wachsende Wahlabstinenz früher sozialdemokratisch wählender Lohnabhängigen in vielen Ländern Europas deuten

darauf hin. Die Sozialdemokratischen Parteien praktizieren weitgehend eine Variante bürgerlicher Herrschaftspolitik, vergleichbar mit jener der demokratischen Partei in den **USA**, die ihre Verbindungen zu einem Teil der Gewerkschaften weiterhin aufrechterhält. Die Sozialistische Partei in **Frankreich** hat beispielsweise nur einige zehntausend Mitglieder, zu einem beträchtlichen Teil Kader in öffentlichen und privatisierten Betrieben. In der **Schweiz** setzt sich wichtiges Führungspersonal von Swisscom, der Post und der Bahn weitgehend aus solchen mutierten Gewerkschaftern und Sozialdemokraten zusammen. Die heutige Sozialdemokratie - die SPD und New Labour sind nur die deutlichsten Beispiele - will eine gute Verwalterin der kapitalistischen Geschäftsordnung mit all den Konsequenzen, die aus der verschärften internationalen Konkurrenz, der langen Phase schwachen Wachstums und des finanzdominierten Akkumulationsregimes erwachsen. Dennoch ist sie, je nach sozialem Druck, gezwungen, die eine oder andere soziale Leitplanke zu setzen.

Die Zeit des klassischen Reformismus ist also vorbei. Es kann durchaus ein neuer modernisierender Reformismus beispielsweise in Form von Nicht-Regierungsorganisationen entstehen. Die Reformen hingegen, die in der Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung erkämpft werden müssen, situieren sich in einem Verständnis, das nichts mit dem traditionellen und staatsfixierten Reformismus und der klassischen Sozialdemokratie zu tun hat und sie unterscheiden sich auch sowohl von der Logik eines modernen als auch radikalen Reformismus.

Die hier vorgeschlagenen Schritte haben einen **Doppelcharakter**. Sie sind Reformen, zugleich verfügen sie über eine inhärente Logik, die der Logik des Kapitalismus widerspricht, eine Logik der gesellschaftlichen Aneignung gegenüber der Logik der Enteignung und privaten Unterwerfung. Die Vorschläge plädieren dafür, die **Demokratie radikal auszuweiten**, sie zielen auf die Durchsetzung einer vollständigen politischen und ökonomischen, letztlich gesamtgesellschaftlichen Demokratie. Diese Skizze verfolgt nicht das Ziel, eine abstrakte Diskussion über Selbstverwaltungsmodelle oder gar den Gegensatz von Reform und Revolution auszulösen. Vielmehr geht es darum, anhand einiger Vorschläge aufzuzeigen, dass die eine konsequente **Perspektive der gesellschaftlichen Transformation** durchaus an aktuellen Auseinandersetzungen ansetzen kann und letztlich realistischer ist, als die Suche nach einem neuen sozialen Kompromiss.

Die gesellschaftliche Aneignung beginnt damit, dass Anknüpfungspunkte, Forderungsperspektiven und Ausdrucksformen gefunden werden, die an den Widersprüchen unseres Alltagslebens ansetzen und Alternativen bieten, die das Leben verbessern. Zugleich ist aber klar, dass diese Alternativen **keine punktuelle Reparatur** sein können, sondern in ihrer Dynamik zu einer gesellschaftlichen Transformation beitragen, welche die Logik der privaten Profitmaximierung und Aneignung, **die Logik der Konkurrenz überwindet**. Damit werden Reformen verbunden mit einem globalen und emanzipatorischen Projekt der gesellschaftlichen Transformation, das sich auf die Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität stützt.

Die entscheidende Voraussetzung ist die Selbsttätigkeit der Menschen, ihre kollektive Aneignung von Rechten, Fähigkeiten, Kreativität, Ressourcen und Macht.

Wie das « irgendwie Zurechtkommen » Afrika tötet

Hier versucht jeder irgendwie zurechtkommen. „Zurechtkommen“ ist ein Synonym geworden für „überleben“, „sein tägliches Brot finden“ - ohne die Butter zum Bestreichen natürlich.

„Ich komme zurecht“ bedeutet „es geht mir elend, ich leide...aber ich lebe noch“, ich habe dieses Glück noch, im Gegensatz zu den Anderen, zu all denen, die nicht mehr zurechtkommen“, zu den endgültigen Opfern. Wenn ein junger Berufloser einem antwortet „ich komme zurecht“, dann wird er garantiert nicht so bald eine Frau haben und eine Familie gründen (Kinder hat er aber -leider- vielleicht schon). „Zurechtkommen“, bedeutet hier zu 90% einen Mini-Laden vor dem Haus zu haben, wo man versucht, einzelne Pimentschoten, Kerzen, Streichhölzer, Seife, Bonbons oder Zigaretten an den Nachbarn zu verkaufen, der seinerseits auch etwas verkauft und oft auch noch die gleichen Waren! In unserer „Piste“ (ungeteerte Straßen der Viertel) hat sich die Zahl der kleinen (meistens nur aus Tisch und Bank bestehenden) Verkaufsstände in den letzten vier Jahren mindestens verachtfacht: jedes Mal wenn im Zuge der vom IWF empfohlenen Anpassungspolitik eine Beamtenstelle gestrichen wird, kommt ein Neuer hinzu...

Die „Unternehmen“ haben nicht unbedingt einen festen Sitz: der Schuhputzer, der morgens ab fünf durch die Straßen zieht und, um seine Anwesenheit kundzutun, mit seiner Schuhbürste auf eine kleine Holzkiste klopft (oder auf ein Brettchen, wenn er sich die kleine, halb zerbrochene Holzkiste noch nicht leisten konnte), der zu den Kunden kommt und für 50 Centimes(!) drei Paar Schuhe putzt, dieser Schuhputzer „kommt zurecht“; der Flickschneider, der unter Scherengeklapper mit seiner Mini-Nähmaschine auf der Schulter (die "Mini"-maschine wiegt allerdings aber 8 Kilo!) 10 Kilometer pro Tag zurücklegt und auf ein Zeichen aus einer der "concessions"(Gemeinschaftsunterkünfte) wartet, das ihn auffordert ein zerrissenes T-Shirt zu flicken, auch der „kommt zurecht“; die junge Frau, die ihren Kopf als Lasttransportmittel für Stoffkartons auf dem Markt anbietet und für eine 4 Kilometer lange Strecke durch eine unbeschreibliche Menschenmenge 15 CFA-Centimes bekommt „kommt zurecht“; die Mutter, deren Kind Schleim spuckt und der hundert CFA-Francs (etwa ein französischer Franc, bzw. knapp 0,15€) fehlen, um den „einheimischen Kräutertee“ (traditionelle Heilkräuter) zu bezahlen und die ihrer Nachbarin anbietet, für sie auf dem Markt Luftballons mit einer „Gewinnspanne“ von fünf Centimes pro Tag zu verkaufen, „kommt auch zurecht“.

Dass nun manche dann durch weniger ehrliche Art und Weise „zurechtkommen“ oder dem Weißen, in dessen Villa vier Geländewagen passen und dessen Telefonrechnung 200.000 CFA beträgt, eine haarsträubende Geschichte von Diebstahl, von Soldaten, welche die Familie bedrohen, oder einen Todesfall im Dorf aufschwätzen - sollte man ihnen verübeln, dass sie eine weniger erschöpfende und etwas einträglichere Art des „Zurechtkommens“ gefunden haben?

Ja aber, alle „kommen zurecht“ ... und hier liegt das eigentliche Problem: die Afrikaner „kommen so gut zurecht“, dass ihre Staaten ihre Hände in Unschuld waschen können; sie „kommen so still zurecht“, dass der IWF seine Anpassungspolitik weiter betreiben kann und ... alle überleben ... oder überleben nicht. Denn die Malaria lauert allen auf, vom Kind bis zum Greis und verschlingt im

Durchschnitt 40% des monatlichen Einkommens. Und je anstrengender das „Zurechtkommen“ ist, desto häufiger tritt die Malaria auf. Aber jeder dieser Erschöpften glaubt, selber Schuld daran zu sein und denkt kaum daran, den IWF oder die westliche Welt anzuklagen, nur manchmal den Staat, aber dann möchte er eigentlich nur betonen, dass die Regierenden es nicht so schwer wie er selber haben; ihm ist nicht bewusst, dass jene sich in Wirklichkeit auf die „Zurechtkommenden“ setzen, dass sie ihnen mit ihrem immer größer werdenden Heißhunger nach Reichtum (Kapitalismus verpflichtet!) die Haare vom Kopf fressen.

Und diese unermesslichen Einkünfte werden in die Berechnung des Bruttosozialprodukts mit einbezogen, an dem man den durchschnittlichen „Reichtum“ aller abliest!

Aber es kommt noch schlimmer: der einzige Reichtum Afrikas, der vielleicht von den Vorfahren vererbt wurde, oder vielleicht auch aus der vierhundertjährigen schmerzvollen Geschichte entstanden ist, - ist heutzutage die Solidarität. Und genau dagegen will die Weltbank jetzt etwas unternehmen.

Es gab einmal, in Togo, ein schönes Beispiel für Solidarität, stärker als alle staatlichen Plünderungen: die EDIL Schulen (*écoles d'Initiatives Locales*, lange Zeit auch illegal genannt).

Der Staat sorgte nicht mehr für ordentliche Schulausbildung (Könnte es sein, dass mangelnde Schulbildung und die daraus resultierende Unwissenheit manchem dazu verhelfen, an der Macht zu bleiben?). Also hatten die Bauern in den Dörfern Geld zusammengelegt, um ihre eigenen Schulen zu gründen. Die Bauern haben diese Schulen zehn Jahre lang am Leben erhalten und dann hat sich die Weltbank plötzlich dafür interessiert und den Staat aufgefordert, sie in das Bildungswesen einzugliedern. Weil der Staat natürlich nicht im Stande war, den Lohn der neuen Lehrkräfte auszuzahlen - die alten bezogen ja schon nicht mehr ihr Gehalt - erbot sich die Weltbank großzügigerweise (!) diese Lehrer zu bezahlen und zwar dreimal so viel, wie sie von den Dörflern bezahlt worden waren (von 6.5€ auf 18.30€!) und sie so den anderen Lehrern gleichzustellen, ... das aber nur zwei Jahre lang!!!

Wie sollte man dann zwei Jahre später, wenn dieser Geldfluss versiegen würde, die Bauern wieder dazu bringen, für die Schulen aufzukommen? Wie sie davon überzeugen, dass die Lehrer nicht lügen und dass sie wirklich nicht mehr bezahlt werden? Der Streich ist vollführt, schon ist die Solidarität zerstört. So einfach ist das. Letztendlich hat der Geldfluss ... zwei Monate gedauert: ob der Rest wohl von den einheimischen Machthabern unterschlagen worden ist? Sollte das der Fall sein, so war es paradoxerweise vielleicht sogar nützlich? Auf jeden Fall mussten wir, der Verein, der manche dieser Schulen unterstützte, einen Brief an die Eltern schreiben, in dem wir für die Aufrichtigkeit der Aussagen der Lehrer einstanden!

So tötet das „Zurechtkommen“ Afrika. Wenn wenigstens die Solidarität überleben könnte! ... aber da sie ja der Erzfeind des Kapitalismus ist...

Isabelle LIKOUKA, Gründungsmitglied von Attac-Togo und Mitglied der Neuen Alternativen für die Entwicklung (Attac-Cadtm) in Kinshasa, RD Congo

likouka@tiscali.fr oder **attactogo@yahoo.fr**

Aus: Grain de Sable n° 456, 18 février 2004

Christa Wichterich: Geheuert, gefeuert

Weltmarktarbeiterinnen im Rennen nach unten

Vor zwanzig Jahren wurden sie in Südkorea mit volkswirtschaftlichem Stolz „Soldatinnen des Exports“ titulierte und in Hongkong als „Heldinnen des Wirtschaftswunders“ gefeiert – die Frauen in den arbeitsintensiven Exportindustrien. Jede fünfte Einwohnerin von Pusan zum Beispiel, der zweitgrößten Stadt Südkoreas, war damals in der Schuhindustrie beschäftigt, praktisch in jeder Familie eine Person. 1988 wurden in Pusan so viele Sportschuhe produziert wie in keinem anderen Ort der Welt. Dann begann die große Abwanderung: die Turnschuhkonzerne vergaben Aufträge nach Thailand, Indonesien, Vietnam und China. Dort seien „die Arbeiterinnen billiger und weniger aufmüpfig“, erklärten die Manager den entlassenen Frauen in Pusan. Zwischen 1990 und 1994 schlossen 580 Fabriken ihre Tore. Mitte der neunziger Jahre waren nur noch zehn Prozent der 164 000 Beschäftigten von 1988 in der Schuhindustrie in Lohn und Brot. Ein ähnlicher Schrumpfungsprozess fand in Hongkong statt. Durchnummeriert – Factory 1,2,3... – stehen die Fabrikblocks wie stumme schäbige Denkmäler des Industriezeitalters heute leer.

Zeitversetzt ist der gleiche De-Industrialisierungsprozess im Augenblick in Thailand, Indonesien, Sri Lanka und den Philippinen im Gange. In diesen Ländern hatten sich die Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert und Lohnerhöhungen erkämpft. So zum Beispiel Sripai, die in einer Textilfabrik in Bangkok eine Betriebsgewerkschaft aufbaute. Jetzt ist sie gerade einmal 30 Jahre alt und „überflüssig gemacht worden“. Der Betrieb, in dem sie 15 Jahre an Nähmaschinen gesessen hatte, machte dicht. Eine andere Beschäftigung findet sie nicht mehr – „null Chancen in meinem Alter und dann noch Gewerkschaftlerin“, sagt sie bitter. Das „Rennen nach unten“, der brutale Unterbietungswettbewerb schleudert Exportarbeiterinnen in immer mehr südostasiatischen Ländern auf die Straße. Wo in Raten entlassen wird, müssen überall zuerst die „Alten“ drin glauben und die gewerkschaftlich Organisierten. Alt ist Frau Ende zwanzig.

Zunächst, berichtet Sripai, wurde der Produktivitätsdruck erhöht und die Lohndrückerei. Mehr Maschinen wurden eingesetzt, aber nichts für die Sicherheit am Arbeitsplatz getan. Viele Arbeiterinnen litten an Augen-, Atem- und Hautproblemen aufgrund des Textilstaubes oder der Chemikalien in den Stoffen. Die große Zahl von Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen in thailändischen Industriebetrieben ist ein Indikator für geringe Schutzvorkehrungen und die Missachtung von sozialen und ökologischen Standards. Unvergessenes Fanal ist das Feuer in der Spielzeugfabrik Kader, in dem 1993 188 Arbeiterinnen ihr Leben verloren und fast 500 verletzt wurden.

Produktionskosten lassen sich auch senken, wenn Herstellungsschritte aus dem Betrieb in den informellen Sektor ausgelagert werden. Oft entließen Firmen Arbeiterinnen, boten ihnen aber an, als Zulieferinnen Unteraufträge auszuführen. Die Frauen kauften mit einem Kredit Nähmaschinen und nähten die von den Firmen zugeschnittenen Teile von Schuhen oder Kleidung in Heimarbeit oder kleinen Werkstätten mit fünf bis zehn Frauen zusammen. Der Stücklohn, den die Näherinnen in den kleinen Sweatshops

oder als Ich-AG daheim verdienten, lag erheblich unter ihrem früheren Verdienst in der Fabrik. Jetzt versuchen die Agenten, die Löhne weiter zu drücken, Aufträge kommen seltener rein, das Einkommen reicht kaum noch für die täglichen Nudelsuppen, und die Schulden können nicht zurückbezahlt werden.

Hinter dieser Umstrukturierung der Arbeitsmärkte steht eine neue Verlagerungswelle von Produktion durch die großen Bekleidungs- und Sportschuhkonzerne: immer weniger Aufträge in die Schwellenländer und neu-industrialisierten Länder Südostasiens und immer mehr an die Weltmeister des globalen Unterbietungswettbewerbs, nach China. Verlagert wird aus zwei Gründen: die Billigstlöhne in China und das Ende des multilateralen Textilabkommens im Jahr 2005. Dieses Abkommen garantierte den kleinen Exportproduzenten bisher nach einem komplizierten Quotensystem Zugang zu den Konsummärkten Europas und Nordamerikas. Wenn diese Sonderregelungen 2005 auslaufen, steht der Weltmarkt für China als neuem Mitglied der Welthandelsorganisation WTO offen und Niedrigpreise werden einmal mehr zum marktentscheidenden Kriterium in der globalen Konkurrenzschlacht werden. Die Weltbank schätzt, dass sich China's Anteil an den weltweiten Textilexporten von 20 Prozent im Jahre 2002 auf 47 Prozent im Jahre 2010 steigern wird.

Aus diesem Grund investieren schon jetzt viele koreanische und taiwanesischen Hersteller in China und Textilkonzerne verschieben ihre Produktionsaufträge ins Billigeldorado, um sich in guten Startpositionen zu platzieren. In kein anderes Land der Welt sind in den vergangenen beiden Jahren so viele ausländische Investitionen geflossen wie nach China. In Mauritius, Indonesien und Sri Lanka versuchen einige Unternehmer Marktnischen ausfindig zu machen oder auf die Herstellung von Hochqualitätsware umzusteigen, um wenigstens einen Teil der Produktion zu erhalten.

In der Ausflugschneise, die die Unternehmen in den südostasiatischen Ländern hinter sich lassen, verlieren Millionen Exportarbeiterinnen ihren Job. Was wird aus den Frauen, die ein paar Jahre zuvor noch als die Jobgewinnerinnen der Globalisierung galten? Es gibt kein Netz von Sozial- und Arbeitslosenversicherung, das die Frauen auffängt. Die wenigsten finden einen neuen Job. Absurderweise reichen ihre Fähigkeiten nicht, um als selbständige Schneiderin zu arbeiten. Denn in den Fabriken haben sie jahrelang lediglich Ärmelnähte geschlossen, Knopflöcher fabriziert oder Taschen in Jeans genäht haben – nie aber ein ganzes Kleidungsstück genäht.

Verzweifelt versuchen sie, als Kleinhändlerin, Hausangestellte oder mit anderen Tätigkeiten im informellen Sektor ein Einkommen zu erwirtschaften. Wegen mangelnder Ausbildung schaffen die wenigsten den Umstieg in den qualifizierten Dienstleistungssektor. Zudem gelten sie als alt und verbraucht. In Südkorea boomt derzeit die kosmetische Chirurgie, weil Frauen sich liften oder verschönern lassen, um ihre Chancen in der Dienstleistungsbranche zu verbessern.

Zwar werden immer mehr junge qualifizierte Frauen in den Arbeitsmarkt integriert, aber nach dem Just-in-time-Prinzip: punktgenau angeheuert, wo es an Arbeitskräften fehlt, und als erste gefeuert, wenn die wirtschaftliche Lage sich verschlechtert oder die Frauen keine Höchstleistungen mehr

bringen. Die Krisenanfälligkeit der Arbeitsmärkte und ihr immer schnellerer Umbau treffen Frauen heftig.

Als in Hongkong bereits Ende der achtziger Jahre zigtausende Exportarbeiterinnen auf der Straße standen, ließen sich viele als Pager-Schreiberin ausbilden. Pager fanden damals als SMS-Vorläufer eine rasche Verbreitung in Hongkong: statt beim Anrufbeantworter hinterließen Anrufer ihre Nachricht bei einer Call Center Agentin. Die schrieb sie auf und übermittelte sie auf den Display des Pagers. Dazu mussten die Frauen lernen, chinesische Schriftzeichen auf Schreibmaschinen zu tippen. Genau fünf Jahre dauerte der Pagerboom. Dann verbreiteten sich in noch rasanterem Tempo Handys, und der Pagerspuk war vorbei. Die Frauen standen wieder auf der Straße. Viele leben seitdem mehr schlecht als recht von Gelegenheits- und Putzjobs.

Hundert Kilometer weiter nördlich, in der Sonderproduktionszone von Shenzhen in China schufteten jetzt hunderttausende junge Frauen, frisch zugewandert aus ländlichen Regionen, unter miesesten Bedingungen zwölf bis 14 Stunden pro Tag, bestenfalls für den Mindestlohn von 40 Cent pro Stunde, meistens aber für weniger, Überstunden werden meist nicht bezahlt. Sie löten Halbleiter, produzieren Spielzeug, nähen Sportschuhe und T-Shirts für den nimmersatten Weltmarkt. Stolz verkündet die chinesische Regierung, sie könne die niedrigen Löhne mindestens zwei Jahrzehnte halten. Solange kann sie mit einem sicheren Nachschub weiblicher Arbeitskräfte vom Land rechnen. Schneller Umschlag von Waren und Arbeitskräften beleben das Geschäft. Die Verschleißindustrien entlassen ihre Kinder.

Und die Gewerkschaften?

Was machen Gewerkschaften, wenn ihre Mitglieder in Scharen entlassen werden? „Sie sterben oder sie verändern sich“, ist die lapidare Antwort von Arunee Srito, die von der Bangkok Textilmfirma Thai Durable gefeuert wurde. Von den früher 4200 Beschäftigten sind nur noch 1000 übrig geblieben. Die Betriebsgewerkschaft Thai Kriang schrumpfte, aber sie starb nicht, weil sie sich veränderte. Einige hundert entlassene Frauen sind immer noch Mitglied und neue Mitglieder, die nicht bei Thai Durable arbeiten, sind dazu gekommen.

In den achtziger Jahren erkämpfte die Thai Kriang Gewerkschaft bessere Löhne, in den neunziger Jahren den Mutterschutz, jetzt stehen soziale Sicherungssysteme ganz oben auf der Tagesordnung und der Kampf gegen die Diskriminierung älterer Frauen. Außerdem bieten sie in Kooperation mit dem „Netzwerk erwerbsloser Arbeiterinnen“ den Mitgliedern Fortbildung an und unterstützen sie bei der Gründung von Kooperativen oder von Ich-AGs.

Sripai, früher Textilarbeiterin und Gewerkschafterin, organisiert heute Heimarbeiterinnen und baut Kooperativen auf. „Als ich in der Fabrik arbeitete, habe ich nur unsere Arbeitsprobleme beachtet. Als wir uns mit anderen Betriebsgewerkschaften austauschten, lernten wir zu kämpfen. Als wir Arbeiterinnen und Gewerkschafterinnen aus anderen Ländern trafen, gingen wir an, nach Lösungen zu suchen.“ Tatsächlich fand in den letzten 15 Jahren kontinuierlich ein Austausch zwischen Arbeiterinnenorganisationen in Süd- und Ostasien statt, vermittelt von dem Frauennetzwerk CAW. So lernten die Thailänderinnen von den Südkoreanerinnen, wie sie für Mutterschutz und Kinderbetreuung lobbyieren und kämpfen können und dass sich gewerkschaftliche Organisationen im Prozess der De-Industrialisierung öffnen und verändern müssen. Transnationaler Austausch und Vernetzung sind ihre Antwort auf das Taktieren der transnationalen Konzerne. „Alle beschäftigten und erwerbslosen Arbeiterinnen müssen sich wehren, sonst werden sie auf den Märkten schneller verschlissen, als die Stoffe, die sie zusammennähen“, meint Arunee, „und sie müssen ganz neue gewerkschaftliche Organisationen erfinden.“

Weitere Informationen: * www.attac.de/konsumnetz * www.sauberekleidung.de

Armut aus der Sicht der lateinamerikanischen Frau

Jorge Coarasa

Im allgemeinen ergeben sich aus den geltenden Erwartungen und Normen, bezüglich der Geschlechterrollen einer Gesellschaft, ein begrenzter Zugang der Frauen zu wirtschaftlichen Ressourcen und weniger Entscheidungsbefugnisse. Das führt zu einem Ungleichgewicht in den Beziehungen der Geschlechter zugunsten der Männer.

Nach einem Bericht des UNO Bevölkerungsfonds mit dem Titel "Status der Weltbevölkerung 2002" leben weltweit mehr Frauen in Armut als Männer. Dieses Ungleichgewicht hat sich im letzten Jahrzehnt noch verstärkt. Außerdem weitet sich das geschlechtsspezifische Ungleichgewicht im Bereich Gesundheit und Bildung unter den Armen aus.

In Lateinamerika ist die Situation nicht viel anders, obwohl es einige Besonderheiten gibt, die man näher betrachten sollte. Am 25. August diesen Jahres hat die Wirtschaftskommission der UNO für Lateinamerika und die Karibik ihren Jahresbericht über die soziale Situation der Region herausgegeben. Ein Kapitel dieser Ausgabe ist dem

Zusammenhang zwischen Armut und Gender gewidmet. Die wesentliche Enthüllung dieser Studie:

Die lateinamerikanischen Frauen haben im Gegensatz zum Rest der Entwicklungsländer ein höheres Bildungsniveau als die Männer, sie sind jedoch, wie auf dem Rest der Welt ärmer als Männer.

In dieser Studie wurde hervorgehoben, dass die Lateinamerikanerinnen Bildungsstandards erreicht haben, die höher sind als die der Männer und die berufstätigen Frauen haben im Durchschnitt mehr Ausbildungszeiten aufzuweisen. Aber sie leiden viel stärker an Arbeitslosigkeit, haben niedrigere Löhne und sind von unflexiblen Arbeitszeiten härter betroffen als Männer. In den 90er Jahren stieg die Beschäftigungsrate bei den Frauen stärker als bei den Männern. Aber während die Arbeitslosenquote bei den Männern um 2,9 Prozentpunkte zwischen 1990 und 1999 stieg, erhöhte sich die der Frauen um 6,1%. Daher gibt es mehr Armut bei den Frauen als bei den Männern. Und Frauen als Haushaltsvorstände haben weniger

monetäres Einkommen als Männer, sowohl in armen Haushalten als in Haushalten mit höherem Einkommen.

Hinzu kommt, dass Haushalte von Alleinerziehenden vor allem von Frauen geführt werden. Sie sehen sich mit anderen Nachteilen, die zusammenhängen mit der fehlenden Anerkennung der unbezahlten Hausarbeit, die sozial nicht anerkannt ist, konfrontiert.

In den Haushalten, in denen die Frauen eigene Einkommen haben, stellt ihr Beitrag die Basis zum Familieneinkommen dar, und daraus ergibt sich, nach diesen Analysen, dass die Armut um 10% in 8 Ländern der Region ansteigen würde, wenn es den finanziellen Beitrag der Frauen nicht gäbe. Diese Tatsache steht im Kontrast dazu, dass der Prozentsatz der Frauen, die kein eigenes Einkommen haben, in den städtischen Gebieten um das Doppelte und in den ländlichen Gebieten um das Dreifache höher als der Prozentsatz der Männer in vergleichbaren Situationen ist.

Darüber hinaus hebt der Bericht hervor, dass sich in den meisten lateinamerikanischen Ländern eine „langsame und ungleichmäßige Entwicklung der Frauenpartizipation sowohl bei gewählten Ämtern als auch bei entscheidungstreffenden Stellen der Politik abzeichnet. Dies zeigt, dass die Regierungen Aktionen unternehmen müssen, die den Frauen die Ausübung ihrer Rechte garantieren, die ihnen Zugang zu

produktiven Ressourcen bieten und jede Form der Diskriminierung in der Arbeitswelt und in der Politik auszuschalten, als unumgängliche Bedingungen um die Armut zu überwinden. Andererseits muss eine Politik gegen die Armut die Harmonisierung der Hausarbeit mit der Arbeitswelt von Männern und Frauen fördern, von der Kinderbetreuung bis zu Erziehungszeiten welche die männliche Beteiligung am Familienleben begünstigen.

Leider gibt es wenig regionale Programme die diesen Gesichtspunkt für ihre Projekte fokussieren. Beispielsweise weist der hochtrabende Plan Panama – konzipiert als "Angelpunkt der Entwicklung des Süd-Südostens Mexikos und der Länder des Zentralamerikanischen Isthmus" kein Element für das Gendergleichgewicht vor und, um diesen zu formulieren, wurde auch keine Annäherung zu Frauenorganisationen gesucht. Es bleibt noch zu bemerken, dass die von den Ländern designierten Mitglieder der Exekutivkommission dieses Planes alle Männer sind.

* Mexikanischer Wirtschaftswissenschaftler
Agentur für solidarische Information
jorgecoarasa@hotmail.com

Kirsten HEININGER, Helga HEIDRICH

Sozialabbau: EU-Länder im Überblick

Der Europäische Gewerkschaftsbund, viele Einzelgewerkschaften in zahlreichen Ländern, Sozialverbände, die Sozialforumbewegungen und nicht zuletzt die globalisierungskritische Bewegung Attac haben für den 2. und 3. April 2004 zu einem Europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau aufgerufen:

Die Agenda 2010 der sozialdemokratisch-grünen Koalitionsregierung in Berlin ist kein nationaler Sonderweg. Seit der Millenniumswende wurden auf zahlreichen EU-Gipfeln die Grundzüge einer »Agenda für die wirtschaftliche und soziale Erneuerung Europas« (Kommission) bekräftigt. Europa hat - alle nationalen Unterschiede in Rechnung gestellt - eine gemeinsame Tagesordnung: die schrittweise »Entsorgung« des Wohlfahrtsstaates. Dagegen hat sich in den letzten Jahren Widerstand formiert. 100.000 Demonstranten am 1. November 2003 in Berlin waren ein guter Auftakt zur Mobilisierung zum Europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau.

Deutschland

Sozialdemokratisch-Grün Sozialleistungsquote (SQ - Anteil der Ausgaben für Soziale Sicherheit am BIP in 2000): 29,5%; Arbeitslosenquote in 2003 (AL): 10,3%

Arbeitsmarkt: u.a. Kürzungen beim Arbeitslosengeld (Zumutbarkeit, Sperrzeiten), Ersetzung der Arbeitslosenhilfe durch Arbeitslosengeld II (Sozialhilfeniveau), Ausbau des Niedriglohnssektors durch Mini-/Midi-Jobs und subventionierte Kleinstselbständigkeit, Ausweitung von Leiharbeit, Einschränkung des Kündigungsschutzes (in Kleinbetrieben).

Rente: Der »Systemumbau« durch kapitalmarktbasierter Zusatzrenten wird fortgesetzt durch Verschlechterungen in der gesetzlichen Rentenversicherung: Aussetzung der Rentenanpassung 2004, Verschiebung der Rentenauszahlung, Erhöhung des Rentenbeitrags zur Pflege- und Krankenversicherung: Geplant ist die Einführung eines demografischen Faktors, der - nach den Plänen der Rürup-Kommission - das Nettorentenniveau bis zum Jahr 2030 von

z.Z. 69,5% auf 57,8% senken würde, sowie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Gesundheit: kurzfristig 9 Mrd. und bis 2007 19 Mrd. EUR müssen die Versicherten aufbringen: durch Privatisierung von Leistungen, Zuzahlungen bei Arztbesuch, Arzneimitteln und Krankenhausaufenthalt. Der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung wird durch Entlastung der Arbeitgeber beschleunigt. Mit der Alternative »Bürgerversicherung« oder »Kopfprämie« steht in den nächsten Jahre eine Systementscheidung bevor.

Großbritannien

Labour; SQ: 26,8%; AL: 5,1%

Arbeitsmarkt: New Labour hat die Arbeits- und Gewerkschaftsgesetze der Thatcher/Major-Regierung fortgeschrieben, darunter die Jobseeker Allowance, die Lohnersatzleistungen von der Beitragszahlung entkoppelt und auf ein halbes Jahr begrenzt. Die Förderung von Niedriglohnjobs gehört ebenso zur New Labour-Strategie wie die Voll- oder Teilprivatisierung öffentlicher Infrastruktur und im Bildungssystem (Public-Private-Partnership, Einführung bzw. drastische Erhöhung von Studiengebühren).

Rente: Aufgrund niedriger Grundrente (16-20% des Durchschnittslohns) hängt die Alterssicherung im Wesentlichen von Pensionsfonds und Betriebsrenten ab. Beide stehen nach dem Platzen der Blase der New Economy vor massiven Finanzproblemen. In der Diskussion ist eine Förderung verlängerter Lebensarbeitszeit von 65 bis zu 70 Jahren.

Gesundheit: Auseinandersetzung um Teilprivatisierungen im National Health System, vor allem der Krankenhäuser.

Niederlande

Christdemokratisch-Liberal; SQ: 27,4%; AL: 3,8%

Arbeitsmarkt: Im Oktober 2003 vereinbarten Regierung und Tarifvertragsparteien nach längeren Auseinandersetzungen ein neues Sozialabkommen: Einfrieren der Löhne in 2004 und 2005; im Gegenzug verzichtet die Regierung auf geplante

Verschlechterungen beim Vorruhestand, der Arbeitslosen- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung (Frührente), die Sozialleistungen sollen ab 2006 wieder an die Lohnentwicklung (statt Inflation) gekoppelt werden und die Regierung stützt die Krankenversicherung mit 200 Mio. EUR.

Rente: Im Rahmen der Vereinbarungen mit den Tarifvertragsparteien hat die Regierung geplante Verschlechterungen beim Vorruhestand ausgesetzt; in 2004 soll das Frühverrentungssystem neu verhandelt werden.

Gesundheit: Ab einem Jahresinkommen von 30.700 EUR obligatorische private Zusatzversicherung. Selbstbeteiligung beim Arztbesuch. Für Arzneimittel, die auf der Positivliste vermerkt sind, übernimmt die Krankenkasse die Kosten ohne Zuzahlung. Lange Wartezeiten für operative Eingriffe.

Anmerkung der SiG-Redaktion / bw

Nebstbei haben die Niederlande unlängst etwa 250.000 Menschen des Landes verwiesen. Um den anwesenden MigrantInnen, die über 4 Jahre bereits im Land waren, Schutz zu bieten, wurden sie vor das Rathaus bestellt. Die lange Reihe an Menschen vermittelte erstmals einen Eindruck, wieviel es überhaupt sei. Flugs waren sie ausgewiesen.

Österreich

Bürgerlich-Rechtspopulistisch; SQ: 28,7%; AL: 4,4%

Pension: Trotz landesweiter Streiks im Mai/Juni 2003 konnte die Pensionsreform nur geringfügig entschärft werden. Kritikpunkte des ÖGB bleiben u.a.: Verlängerung der Lebensarbeitszeit um ein Jahr; Kürzung der Altersruhegelder um mehr als 1,5 Monatspensionen/Jahr; Abschaffung der Frühverrentung bei Arbeitslosigkeit bzw. langer Versicherungsdauer; 4,2% Abschläge pro Jahr bei vorgezogener Rente; Aussetzung der Pensionsanpassung im ersten Rentenjahr; Ausdehnung des Bemessungszeitraumes von 15 auf 40 Jahre.

Gesundheit: Patienten in Österreich müssen z.T. tief in die eigene Tasche greifen: Apothekengebühr (4,25 EUR pro Medikament), Krankenhausbeitrag (8 EUR/Tag, für Mitversicherte 17,70 EUR), Krankenschein (3,63 EUR/Quartal), Fahrtkosten zum Arzt (mind. 22,40 EUR). Der Zahnersatz wird von den Kassen nicht übernommen.

Frankreich

Bürgerblock; SQ: 29,7%; AL: 9,4%

Rente: Trotz umfangreicher Generalstreiks - so am 3.6.2003 - hat die Regierung Raffarin u.a. eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit von 37,5 auf 40 Beitragsjahre (in 2008, 41 Jahre in 2012 und 42 in 2020) durchgesetzt sowie Abschläge von 3% bis 6% (in 2008) pro Jahr bei vorzeitiger Rente; Einführung einer kapitalgedeckten Zusatzversicherung.

Gesundheit: In den letzten Jahren wurden Erstattungen für Medikamente, Prothesen und ärztliche Leistungen (von 2 auf 20 EUR pro Arztbesuch) beständig erhöht. Hörhilfen, Brillen und Zahnimplantate werden nicht oder nur noch minimal erstattet. Mitte 2004 will die Regierung neue Vorschläge zum Defizitabbau der Krankenversicherung vorlegen, u.a.: Senkung der Lohnersatzleistungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Anhebung der allgemeinen Sozialabgabe, Rezeptgebühr, Beteiligung an Kosten des Krankenhausaufenthalts.

Italien

Rechtspopulistisch-Postfaschistisch; SQ: 25,2%; AL: 8,6%

Arbeitsmarkt: Einschränkung des Kündigungsschutzes in Betrieben ab 15 Beschäftigten; Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch individuelle Arbeitsverträge, Recht von Unternehmen, ganze Belegschaften mit Leiharbeitskräften zu

besetzen und sich in viele Mini-Einheiten aufzuteilen. Rente: Begleitet von mehreren Generalstreiks (so am 24.10.2003) betreibt die Regierung Berlusconi die Verlängerung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit von z.Z. 59,4 auf zunächst 63 und ab 2008 auf 65 Jahre (Männer) und des Beitragszeitraums von 35 auf 40 Jahre.

Gesundheit: Private Zuzahlung bis 36 EUR pro Verordnung (deckt max. 8 Leistungen ab), Zahnersatz ist keine Versicherungsleistung, Rezeptgebühr, gestaffelte Selbstbeteiligung bei Medikamenten.

Spanien

Bürgerlich-Rechtskonservativ; SQ: 20,1%; AL: 11,3%

Arbeitsmarkt: Die von der Regierung in Angriff genommene Verschärfung des Bezugs von Arbeitslosengeld musste nach einem Generalstreik am 20.6.2002 wieder zurückgenommen werden. (bis 69 EUR: 100%, bis 167 EUR: 50% usw.); Erstattungen für Medikamente nur nach Positivliste.

Norwegen

Mitte-Rechts-Minderheitsregierung; SQ: 27,1%; AL: 4,5%

Rente: Ein Ausschuss zur Zukunft der Alterssicherung hat der Regierung vorgeschlagen, die Renten künftig an die Einkommen während des gesamten Berufslebens (statt der »besten 20 Jahre«) zu koppeln, was einen senkenden Effekt hat und dem vorzeitigen Ruhestand mit 62 statt 67 Jahren entgegenwirken soll. Die Rente setzt sich dann aus einer garantierten Mindestrente und einer einkommensabhängigen Pension zusammen.

Gesundheit: Selbstbeteiligungen bis max. 200 EUR/Jahr: Arztbesuch 15 EUR, Medikamente 36%. Die stationäre Behandlung ist frei; das Problem sind die langen Wartezeiten insbesondere bei einfachen Eingriffen.

Portugal

Rechtskonservativ/-populistisch; SQ: 22,7%; AL: 6,5%

Rente: Für die Rentenhöhe werden (schrittweise bis 2016) die Einkommen des gesamten Versicherungszeitraums (nicht mehr die Jahre mit den höchsten Einkommen) zugrunde gelegt, was einen senkenden Effekt hat.

Gesundheit: Bei Zahnersatz 25%, bei Arzneimitteln 30-60% Selbstbeteiligung

Griechenland

Sozialdemokratisch; SQ: 26,4%; AL: 9,3%

Rente: Generalstreiks (so im Mai 2003) gegen Verschlechterungen bei der Altersrente: Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 65, Abschaffung der Mindestrente, Rentenkürzungen (Durchschnittsrente entspricht knapp 50% des durchschnittlichen Arbeitseinkommens).

Gesundheit: Selbstbeteiligung bei Medikamenten, 25% bei Zahnersatz, Brillen, Prothesen, Hörgeräten.

Dänemark

Liberal-Konservativ; SQ: 28,8%; AL: 5,5%

Arbeitsmarkt: Bereits ab Mitte der 1990er Jahre wurde eine Politik der »Rechte und Pflichten« verfolgt: u.a. Kürzung der max. Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von neun auf vier Jahre, Recht auf eine dreijährige »Aktivierungsphase« mit Lohnzuschüssen, Jobtraining/-rotation, Weiterbildung; bei Zurückweisung werden Leistungen gekürzt bzw. gestrichen.

Rente: Das Einkommen während des Vorruhestands (von 60-65 Jahren) ist niedriger als das Arbeitslosengeld, aber höher als die Grundrente, max. 1660 EUR; es ist keine rein steuerfinanzierte Leistung mehr, sondern wird durch einen über die Arbeitslosenkasse eingezogenen Eigenanteil mitfinanziert;

zudem wirkt die Inanspruchnahme rentenmindernd. Pläne, den Vorruhestand umfassender einzuschränken, sind bislang am Widerstand von Gesellschaft und Gewerkschaften gescheitert.

Gesundheit: Selbstbeteiligung bei Zahnbehandlung 35-60%; Zahnersatz keine Versicherungsleistung, nach Ausgaben gestaffelte Selbstbeteiligung an Arzneimitteln (bis 69 EUR):

Schweden

Regierung: Sozialdemokratisch; SQ: 32,3%; AL: 5,5%

Rente: Nach der in 2001 in Kraft getretenen Rentenreform gibt es eine Basisrente (ab 65 Jahre) und einen einkommensabhängigen Pensionsfonds (öffentlich oder privat) mit einem demografischen Faktor (Pension nach Lebenserwartung, nicht vor dem 61. Lebensjahr). Zugrunde gelegt werden nicht mehr die »besten« 15 Jahre, sondern die gesamten Erwerbseinkommen.

Gesundheit: Das schwedische Gesundheitssystem hat eine Radikalkur hinter sich: Krankenhäuser wurden geschlossen, Personal entlassen mit der Folge langer Wartezeiten; überall wurden Wettbewerbselemente eingeführt. Selbstbeteiligungen max. 97,43 EUR/Jahr: Krankenhaus (8,62 EUR/Tag), Arzt (bis 28,15 EUR). Selbstbeteiligung an Arzneimitteln bis max. 463 EUR/Jahr. Zahnbehandlung bis 20. Lebensjahr kostenlos.

Norwegen

Mitte-Rechts-Minderheitsregierung; SQ: 27,1%; AL: 4,5%

Rente: Ein Ausschuss zur Zukunft der Alterssicherung hat der Regierung vorgeschlagen, die Renten künftig an die Einkommen während des gesamten Berufslebens (statt der »besten 20 Jahre«) zu koppeln, was einen senkenden Effekt hat und dem vorzeitigen Ruhestand mit 62 statt 67 Jahren entgegenwirken soll. Die Rente setzt sich dann aus einer garantierten Mindestrente und einer einkommensabhängigen Pension zusammen.

Gesundheit: Selbstbeteiligungen bis max. 200 EUR/Jahr: Arztbesuch 15 EUR, Medikamente 36%. Die stationäre Behandlung ist frei; das Problem sind die langen Wartezeiten insbesondere bei einfachen Eingriffen.

Finnland

Sozialdemokratie/Zentrumspartei; SQ: 25,2%; AL: 9%

Arbeitsmarkt: Kürzungen bei Arbeitslosengeld und aktiver Arbeitsmarktpolitik. Lohnzuschüssen, Jobtraining/-rotation, Weiterbildung; bei Zurückweisung werden Leistungen gekürzt bzw. gestrichen

Rente: vergleichbar mit Schweden gilt ab 2005 u.a.: Anhebung des Mindestrentenalters auf 63 Jahre, Frühverrentung nur noch ab 62, demografischer Faktor (Lebenserwartung).

Gesundheit: Selbstbeteiligungen bei Arztbesuch, Medikamenten (max. 594 EUR/Jahr), Krankenhausaufenthalt (stationär: 26, ambulant: 22 EUR/Tag). 60% Erstattung bei Zahnbehandlung, jedoch keine bei Zahnersatz. In den 1990er Jahren wurden die Krankenhauskapazitäten drastisch reduziert mit der Folge erheblicher Wartezeiten..

Slowakei

Anmerkung der SiG-Redaktion: Unlängst wurde die Sozialhilfe gestrichen.

Ungarn

Anmerkung der SiG-Redaktion aus email von Endre Simó vom 26.02.2004: "Ich freue mich mitzuteilen, dass die Mobilisierungskampagne für soziale Anliegen gegen die

Privatisierung von ungarischen Spitälern zu einem Erfolg geführt hat: AktivistInnen der Sozialen Bewegungen und Gewerkschaften haben die gesetzlich notwendigen Unterschriften (225.000 statt 200.000), um ein nationales Referendum für die Abschaffung der Privatisierung von Krankenhäusern zu erwirken."

Unser Europa ist ein soziales Europa

Warum Privatisierung, Deregulierung und Sozialabbau in Europa? Die Kapitalakkumulation - und damit das Wirtschaftswachstum - hängt von den Nettoinvestitionen ab. Bleiben diese Investitionen zu gering, wird die Produktion zugleich rationalisiert, werden die öffentlichen Investitionen gekürzt, dann schrumpft die Nachfrage nach Lohnarbeit und die Finanzgrundlagen für die sozialen und öffentlichen Kassen erodieren. Die Verteilungskonflikte werden verschärft, wobei die Beschäftigten mit den Gewerkschaften, die Arbeitslosen mit ihren Selbsthilfeorganisationen, die Altersrentner und die Kranken zunehmend verschlechterte Kampf- und Durchsetzungsbedingungen haben. Die Politik von Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung, der Ausweitung von Niedriglohnsektoren, des Sozialabbaus läuft auf eine allgemeine Absenkung des Lohnniveaus, die Zerstörung des erkämpften sozialen Status der Lohnabhängigen und der Zersetzung demokratischer und sozialer Rechte (Tarifautonomie, soziale Schutzrechte) hinaus. Die Herrschenden werden auf diese Abwärtsspirale für die Mehrheit der Bevölkerung nicht von selbst verzichten; wir müssen uns gegen die Zersetzungsstrategie zur Wehr setzen. Der Widerstand gegen Sozialkahlschlag und Lohnabbau muss in eine Neuerfindung der Politik für ein soziales Europa verlängert werden.

Wir fordern

- die Aufhebung der Privilegien für Kapital- und Vermögenseinkommen; eine effektive Besteuerung der Großunternehmen; Wiedererhebung der Vermögensteuer und eine höhere Erbschaftssteuer
- die Koordinierung des europäischen Steuersystems, um Steuerdumping für Unternehmen einzudämmen und Steuerschlupflöcher zu schließen
- die Besteuerung von Devisentransaktionen (europäische Tobin-Steuer) und von Börsenumsätzen; Regulierung internationaler Finanzmärkte und Kapitalströme
- ein Programm zur Bekämpfung von Unterentwicklung, Armut und Hunger im internationalen Maßstab zur Eindämmung der weiter zunehmenden Nord-Süd-Polarisierung.
- Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch verstärkte öffentliche Investitionen in qualitativen Wachstumsfeldern; Arbeitszeitverkürzung; aktive Arbeitsmarktpolitik.
- den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und eine wirkliche Modernisierung der Gesundheitsversorgung;
- einen radikalen Politikwechsel, der auf die Schaffung der Voraussetzungen für eine gesellschaftlich gesteuerte Ökonomie und eine Ausweitung des öffentlichen Sektors - Soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung - gerichtet ist.

Dank der Unterstützung der FreundInnen von Babels-Transtrad, des internationalen Netzwerks freiwilliger DolmetscherInnen, deren Ziel es ist, die Übersetzungsarbeit für eine möglichst große Anzahl von Sprachen für die Sozialforen zu organisieren, liegt dieses Flugblatt inzwischen in den Sprachen Deutsch, Englisch, Spanisch, Galicisch, Griechisch als pdf-Datei vor und kann unter www.sozialismus.de heruntergeladen werden

Quelle: www.sozialismus.de, Sonderdruck aus Sozialismus 2/2004

Vier Jobs, drei Kinder, keine Wohnung – In den USA fallen immer mehr Menschen durch die Maschen des sozialen Netzes

NDR Info / Das Forum / 26.12.2003

Grace Ross, Gründungsmitglied und Kopf der Nicht-Regierungsorganisation „Sisters together against poverty“ also: „Schwestern –vereint gegen die Armut“: „Eins muss ich sagen: das Sozialsystem hierzulande verdient seinen Namen nicht. Hier sterben Menschen buchstäblich wegen unzureichender medizinischer Versorgung. Auf der anderen Seite haben wir hier die besten Krankenhäuser und Ärzte der Welt.“

Benjamin Sawjer ist Hotelfachwirt. Noch vor wenigen Jahren hatte er Haus, Familie und Job. Wegen einer chronischen Erkrankung wurde er entlassen. Inzwischen droht ihm und seinem Sohn die Obdachlosigkeit.

Lisa Andrew. „Ich bin 35. Ich finde die Zustände für die Armen hier in Massachussets, einem der reichsten Staaten der USA, empörend. Seit Jahrzehnten werden nur die Reichen reicher, die Armen aber ärmer. Ich muss 70 Stunden in der Woche arbeiten, um meinen Lebensunterhalt zu verdienen. Vor kurzem habe ich angefangen, aktiv gegen die Armutprobleme der Gesellschaft zu kämpfen und mich politisch zu organisieren.“

Lisa Andrew ist Mutter von 4 Kindern, Hilfsarbeiterin und politische Aktivistin. Um das Auskommen ihrer Familie zu sichern, arbeitet sie als Bürokraft, als Fahrerin und als Pflegerin für geistig Behinderte. Darueber hinaus organisiert sie Demonstrationen gegen die Schliessung von Obdachlosenheimen und den Abriss von Sozialwohnungen.

Grace, Benjamin und Lisa – alle aus Marlboro, Massachussets im Nordosten der Vereinigten Staaten - sind aus unterschiedlichen Perspektiven täglich mit dem Teufelskreis der Armut in den USA konfrontiert. Als Sozialarbeiter, Betroffene, oder als politische Aktivistinnen.

Wenn Grace Ross zum Beispiel ihr Büro im ersten Stock eines kleinen Gebäudes im Zentrum der 80.000 Einwohner Stadt Marlboro betritt, wartet schon eine Reihe von Ratsuchenden vor der Tür. Sie alle leben unterhalb der Armutsgrenze.

Die Behörden in Marlboro haben die öffentliche Rechtsberatung kürzlich auf zwei Stunden pro Woche reduziert - aus Kostengründen und, wie Grace sagt, um es den Armen schwerer zu machen, sich in einer der reichsten Gemeinden der USA aufzuhalten. Also hat Grace die Rechtsberatung für Arme privat übernommen. **13 Millionen Amerikaner fielen im letzten Jahr unter die Armutsgrenze, steht in einem Bericht der New York Times. 40 weitere Millionen waren davon bedroht.** Der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Monate findet diesmal ohne die Schaffung neuer Stellen statt, heisst es weiter. „**Obdachlosigkeit** ist ein großes Problem für viele hier,“ sagt sGrace Ross „Der durchschnittliche Obdachlose in Massachussets ist ein sechsjähriges Schulkind. Seine Eltern konnten wegen der geringen Gehälter die Miete nicht mehr zahlen. Sie können aber die Gegend auch nicht verlassen, denn hier haben sie ihr Einkommen. Also schlafen sie in ihren Autos, waschen sich bei Freunden und kommen so durch. Eine der Frauen, die wir hier betreuen, hat das ein ganzes Jahr lang so gemacht. Sie arbeitet am Empfang bei einem der großen Telefonkonzerne. Sie verdiente 16.000 Dollar im Jahr, musste aber noch 3 Kinder ernähren. Sie konnte sich damit keine Wohnung mehr leisten, verdiente aber zuviel, um staatliche Unterstützung bekommen zu können. Also schlief

Feature von Frank Hessenland

sie mit den Kindern in ihrem Auto. In einem ganz einfachen PKW. Ich habe keine Ahnung, wie sie das gemacht hat. Aber sie hatte alles probiert: Notunterkünfte, Wohngeld. Sie bekam nichts. Als sie dann an Selbstmord dachte, hat sie uns angerufen.

Frag‘ mich nicht, wie Leute mit drei Kindern ohne Wohnung überleben. Wie die es schaffen, dann auch am nächsten Morgen um acht bei der Arbeit zu erscheinen, weil sie keine Sozialhilfe bekommen und das Geld brauchen. Ich weiß es einfach nicht. Aber sie müssen es. Manchmal bleiben sie bei Freunden. Dort dürfen sie aber auch nur für eine Woche bleiben, sonst droht denen die Kündigung. Manchmal ist der Ausweg einfach ein neues Kind zu kriegen, so absurd das ist. Die Frau, von der ich sprach, hat 16.000 \$ verdient. Das war zu viel für die Behörden, die 12.000 \$ für eine Familie mit drei Kindern als Armutsgrenze ansetzen. Allerdings gilt ein Embryo ab dem 6. Schwangerschaftsmonat als Person. Die Frau wurde also schwanger. Damit galt sie sie als Familie mit vier Kindern und bekam nach einem Jahr einen der begehrten Plätze im Obdachlosenheim.“

Härter als in Europa war es in Amerika immer. Doch seit Präsident Roosevelts New Deal in den 30er Jahren gab es immer eine gewisse Grundversorgung, die zuletzt von Bill Clinton in radikaler Weise gekürzt worden ist. Einerseits wurden die Sätze der Unterstützung drastisch gesenkt, andererseits der Zeitraum für Langzeitarbeitslose auf fünf Jahre begrenzt. Die gleichzeitig geplanten Bildungsmaßnahmen wurden nicht verwirklicht. Das Resultat konnte sich sehen lassen: Die Arbeitslosenrate sank auf 3 %. Die Wirtschaft schien zu boomen. Doch die niedrige Arbeitslosenquote verdeckte nur den Blick auf die wahren Zustände. Zum einen sind die sozialen Systeme der USA nun schlechter denn je darauf vorbereitet, einen Wirtschaftsabschwung durchzustehen. Zum anderen sei auch das amerikanische Jobwunder der letzten Jahre zu einem großen Teil ein Statistikbetrug, sagt Grace Ross. Es wird immer schwerer, staatliche Hilfe zu bekommen. So werden immer mehr Menschen gezwungen, unter Bedingungen zu arbeiten, die vor Jahren noch nicht vorstellbar waren. Fast die gesamte untere Mittelschicht droht ins unterste **Einkommensniveau** abzurutschen, während große Teile der ehemaligen Arbeiterschicht mittlerweile als arm gelten können. Soziale Unterstützung erhalten sie allerdings nicht. Millionen arbeiten bis zu 16 Stunden am Tag, um überhaupt ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Gleichzeitig sind die Einkommen der reichsten Amerikaner in den letzten 15 Jahren um 80% gestiegen. Die Einkommen der Ärmsten nur um 2 %. Diese Entwicklung vollziehe sich seit 20 Jahren in Amerika, sagt auch der Armutsexperte Gary Chaison von der Harvard University in Cambridge.

„**Löhne, Krankenversicherung, minimaler Kündigungsschutz, Arbeitszeiten, alles wird in Frage gestellt.** In mancher Hinsicht ist das der Globalisierung zuzuschreiben. Die Arbeitgeber glauben, sie können alles mit den Gewerkschaften machen. Sie müssen nur damit drohen ihren Produktionsstandort zu verlagern, was sie hier in Amerika leicht tun können. Das wirkt besonders auf die weniger gebildeten Arbeiter. Speziell in Amerika macht es die Gesetzeslage aber den Gewerkschaften auch besonders schwer, sich zu organisieren. Das kommt noch hinzu.“

Lias Andrews: „Also, wir hatten bislang jeder zwei Jobs, mein Mann und ich. **Zwei Jobs und drei Kinder**. Und ich war schwanger mit meinem vierten Kind. Ich hatte eine Arbeit mit 70 Stunden in der Woche und eine mit 45 Stunden. Ich habe von 7 Uhr morgens bis 10.30 abends gearbeitet. Ein paar Stunden haben sich die Jobs am Tag auch überlappt. Das waren einmal ein Taxifahrdienst und dann Behindertenhilfe. Ich habe also auf Fahrgäste gewartet, die telefonisch ordern, und habe gleichzeitig körperlich und geistig Behinderte in einem Heim gepflegt. Waschen, Anziehen, Füttern, usw. Reich werden kann man davon nicht, denn ich musste auch eine Tagesmutter für meine Kinder zahlen. Das kostet 300 Dollar die Woche und dann kommen die Kosten für die Krankenkasse dazu, nochmal 300 \$ die Woche privat. Denn der Arbeitgeber zahlt nichts davon. Also wurden die Finanzen trotz der ganzen Arbeit nicht besser. Aber es ging immerhin. Dann hat sich die Konjunktur verschlechtert und mein Mann hat beide Jobs verloren. Jetzt wird es hart.“

Lisa Andrews stammt aus einer Eisenbahnerfamilie. Als ihr Vater vor zehn Jahren den Stellenkürzungen der amerikanischen Eisenbahngesellschaft Amtrack zum Opfer fiel und arbeitslos wurde, geriet die Familie in die Schuldenfalle. Lisa musste im Alter von 14 neben der Schule zu arbeiten beginnen, um die Familie zu unterstützen. Ihre Geschwister ebenso. Mit 19 bekam sie ihr erstes Kind. Mit 20 riss sie von zu Hause aus. Sie hörte nie auf zu arbeiten, aber das Einkommen reichte nie, um auch nur eine kleine Rücklage zu bilden. Lisa blieb also arm. Dabei handelt es sich hier nicht um ein besonders schweres Schicksal, das bestätigt auch die Harvard Soziologin und Armutsforscherin Katherine Newman. Eine ganze Schicht von Amerikanern - meist aus klassischen Berufen - ist in den letzten 20 Jahren an die Armutsgrenze geraten: „Die meisten Armen, die ich in New York kennengelernt und deren Leben ich untersucht habe, kamen nicht aus armen Elternhäusern. Es waren meistens Familien ehemaliger Angestellter des öffentlichen Dienstes. Deren Grosseltern waren schon Postbeamte oder Zugpersonal, Busfahrer oder ähnliches. Aber diese Arbeitsplätze sind in den letzten zwei Jahrzehnten einem **immensen Stellenabbau** zum Opfer gefallen. Also genau die Berufe, die diese Familien seit Generationen geprägt hatten, verschwanden in grosser Zahl. Das sind nun genau die Leute, die heute als working poor bei Reinigungsfirmen oder bei Burger King arbeiten.“

Zeitgleich zum Wegfall der angestammten Arbeitsplätze und der Streichung der sozialen Sicherungssysteme, schotteten sich die **Bildungseinrichtungen** landesweit immer mehr von den unteren Schichten ab, beschreibt die Soziologin: „Jedesmal, wenn die New Yorker Universität ihre Studiengebühren um 1000\$ anhebt, verliert sie 40.000 Studenten. Bislang zahlt man da 4.000\$ im Jahr und sie wollen es jetzt auf 5000 erhöhen. Das geschieht nicht nur in New York, sondern überall in den USA. Überall gehen die Zahlungen für Universitäten zurück und werden auf die Schultern der Studenten übertragen. Das heißt aber, dass die unteren Einkommensgruppen aus dem Bildungsangebot herausfallen mit allen Folgen, die das für die Entwicklung der Gesellschaft hat.“

Die Problematik ist der Organisatorin von Sisters together against Poverty, Grace Ross, bewusst. Sie kann sich darum allerdings kaum kümmern. Zu dringend sind die aktuellen Probleme für Menschen, die einmal in den **Niedriglohnbereich** geraten sind. Es werde immer schwieriger, dort wieder herauszukommen, sagt sie und beschreibt den einsetzenden Teufelskreis. Einmal bieten Arbeiten als

Reinigungskräfte oder Personal in Fastfoodketten kaum Aufstiegschancen oder gar Karriereleitern. Will man aus dem Trott heraus, muss man sich selbstständig um andere Arbeit bemühen. Die hohe **Arbeitsbelastung von 60 und mehr Stunden** macht dies jedoch kaum möglich. Sie führt im Gegenteil oft zu gesundheitlichen Problemen. Doch hier beginnt meist der weitere Absturz, denn krank sein ist mit grossem finanziellem Risiko verbunden. Niedriglohnarbeiter müssen sich in den USA meist privat versichern. Mit 500\$ im Monat sind sie dabei. Das aber können sie sich nicht leisten. Die staatliche **Krankenversicherung** Medicaid, die für die Ärmsten der Armen einspringt, zahlt nur noch in lebensbedrohlichen Notfällen. Katherine Newman: „Wir haben hier keine allgemeine Krankenversicherung. 40 Millionen Amerikaner sind einfach nicht krankenversichert. Das heißt auf der einen Seite, sie erhalten ihre medizinische Versorgung auf die letzten Endes teuerste Weise, nämlich in Notfallstationen, nachdem die Erkrankungen chronisch geworden sind oder lebensbedrohlich. Dann werden sie von Medicaid, der Versorgung für die Ärmsten der Armen, betreut. Aber man muss schon sehr arm sein, um dafür anerkannt zu werden. Ich habe Leute aus dem untersten Lohnniveau gesehen, die sich nicht über Wasser halten konnten und trotzdem nicht für Medicaid zugelassen waren.“

Seit der Gouverneur von Massachusetts im letzten Jahr die Zuschüsse für Brillengläser und Zahnbehandlung gestrichen hat, sagt Grace, geraten wieder mehr Leute unter noch stärkeren Druck.

„Eine Menge Leute, die arbeiten konnten, weil sie ein wenig ärztliche Hilfe bekamen, werden jetzt ihren Job verlieren, weil sie ganz einfach Zahnschmerzen haben. Etwa so wie Alice, eine Mitarbeiterin von mir, die wochenlang nicht arbeiten konnte, weil sie Karies hatte. Sie konnte die Schmerzen nicht aushalten, aber die Ärzte schickten sie nach Hause, weil auch sie ohne Krankenversicherung durchkommen muss. Der Zahn entsprach ausserdem noch nicht den Notfallkriterien für die Armenkrankenversicherung Medicaid. Also stellte man sie vor die Alternative, entweder 400 \$ für die Behandlung zu zahlen oder sechs Wochen zu warten. Sie konnte nicht zahlen, wartete unter Schmerzen sechs Wochen bis der Zahn schlecht genug war, um von Medicaid akzeptiert zu werden. Dann wurde er ihr umsonst gezogen. Was soll ich sagen, so ist es eben. Das Absurde daran ist, dass Leute aus der ganzen Welt nach Massachusetts kommen, um sich hier behandeln zu lassen, und die Leute, die hier im Schatten der besten Krankenhäuser der Welt wohnen, keinen Zugang zu diesen Einrichtungen haben.“

Doch es sind nicht nur die Krankheitskosten, die Arme schwer belasten. Auch **Lebensmittel und Mieten** sind für ärmere Leute teurer. Ein Philadelphia Käse kostet in den kleinen Läden in der Metropole Boston 3,5 \$. Für Brot zahlt man ebenfalls 3 \$. Eine Flasche Wein gibt es nicht unter 10\$. Denn in den ärmeren Vierteln der Innenstädte gibt es keine der riesigen billigeren Supermärkte, wie sie in den reichen Vorstädten stehen. Am teuersten sind jedoch die Mietpreise. Ein Zimmer mit Toilette auf dem Gang ist in Boston nicht unter 600\$ Kaltmiete monatlich zu erhalten. Für Arbeitslose oder Niedriglohnarbeiter mit 6-8 \$ Stundenlohn bedeutet das, entweder 100 Stunden die Woche zu arbeiten oder auf Krankenversicherung, Wohnung, Auto oder Essen zu verzichten. Was aber passiert, wenn ein Notfall eintritt? Etwa so wie bei Benjamin Sawjer, einem ehemaligen Restaurantchef und alleinerziehenden Vater. Auch er sitzt auf dem

Beratungssofa der Organisation „Sisters together against poverty“. Unruhig rutscht der distinguierte hochgewachsene 44-jährige hin und her. Sein grauer Anzug ist etwas verrutscht. Sein Scheitel exakt gezogen. Gerade wurde er als Verkäufer eines Videoladens entlassen. Seine Perspektiven sind düster: „Morgen werde ich von meinem Job hier entlassen. Das Geschäft ist Pleite gegangen. Ich weiss es seit zwei Tagen. Ich habe eine Ein Zimmer Wohnung, die mich 730\$ im Monat kostet. Dann muss ich im Winter bis zu 400 \$ pro Monat für die Heizung zahlen. Dann noch Strom und Essen und ein Auto, um zur Arbeit zu kommen. Insgesamt brauche ich 2000\$ zum überleben. Als Sozialhilfe bekomme ich, wenn ich Glück habe, 300\$ und nochmal 110\$ für Essensmarken. Das reicht nicht einmal, um die Miete zu bezahlen. Es wird also sehr schwierig werden.“

„Der Wohlfahrtsstaat ist sehr schwach geworden auch auf dem Wohnungsmarkt. Es ist sehr sehr schwierig geworden, eine Sozialwohnung zu bekommen. Wir bauen auch keine Sozialwohnungen mehr. Für viele Niedrigverdiener bedeutet das, dass sie ihre Kinder im Teenageralter arbeiten schicken müssen, um die Miete zu bezahlen. Einfach, weil man es nicht schafft, die Lebenshaltungskosten zu bestreiten, weder mit Sozialhilfe noch mit einem eigenen Einkommen im Niedriglohnsektor.“

In dieser prekären Lage ist auch Benjamin Sawjer. Er spricht in ruhigem Ton und wählt seine Worte genau. Sein Sohn sei mit 11 Jahren noch nicht alt genug zu arbeiten. Er könne also nichts zum gemeinsamen Lebensunterhalt beitragen. Gleichzeitig verweigert der Staat selbst dem Kind eine Krankenversicherung, was die Familie letzten Sommer alle Ersparnisse gekostet hat und ihn als Vater erneut in die Schuldenfalle trieb. Seine Augen werden feucht, als er erzählt:

„Da ich zur Zeit noch ein Einkommen habe, wurde meinem Sohn der Anspruch auf Medicaid, die Krankenversorgung für Arme, verweigert. Wenn ich nicht gearbeitet hätte, wäre er versichert gewesen, aber so war er es also nicht. Und dann ass er letzten Sommer sein Lieblingsgericht: Shrimps. Eine halbe Stunde nach der Mahlzeit hatte er entsetzlich roten Ausschlag überall auf der Haut. Es sah aus wie ein Sonnenbrand 3.Grades. Und er bekam Todesangst. Er bekam einen Kreislaufzusammenbruch, sein Puls begann zu flirren, er fühlte Druck auf dem Brustkorb. Wir rasten in ein Krankenhaus, und beschrieben die Symptome. Sie brachten uns sofort in die Notaufnahme. Die Ärzte waren grossartig, sie gaben ihm Antiallergika und nach 20 Minuten war er wieder o.k. Das Problem ist nur, dass ich für diese Behandlung 2000 \$ zahlen soll, die ich einfach nicht habe.“

Als Grace Ross die Geschichte hört, schüttelt sie nur den Kopf. „Ja so sei es in Massachusetts jetzt, sagt sie. Noch vor 3-4 Jahren übernahm der Staat unbegrenzten Krankenversicherungsschutz für Kinder bis 18 Jahre. Nach den jüngsten Kürzungen sei das vorbei. Für Benjamin kam es nach dem allergischen Anfall seines Sohnes noch schlimmer. Um nicht sein Auto gepfändet zu bekommen, was in einer 80.000 Einwohnerstadt wie Marlboro ohne einen einzigen Bus einer Existenzvernichtung gleichkäme, musste er einen Offenbarungseid leisten. Nach Prüfung sämtlicher Einzahlungen muss er nun 50\$ im Monat an das Krankenhaus abzahlen. Dann stellte die zuständige Stelle am Rande der Untersuchung jedoch fest, dass Sawjer den Termin zur Meldung seines Einkommens an die Wohnungsbehörde um einige Tage überschritten hatte. Benjamin Sawjer fiel zurück in Umstände,

unter denen er keinerlei finanzielle Reserven mehr aufbauen kann.

„Vor einiger Zeit bekam ich noch etwas Wohngeld. Ich habe den Anspruch darauf jetzt verloren, weil ich dem Wohnungsamt nicht schnell genug mitgeteilt habe, dass ich ein Einkommen habe. Man muss das Amt innerhalb von 48 Stunden informieren und ich habe diese Frist verpasst. Sie haben mir nun das Wohngeld gestrichen, weil sie sagen, ich hätte sie betrogen. Damit bin ich für alle Zukunft ausgeschlossen von den öffentlichen Wohnungsprogrammen. Punktum.“

Benjamin Sawjer weiß, dass er am Ende ist. Wie er es auch dreht und wendet, er kommt aus eigener Kraft nicht mehr hoch. Er ist in den Strudel geraten, den die Aushöhlung des Sozialstaates gerissen hat. Die Behörden verweigern Hilfe. Offenbar bleibt ihm und seinem Sohn nur noch der Weg in die Obdachlosigkeit, falls sich in den nächsten zwei Wochen kein Job für ihn findet. Grace Ross wiegt bedächtig den Kopf. Es sieht wirklich schlecht aus für Benjamin, meint sie. Das einzige, was man in seinem Fall versuchen kann, ist, gerichtlich gegen die Behörden vorzugehen.

„Es gibt da eine Menge ähnliche Fälle wie Benjamins. Zur Zeit werden in Massachusetts 360 Familien in Hotels untergebracht, weil die Obdachlosenheime voll sind. Sie haben ihre Verfahren gegen die Regierung gewonnen. Wir stellen hier die Anwälte oder sagen den Betroffenen, wo sie einen Anwalt umsonst gestellt kriegen. So machen wir das auch mit Benjamin. Die meisten wissen nichts von diesem Weg. Aber ja, es gibt Tausende Familien in Massachusetts, die in derselben Situation wie Benjamin sind.“

Grace Ross telefoniert derweil den Rest des Tages, schreibt Protestbriefe, vermittelt Anwälte. Sie versucht, einen ehrenamtlichen Busdienst für Bedürftige auf die Beine zu stellen, nachdem die Stadt keinen öffentlichen Personennahverkehr mehr finanziert. Sie organisiert den nächsten Protestzug in Boston mit. Man müsse doch etwas tun, wenn nun 7000 Familien von angenommenen Asylbewerbern keine Krankenversicherung mehr erhalten; wenn Brillengläser ebensowenig im Leistungskatalog sind wie die Zahnbehandlung. Am besten wäre es, eine Bewegung zu organisieren, sagt sie, oder wenigstens einen Protestzug, der Eindruck mache. Und während Grace spricht, ist die wartende Lisa schon Feuer und Flamme. Vielleicht können sie und ihr Mann dabei mitmachen und genug Sponsorengelder finden, um auch selbst ein wenig besser dazustehen. Es ist eine gute Idee für Anfang nächsten Jahres sagen sie. Am besten am Todestag von Martin Luther King im März. Ja, das ist es. Bis in den späten Abend reden sie, spekulieren über Finanzierungsmöglichkeiten und die Wirkung eines Marsches der Armut in den reichen Vierteln des Landes. Denn irgendwas muss man doch tun gegen diesen Druck.

„Weißt du, neben all diesen negativen Dingen, glaube ich wirklich tief in meinem Herzen, dass Dr. Martin Luther King wieder einen großen Marsch auf Washington organisieren würde, wenn er noch am Leben wäre. Und daher sollten wir Armen auch heute anfangen, den Reichen im Nacken zu sitzen. Ich will zum Beispiel im Frühjahr einen grossen Marsch der Armen zum Todestag von Martin Luther King organisieren. Ich will in die 29 Gemeinden mit der höchsten Kinderarmut gehen und stelle mir vor, wie wir durch die reichen Viertel marschieren und schreien. Und alle werden schockiert sein und werden nicht wissen, was sie tun sollen, weil sie so etwas in ihren feinen kleinen Orten noch nie gesehen haben.“

Die modernen Kaffeesatzleser

Gerd Bosbach hat die demografischen Zahlen des Statistischen Bundesamtes wider den Strich gebürstet und in einen Gesamtrahmen gestellt

http://www.frankfurter-rundschau.de/ressorts/nachrichten_und_politik/dokumentation
Kein Anlass zur Aufregung, sagt der Autor, wenn er sich die demografische Entwicklung ansieht. Anhand der 2003 veröffentlichten Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes für die Jahre bis 2050 weist er nach, dass die Zahlen von Politikern häufig dramatisiert werden, wenn sie den Umbau des Sozialstaats vorantreiben.

In der politisch-ökonomischen Diskussion der letzten Monate spielte die **10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, veröffentlicht im Juni 2003**, eine sehr große Rolle. Fast einem Naturgesetz gleich dient die zu erwartende demographische Entwicklung als Hauptargumentation für Veränderungen im Rentensystem, aber auch für Einschnitte im Gesundheitswesen. (...)

Während über die Konsequenzen hart diskutiert und gestritten wird, gelten die Berechnungen der Statistiker selbst als unumstritten und gleich einem Naturgesetz wird angenommen, dass alles genau so in 47 Jahren eintritt.

Diese Prognosegläubigkeit ist unberechtigt und wird auch von den Fachleuten des Statistischen Bundesamtes gar nicht so gesehen. Und selbst wenn die Vorhersagen so eintreffen würden, haben sie bei weitem nicht die Dramatik, die uns in den letzten Monaten vorgeführt wurde. Auch dies belegt dieser Aufsatz, meist mit Fakten und Sichtweisen, die von den Fachleuten des Amtes in ihrer gut 50-seitigen Presseveröffentlichung dargestellt wurden. (...)

Die wesentlichen Voraussetzungen und Modellannahmen für die Berechnungen der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung sind:

1. Bevölkerungsstand und -aufbau zum 31. Dezember 2001
2. Konstanz der Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern pro Frau bis 2050 (in den neuen Bundesländern erst ab 2011)
3. Zunahme der Lebenserwartung: Dazu wurden drei Varianten untersucht. Den meisten Veröffentlichungen, auch des Amtes liegt die mittlere Variante zu Grunde. Danach wird die Lebenserwartung Neugeborener im Jahre 2050 rund 6 Jahre mehr betragen als heute (für Jungen 81,1 Jahre, für Mädchen 86,6 Jahre).
4. Saldo zwischen Zu- und Abwanderungen von Ausländern nach bzw. aus Deutschland. Auch dort wurden drei Varianten berechnet, wovon die mittlere Variante mit einem jährlichen Wanderungsüberschuss nach Deutschland von 200 000 Personen Grundlage der meisten Publikationen ist.

Mit diesen und einigen wenigen, vergleichsweise unbedeutenden Annahmen lässt sich der Bevölkerungsaufbau für alle Folgejahre berechnen. Schwerpunkt der öffentlichen Darstellung wurde auf das Jahresende 2050 gelegt, aber auch die Situationen an den Zwischenzeitpunkten 2010, 2020, 2030 und 2040 sind veröffentlicht.

"Die Alterung wird also nicht erst in 50 Jahren zu Problemen führen, sondern bereits in den nächsten beiden Jahrzehnten eine große Herausforderung für Wirtschaft, Gesellschaft sowie vor allem für die sozialen Sicherungssysteme darstellen. Diese Entwicklung ist vorgegeben und

unausweichlich:..." So interpretierte der Präsident des Statistischen Bundesamtes Johann Hahlen die Ergebnisse anlässlich der Pressekonferenz zur Vorstellung der Modellrechnung am 6. Juni 2003. Die Zahlen, auf die sich Hahlen stützt: Auf hundert Menschen mittleren Alters (20 bis unter 60 Jahre) kommen 2001 44 Ältere und 2050 78 Ältere.

Aber stimmt das wirklich?

Drei gewichtige, unten aufgeführte statistisch-logische Argumente wecken starke Zweifel. So ist auch in einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom Tage der Veröffentlichung der Berechnung zu lesen: "Weil die Entwicklung der genannten Bestimmungsgrößen mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt 31. 12. 2001 immer unsicherer wird, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter. Sie sind für den jeweiligen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten keine Prognosen, sondern setzen die oben beschriebenen Annahmen um." Die Fachleute des Amtes wissen also nichts von der angeblichen Unausweichlichkeit der Entwicklung, wie sie der Jurist und politische Beamte Johann Hahlen - direkt dem Bundesministerium des Innern unterstellt, in dem er vorher 18 Jahre tätig war - der entsetzten Öffentlichkeit präsentiert.

Aber selbst wenn die Modellrechnungen Wirklichkeit würden, so zeigen vier Betrachtungen deutlich auf, dass die Folgen einer Alterung der Gesellschaft nicht zu Wohlstandsverlust führen müssen. Auch bei diesen Betrachtungen stützt sich der Autor dieses Aufsatzes überwiegend auf Fakten, die die Fachleute des Amtes am 6. Juni der Presse übergeben haben, von der Öffentlichkeit aber weitgehend unbemerkt. Dass die Argumente statistischer Natur sind, (. . .) ist beabsichtigt, um der behaupteten Unumstößlichkeit des statistischen "Naturgesetzes" Demographie die Grundlage zu entziehen.

Argument 1: Fünfzig-Jahres-Prognosen übersehen Strukturbrüche

Ein Blick um 50 Jahre zurück bestätigt obige These: Zwangsläufig hätte man 1950 bei einer Schätzung für das Jahr 2000 u. a. folgende Einflussfaktoren übersehen müssen:

- Entwicklung und Verbreitung der Antibabypille
- Anwerbung und Zuzug von ausländischen Arbeitskräften und ihren Familien
- Trend zur Kleinfamilie bzw. einem Single-Dasein
- Öffnung der Grenzen im Osten mit dem Zuzug von etwa 2,5 Millionen Aussiedlern aus den osteuropäischen Ländern nach Deutschland.

Auch die besten Berechnungsprogramme hätten nichts genutzt, denn auch diese können nur existierende, bekannte Trends fortschreiben. Strukturbrüche sind halt nicht vorhersagbar. Das ist das Problem jeder Langfristprognose!

Noch deutlicher wird die Problematik wenn wir annehmen, im Jahre 1900 sei eine 50-Jahres-Prognose gewagt worden. Es wären schlicht zwei Weltkriege übersehen worden! Wenn zutreffende 50-Jahres-Prognosen in der Vergangenheit unmöglich waren, warum sollen sie in unserer schnelllebigen Zeit dann plötzlich wie ein Naturgesetz gelten? Diese Einsicht teilen auch die Experten des Amtes (siehe obiges Zitat), sie wird nur in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.

Argument 2: Modellannahmen sind durch die Politik beeinflussbar

Politiker und Presse stellen die demographische Entwicklung als unveränderbar dar. Dabei sind zwei wichtige Annahmen des Berechnungsmodells direkt durch die Politik beeinflussbar:

1. Kinderanzahl pro Frau: Mit familien- und kinderfreundlicher Politik, mit Berufschancen für Mütter lässt sich einiges machen. Das zeigt z. B. Frankreich, das mit entsprechender Politik die Anzahl der Kinder pro Frau von 1993 mit 1,65 im Jahr 2000 auf 1,88 (plus 14 Prozent) steigern konnte.

2. Wanderungsüberschuss: Der Zuzug von Ausländern nach Deutschland ist eine Frage der Ausländer-, Europa- und Integrationspolitik. So hängt der Zuzug von EU-Bürgern aus den neuen Beitrittsländern, vor allem nach der vollständigen Freizügigkeit für Arbeitnehmer, stark von der Attraktivität Deutschlands ab. Und allein die politische Entscheidung, die Türkei in die EU aufzunehmen, hätte immensen Einfluss auf den Bevölkerungsstand.

Zwei der drei wichtigen Stellschrauben des Rechenmodells sind also von der Politik abhängig und nicht umgekehrt.

Auch die dritte wichtige Modellannahme, der Anstieg der Lebenserwartung um ca. sechs Jahre, ist alles andere als eine sichere Prognose. Nicht nur Kinderärzte sind angesichts von Adipositas (Fettleibigkeit) bei ca. 25 Prozent der Kinder, Bewegungsarmut, frühzeitigem Konsum von Alkohol, Nikotin und Drogen, oft schon in ihrer körperlichen Entwicklungsphase zwischen dem 11. und 14. Lebensjahr beginnend, unsicher, ob der Trend tatsächlich langfristig in diese Richtung geht.

Argument 3: Zur "Lebensdauer" von Bevölkerungsvorausberechnungen

Wegen der großen Unsicherheiten bei den Modellannahmen sieht sich das Statistische Bundesamt meist schon nach kurzer Zeit gezwungen, neue Berechnungen vorzunehmen. Die "Lebensdauer" der letzten neun koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen betrug im Schnitt 4 Jahre. Beispielsweise sind die letzten drei "alten" Berechnungen in den Jahren 1992, 1994 und 2000 veröffentlicht worden. Zusätzlich wurde im Jahre 1995 eine Rechnung im Auftrag des Bundesministeriums des Innern durchgeführt und 1996 vom BMI veröffentlicht.

Zwei Schlaglichter belegen die großen Unsicherheiten bei Bevölkerungsprognosen:

- Das Amt errechnete in seiner 7. Vorausberechnung für das Jahr 2030 einen Bevölkerungsstand von 69,9 Millionen Einwohnern. Nur zwei Jahre später in der 8. Vorausberechnung lag der Wert je nach Variante um 3,8 bis 11,2 Millionen höher!

- In seiner 10. Vorausberechnung sind neun Varianten berechnet und veröffentlicht worden. Die Spannbreite für die erwartete Bevölkerung für das Jahr 2050 ist von 67,0 (Variante 1) bis 81,3 Millionen (Variante 9), beträgt also 14,3 Millionen Menschen. (Für die meist zitierte mittlere Variante 5 wurden 75,1 Millionen Bundesbürger errechnet.)

Allein diese Fakten zeigen, dass die von vielen Politikern und leider auch von vielen Journalisten als sicher beschriebene Entwicklung im höchsten Grade unsicher ist!

Trotz der oben geäußerten Unsicherheiten über die Entwicklung der Bevölkerung schließt der Autor natürlich nicht aus, dass die zukünftige Realität in der Nähe der Vorausberechnungen liegen kann. Dies hätte aber bei weitem nicht die dramatischen Auswirkungen, wie sie allerorts wie ein Teufel an die Wand gemalt werden. Das zeigen die folgenden Überlegungen anhand der Daten der Variante 5 der amtlichen Berechnung. Diese so genannte mittlere der neun gerechneten Varianten liegt auch den meisten Veröffentlichungen des Amtes und der Presse zu Grunde.

Übrigens, die meisten der unten aufgeführten Überlegungen haben auch die Fachleute des Amtes durchgeführt und in ihrer ausführlichen Presseveröffentlichung dargestellt, z. T. leider etwas verschämt im Tabellenanhang.

Argument 4: Auch die Jungen wollen ernährt werden!

Bei so gut wie allen Betrachtungen zum Thema Demographie wird getan, als wenn die erwerbsfähige Bevölkerung (meist als 20- bis unter 60-Jährige angenommen) nur ihre Alten zu ernähren hätte. Dass Kinder und Jugendliche neben Essen, Kleidung und Wohnen - oft von den Eltern finanziert - auch gesellschaftliche Ausgaben erfordern, z. B. für Kindergärten, Schulen, Gesundheit, inklusive Personal, wird meist nicht beachtet. Bei seriösen Betrachtungen darf nicht nur der Altenquotient, sondern muss auch der Jugendquotient dargestellt werden. Die Summe beider, der so genannte Gesamtquotient, ist eine aussagekräftige Größe über die von den Erwerbsfähigen zu versorgenden Menschen.

Aus der Veröffentlichung der Fachleute des Statistischen Bundesamtes, die sich diesem Gedanken nicht verschließen, sind die folgenden Daten entnommen: Auf hundert Menschen mittleren Alters (20 bis 60 Jahre) kommen im Jahre 2001 44 Ältere und 38 Junge, macht insgesamt 82. 2050 sind es 78 Ältere und 34 Junge, macht insgesamt 112. Während der Altenquotient um 77 Prozent steigt, ergibt sich für den Gesamtquotienten ein Plus von 37 Prozent. Die Dramatik hat sich allein bei Einbeziehung der jungen Generation in die Betrachtung schon halbiert.

Auch hier lohnt ein Blick in die Vergangenheit. 1970 gab es auf 100 Erwerbsfähige 60 Junge und 40 Ältere, also eine Gesamtzahl von 100. Das heißt, auch bei Eintreffen der Prognose des Statistischen Bundesamtes wächst die Zahl der zu Versorgenden bis 2050 nur um 12 Prozent gegenüber 1970!

Argument 5: Sechs Jahre länger leben, keinen Tag länger arbeiten

Mit dieser zugegeben provozierenden Überschrift möchte ich auf eine merkwürdige Blickverengung der Dramatisierer hinweisen. Sie nehmen an, dass die Menschen deutlich länger leben, dass dadurch die Erwerbsfähigen überfordert sind, es also einen Arbeitskräftemangel gibt. Trotzdem gehen sie bei ihren Berechnungen von demselben Renteneintrittsalter wie heute aus! Manche nehmen für heute und für 2050 dabei das offizielle Alter von 65, manche das tatsächliche durchschnittliche Renteneintrittsalter von 60 Jahren.

Auch hier unterscheiden sich die Fachleute des Bundesamtes wohltuend. Sie berechnen auch die Entwicklung, wenn heute bis 60 und 2050 bis 65 Jahre gearbeitet wird. 2001 kommen auf hundert Menschen mittleren Alters 44 Ältere und 38 Junge, insgesamt 82. Dabei wird das mittlere Alter von 20 bis

unter 60 Jahre definiert. Anders 2050, da wird das mittlere Alter von 20 bis unter 65 Jahre definiert. Und dann kämen auf 100 in diesem mittleren Alter 55 Ältere und 30 Junge; sind insgesamt 85. Die obigen Zahlen der amtlichen Statistiker sprechen für sich!

Damit soll nicht für eine generelle Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters um fünf Jahre plädiert werden. Aber den heutigen, vielfach durch Arbeitslosigkeit oder ihre Androhung verursachten Zustand der Frühverrentung auf das Jahr 2050 bei längerer Lebenserwartung und angeblichem Arbeitskräftemangel festzuschreiben, ist schlichtweg unseriös! Und auch wenn das tatsächliche Renteneintrittsalter nicht auf 65, sondern auf 63 Jahre ansteigt, ist bei dieser Gesamtbetrachtung jegliche Dramatik der demographischen Entwicklung verloren gegangen.

Argument 6: Mit mehr Produktivität, kann man auch mehr Renten zahlen

Die aktuelle Diskussion ist von einer statischen Betrachtungsweise geprägt. Die Leistungsfähigkeit eines heutigen Beschäftigten wird auch für das Jahr 2050 unterstellt. Nur so kann ein Anstieg der Zahl der zu ernährenden Rentner bedrohlich wirken. Damit wird komplett ausgeblendet, dass auf Grund des technischen Fortschritts ein Arbeitnehmer immer mehr herstellen kann. Wie hoch die Arbeitsproduktivität steigt, kann niemand voraussagen. Die Werte der letzten Jahrzehnte zu unterstellen, wäre nicht seriös.

Um das Ausmaß von Produktivitätsentwicklung sichtbar machen zu können, beziehe ich mich im Folgenden auf die Prognosen der Herzog- und der Rürup-Kommission, rechne also weiterhin mit den niedrigen Zahlen der "Dramatisierer". Die Herzog-Kommission nimmt eine jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität von 1,25 Prozent an. Das ergibt im Zeitraum von 2001 bis 2050 eine Gesamtsteigerung um 84 Prozent. Die Rürup-Kommission errechnet im gleichen Zeitraum sogar eine Gesamtsteigerung um 140 Prozent, weil sie von einer jährlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität von 1,80 Prozent ausgeht.

Auf Grund dieser Leistungssteigerung von mindestens 84 Prozent bis 2050 ist jeder Beschäftigte, der seinen Anteil an der gestiegenen Produktivität auch erhält, in der Lage, etwas mehr für die Rentner und Kinder abzugeben, ohne selbst auf die Teilnahme am Fortschritt verzichten zu müssen. Eine Einschränkung, wie uns immer wieder eingeredet wird, ist also wirklich nicht nötig.

Eine vereinfachte Überschlagsrechnung soll verdeutlichen, wie immens die Wirkung von Produktivitätssteigerungen ist: Erhält heute ein Arbeitnehmer inklusive Sozialversicherungsanteil des Arbeitgebers 3000 Euro, so zahlt er etwa 600 Euro (20 Prozent) für Rentner. Es verbleiben ihm also 2400 Euro. Nach der niedrigeren Annahme der Produktivitätssteigerung um 1,25 Prozent (Herzog-Kommission) würden aus den 3000 Euro inflationsbereinigt 50 Jahre später 5583 Euro. Bei einer Steigerung des Abgabesatzes für Rentner auf 30 Prozent verblieben dem Arbeitnehmer immerhin noch 3908 Euro (plus 63 Prozent). Selbst bei einer völlig unrealistischen Verdoppelung des Beitrages auf 40 Prozent Rentenversicherung verblieben dem Arbeitnehmer mit 3350 Euro noch 40 Prozent mehr als heute. Von "unbezahlbar" also gar keine Rede, wenn die

Produktivitätssteigerungen auch anteilig an die Arbeitnehmer ausbezahlt werden. Dabei ist noch nicht berücksichtigt: Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 60 Jahre, Einsparungen durch die ca. 30 Prozent weniger Kinder und Jugendliche, Abbau der Arbeitslosigkeit. Und angenommen wurde nur die niedrigste der von den Fachleuten prognostizierten Produktivitätssteigerungen.

Argument 7: Auswahl des "worst case"

Bei genauer Datenbetrachtung der Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes fällt auf, dass mit 2050 für die Prognose die schlechteste 10-Jahres-Stufe ausgewählt wurde. Wären die Berechnungen bis 2060 geführt worden, wären die heute geburtenstarken Jahrgänge der 30- bis 40-Jährigen - 2050 noch in nennenswerter Zahl Rentner - überwiegend verstorben. Das Zahlenverhältnis würde sich wieder zu Gunsten der Erwerbsfähigen verändern. Und für 2040 zeigen die Zahlen des Statistischen Bundesamtes ebenfalls eine günstigere Situation als 2050. War die Auswahl des Jahres mit der höchsten "Dramatik" Zufall oder politisch beauftragt?

Zum Schluss ein paar ketzerische Fragen

Warum wurden diese viel zu langfristigen Rechnungen durchgeführt und anschließend fast täglich dramatisch vorgeführt? Versucht diese Regierung tatsächlich bis zum Jahre 2050 zu planen? (Dies entspricht einer Planung Adenauers im Jahre 1956 für heute!)

Man betrachte also den Zusammenhang, in dem die "demographische Zeitbombe" benutzt wird. Während der ersten Lesung der Gesundheitsreform im Deutschen Bundestag am 9. September 2003 sagte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt: "Diese Solidarität unter veränderten ökonomischen Bedingungen in einer globalisierten Welt, aber auch angesichts der veränderten demographischen Entwicklung zu gewährleisten, ist unsere Aufgabe. Dass wir alle glücklicherweise immer älter werden und die Lebenserwartung steigt, auf der anderen Seite aber zu wenig Kinder geboren werden, ist die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts." (Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen.) (. . .)

Und damit zur letzten ketzerischen Frage: Soll mit dem "Hammer" Demographie von einem anderen Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen abgelenkt werden?

Will man die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer von der Teilhabe am Produktivitätsfortschritt abkoppeln? Dann wären die Arbeitnehmer tatsächlich nicht so leicht in der Lage, die Versorgung der Jungen und Älteren zu übernehmen. Das hätte allerdings weniger mit den "unausweichlichen" Folgen des Alterungsprozesses zu tun, sondern wäre eine bewusste politische Entscheidung in Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums!

Köln, Dezember 2003

Der Autor

Prof. Dr. Gerd Bosbach lehrt Statistik, Mathematik und Empirik an der Fachhochschule Koblenz, Standort Remagen. Berufserfahrung sammelte er u. a. bei dem Statistischen Bundesamt und in der Abteilung Statistik der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung. Er ist zu erreichen unter: bosbach@rheinahr-campus.de

Der hier leicht gekürzt und bearbeitet dokumentierte Text erscheint in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift "Gewerkschaftliche Monatshefte" (Ausgabe 2/04). ber

Thomas Fritz:
Gegen die Reduktion auf die Verteilungsfrage
Thesen für den Kongress „soziale Zukunft“ in Berlin, 28.2.2004

1. Attac mobilisiert derzeit gegen den neoliberalen Sozialkahlschlag der rot-grünen Bundesregierung. Das ist auch aus internationalistischer Perspektive grundsätzlich zu begrüßen. Denn die Annahme, eine solidarische Weltwirtschaft, ein Ausgleich des Nord-Süd-Gegensatzes oder weltweite soziale Gerechtigkeit ließe sich ohne Beseitigung der neoliberalen Hegemonie hier in der Metropole des Nordens bewerkstelligen, ist absurd. Aus diesem Grunde mutet es auch so naiv an, wenn manche NGO-VertreterInnen meinen, internationale Ausbeutungsagenturen wie IWF oder WTO ohne tiefgreifende Veränderungen in den kapitalistischen Zentren „reformieren“ zu können.

•2. Dennoch kann Widerstand gegen Sozialabbau hier im Norden in einen internationalistisch-emanzipatorischen oder in einen affirmativ-reformistischen Rahmen gestellt werden. Der offene Brief der Attac-Kampagne „Genug für alle“ an die Grünen gehört zweifellos in letzteren Rahmen. Darin beten die AutorInnen die keynesianische Leier von der Stärkung der inländischen Massenkaufrkraft nach, was die Konjunktur ankurbeln, Arbeitsplätze schaffen und „zukunftsfähiges Wachstum“ ermöglichen würde.

•3. Die AutorInnen reproduzieren damit die neoliberale Predigt, dass nur durch Wirtschaftswachstum die Erwerbslosigkeit zu beseitigen sei. Sie unterscheiden sich von den Neoliberalen zwar in den Mitteln, wie dieses Wachstum erreicht werden soll. Unberücksichtigt bleiben aber all die schon sehr lang diskutierten Fragen nach den internationalen, sozialen und ökologischen Voraussetzungen und Folgen des kapitalistischen Produktions- und Konsummodells wie auch des nun unter die Räder kommenden nationalen Wohlfahrtsstaats.

•4. Die Attac-Kampagne beschränkt sich entsprechend auf die Verteilungsfrage, was u.a. in dem unglücklichen Slogan „Genug für alle“ zum Ausdruck kommt. Faktisch leiden wir aber gerade daran, wie die angeblich nur gerechter zu verteilenden Reichtümer zustande kommen: durch entfremdete Arbeit, deren individuelle Verwüstungen auch im Konsumrausch unheilbar bleiben, und durch Überausbeutung der Gesellschaften des Südens – ihrer natürlichen Rohstoffe, ihrer Menschen, ihres Wissens. Die Reduktion auf die Verteilungsfrage macht blind für diese weltgesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen des kapitalistischen Produktionsprozesses und des Lohnarbeitsverhältnisses.

5. In einem klugen Beitrag führt Thomas Seibert die verschiedenen Stränge der Kritik am lohnarbeitsgestützten nationalen Sozialstaat zusammen. Dazu gehört im Wesentlichen, dass dieser

a) die asymmetrischen Machtverhältnisse in der Weltwirtschaft zur Voraussetzung hat,

b) das Versprechen „nachholender Entwicklung“ auch im Innern – nämlich durch Einschluss von Frauen in die „Vollbeschäftigung“ – niemals einlösen konnte, c) er stets autoritär war und d) die ökologische Destruktion nach sich zog.

6. Eine solidarische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, die sich auf den nationalstaatlichen Rahmen beschränkt und die asymmetrischen Weltverhältnisse in Kauf nimmt, ist folglich weder wünschenswert noch zu verteidigen. Da diese Teilhabe aufgrund von Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung auch nicht mehr an die individuelle Lohnarbeit geknüpft werden kann, ist sie stattdessen als bedingungsloses Bürgerrecht – hier und weltweit – einzufordern. Damit geht es also nicht nur um soziale Sicherung im engeren Sinn, sondern im Kern um eine demokratische Kontrolle der Weltarbeitsteilung.

7. Was kann das heißen? Dazu nur einige, notgedrungenerweise abstrakte Stichworte:

- Verkürzung der Arbeitszeit und Umverteilung der Arbeit im Weltmaßstab: dazu gehört auch, dass gewerkschaftliche Kämpfe im nationalen Rahmen sowie in transnationalen Konzernen sich der Logik des Standortwettbewerbs widersetzen und in internationaler Solidarität üben müssen;
- gesellschaftliche (Wieder-) Aneignung nicht nur privatisierter öffentlicher Dienste und sozialer Sicherungen, sondern auch der kapitalistischen Produktion, lokaler Betriebe ebenso wie transnationaler Konzerne. Das „Was“ und „Wie“ der weltweit vernetzten Produktion muss einem gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozess unterworfen werden;
- Recht auf Teilnahme am Erwerbsleben sowie auf solidarische Sicherung weltweit, und zwar unabhängig von „Konjunktur“, „Wachstum“ oder „Weltmarktintegration“;
- Bekämpfung der Globalisierung privatkapitalistischer Eigentumsrechte, auch um Instrumente für die Durchsetzung weltbürgerlicher sozialer Rechte etablieren zu können;
- Gewährleistung sozialer Rechte für alle Menschen, egal wo sie sich niedergelassen haben: Eine „globalisierungskritische“ Sozialkampagne hätte bspw. die Legalisierung sowie die Bürgerrechte aller hier und anderswo lebenden MigrantInnen einzuklagen;
- Stärkung der vielfältigen Formen solidarischer, nicht-warenförmiger Ökonomie, ohne sie zu idealisieren, da sie vielfach prekär und aus der Not geboren sind. Ihre Stärkung würde aber die Abhängigkeit vom Weltmarkt reduzieren und auch die soziale Verelendung infolge kapitalistischer Verwertungskrisen reduzieren;
- Einführung eines bedingungslos zuzuteilenden Grundeinkommens für jede/n BürgerIn: Ein Grundeinkommen (bzw. Existenzgeld) muss so bemessen sein, dass es der Herausbildung von Niedriglohnsektoren und Prekarisierung entgegenwirkt, ihnen also nicht, wie in neoliberalen Bürgergeld-Modellen, Vorschub leistet. Selbst wenn es zunächst nur in Europa durchgesetzt würde, wäre es ein nicht zu unterschätzendes Antidot gegen sinnentleerten Produktivismus und die Ausplünderung der Dritten Welt.

Astrid Kraus

Alternativen zur "Agenda 2010"

In einer Vorlage für den Rat und Kreis von attac De entwickelt Astrid Kraus -nach einer Kritik an die „Agenda 2010“ - Alternativen. Man findet den gesamten Text unter: http://www.attac.de/sozsich/agenda2010/kraus-agenda_entwurf_attac.pdf

Vollbeschäftigung erwirken!

Der Mangel an Arbeitsplätzen ist die Kernursache für Arbeitslosigkeit, nicht Vermittlungsschwierigkeiten oder Starrheiten des Arbeitsmarktes. Eine verantwortliche Politik muss daher zum Ziel haben, durch politische Maßnahmen Arbeitsplätze zu schaffen. Innovations-, Struktur- und Qualifikationspolitik sind notwendig. Kern jeder emanzipatorischen Politik muss es aber sein, die Aneignung und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sowie die Art und Höhe staatlicher Ausgaben in den Blick zu nehmen.

Die Anhäufung von Reichtum in den Händen weniger, die Konsumschwäche breiter Bevölkerungsschichten und die hieraus folgende mangelnde Realinvestitionsbereitschaft des Kapitals sind die Ursache von Arbeitslosigkeit. Die Trennung in Nachfrage- und Angebotspolitik ist nicht banal. Nach vielen Jahren der Vernachlässigung muss die Endnachfrage verstärkt Gegenstand politischer Maßnahmen werden muss, um Beschäftigungszuwachs zu erwirken.

Denn notwendig für mehr Beschäftigung ist vor allem ein Anstieg der gesellschaftlichen Erweiterungsinvestitionen. Es fehlt aber nicht an Geld, das investiert werden könnte. Im Gegenteil: Zu viel Kapital kursiert ohne reale Investitionsmöglichkeiten auf den Finanzmärkten und drückt nicht nur die allgemeine Rendite, sondern gefährdet auch durch Spekulationen die Stabilität der internationalen Finanzmärkte.

Was fehlt, ist Nachfrage, die reale Investitionen anregt. Die Nachfrage unterer Einkommen wird indes gerade durch Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau geschwächt.

Dazu brauchen wir hohe Lohnabschlüsse und eine Ausdehnung der staatlichen Sozialleistungen für untere Einkommensgruppen. Denn wenn die Konsumnachfrage der mittleren und geringverdienenden Haushalte steigt, folgt der beschäftigungsfördernde Anstieg der Investitionen, der – was elementar wichtig ist – selber wieder Nachfrage schafft.

Um das Investitionsvolumen zu steigern, sind Investitionen des Staates in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen wie Infrastruktur, Gesundheit, Kultur, Bildung und Ökologie sowie direkte Investitionszuschüsse an solche Unternehmen nötig, die Beschäftigungsaufbau nachweisen können.

Um Vollbeschäftigung zu erkämpfen, sind jedoch im privaten wie auch im öffentlichen Sektor Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und Abbau von Überstunden zwingend erforderliche Maßnahmen. Wir müssen uns an die Seite der Gewerkschaften stellen, wenn sie – wie jetzt die IG Metall in Ostdeutschland – für Arbeitszeitverkürzung kämpfen.

Einnahmen der Sozialsysteme stärken!

Wenn wir die ausgleichende Funktion unserer sozialen Sicherungssysteme sichern wollen, müssen wir dafür sorgen, dass die grundsätzlichen Ursachen des Einnahmeschwundes behoben werden. Bekanntlich ist die Lohnsumme als

Grundlage der Einnahmen der Sozialsysteme nicht so stark gestiegen, wie es möglich gewesen wäre. Für den unterdurchschnittlichen Anstieg der Lohnsumme gibt es zwei Gründe:

Der erste ist, wie geschildert, die grassierende Massenarbeitslosigkeit. Der zweite Grund sind zu geringe Lohnsteigerungen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist Vollbeschäftigungspolitik erforderlich. Um den Anteil der Löhne am BIP zu erhöhen, brauchen wir starke Gewerkschaften. Eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und eine höhere Lohnquote würden die Einnahmen der sozialen Sicherungssysteme deutlich stabilisieren.

Weil die Arbeitslosigkeit jedoch noch sehr hoch und der Anteil der Lohneinkommen am BIP gering ist, aber auch, weil in Zukunft diskontinuierliche Erwerbsbiographien zunehmen können, muss der Staat durch Gesetze all jene, deren Anteil am BIP steigt, nämlich Unternehmen und Vermögende, stärker zur Finanzierung der sozialen Systeme heranziehen. Finanzierungsfragen sind Verteilungsfragen!

Sinnvoll sind daher folgende Maßnahmen:

? Einbeziehung leistungsloser Einkunftsarten wie Zinsen, Dividenden, Mieteinnahmen etc. in die Sozialversicherungspflicht, denn die Vermögenden müssen mehr Lasten schultern!

? Einbeziehung von Beamten, Selbständigen und Politikern in die Solidarsysteme, denn auch diese müssen sich an der Finanzierung sozialer Aufgaben beteiligen!

? Erhebung einer Wertschöpfungsabgabe für Unternehmen, damit diese – vor allem die kapitalintensiven – stärker an der Finanzierung beteiligt sind.

? Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen, denn es ist nicht einzusehen, dass gerade hohe Einkommen nicht vollständig zur Finanzierung sozialer Leistungen herangezogen werden!

? Aufhebung der Pflichtversicherungsgrenze bei der Krankenversicherung. Es ist nämlich unsozial, Beziehern hoher Einkommen zu erlauben, sich der Finanzierung dieser Leistungen zu entziehen.

Zu ergänzen sind diese Maßnahmen durch Effizienzsteigerungen bei der Ausgabenseite, etwa durch eine Positivliste der Medikationen oder Förderung von nichtrepressiv ausgelegten Präventionsmöglichkeiten.

Steuern erhöhen!

Die Bundesregierung argumentiert, dass sich die Bundesrepublik solidarische Sozialsysteme, staatliche Ausgaben und öffentliche Investitionen in diesem Umfang nicht mehr leisten könne. Doch diese Behauptungen sind falsch! Denn selbst in konjunkturell schlechteren Zeiten wie jetzt nimmt der Wohlstand zu – nichts anderes besagt nämlich die Tatsache, dass es Wirtschaftswachstum gibt. Da die Bevölkerungszahl sinkt, folgt aus diesem Wachstum, dass das durchschnittliche Einkommen pro Kopf steigt. Um das öffentlich beeinflusste Investitionsvolumen zu steigern und Leistungen zu erhöhen, muss der Staat nicht nur mehr Einnahmen erzielen, sondern er kann dies auch aufgrund steigenden Reichtums. Deshalb sind folgende Maßnahmen notwendig:

Umbau der kommunalen Steuern (bisher Gewerbesteuer)

Die wichtigste Finanzierungsquelle der Kommunen muss auf eine breitere und weniger konjunkturenabhängige Basis gestellt

werden. Eine Möglichkeit wäre eine kommunale Wertschöpfungsabgabe, weil in der Berechnung der Wertschöpfung mit Löhnen und Zinsen auch weniger konjunkturanfällige Komponenten enthalten sind.

Wiedereinführung der Vermögensteuer

Große Vermögen müssen wieder in die Sozialpflicht genommen werden. Ein sinnvolles Vorgehen besteht darin, einen Steuersatz von 2% auf das Vermögen zu erheben, wobei ein allgemeiner Freibetrag von 350.000 Euro pro Haushalt und ein zusätzlicher Freibetrag von 50.000 Euro je Kind zu gewähren ist.

Dabei muss das Immobilienvermögen, das nicht mehr unterbewertet und folglich gegenüber dem Geldvermögen privilegiert werden darf, realistisch bewertet werden. Eine realistische Bewertung erhält man durch die Ermittlung des Ertragswerts, der auf der Grundlage vergleichbarer Mieten ermittelt wird und das 18-fache der üblichen Jahresmiete beträgt.

Vermeidung der Steuerumgehung durch Gewinnverlagerung

Die Schließung der Steueroasen und das Verbot des steuerschädlichen Wettbewerbs müssen ernsthaft betrieben werden. Ein wichtiger Schritt ist die Abschaffung der weitgehenden Steuerfreistellung von Dividendenzuflüssen aus dem Ausland.

Eine weitgehende Vermeidung der Steuerverlagerung in niedrig besteuerte Länder ist aber auch und vor allem durch eine vollständige Erfassung sämtlicher Einkünfte unabhängig vom Ort ihrer Entstehung (sog. Sitzlandprinzip) möglich. Dazu müssen die entsprechenden Regelungen geändert werden. Erhöhung der Steuertarife von Einkommen- und Körperschaftsteuer Statt 25% sollten in Unternehmen einbehaltene Gewinne wie früher mit 40% Körperschaftsteuer belastet werden. Dabei sollten auch Kapitalveräußerungsgewinne von Unternehmen der Steuer unterliegen.

Aber auch der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer ist deutlich zu erhöhen

auf 60%, statt wie geplant auf 42% im Jahre 2005 abzusinken, da von der Anhebung des Steuerfreibetrages und der Absenkung des Eingangsteuersatzes auch und insbesondere die Bezieher hoher Einkommen profitieren. Wollte man sie nicht netto besser stellen, müsste man den Spitzensteuersatz ohnehin im Vergleich zu 1998, als er 53% betrug, erhöhen.

Einheitliche Besteuerung aller Einkünfte

Kapitaleinkünfte sind ohnehin fragwürdig, da sie leistungslose Einkommen darstellen. Sie auch noch steuerlich durch die

Einführung des Halbeinkünfteverfahrens zu privilegieren ist kontraproduktiv.

Statt dessen sind alle Einkünfte einheitlich zu besteuern. Egal ob Dividenden, Zinsen oder Spekulationsgewinne: Alle Kapitaleinkünfte sollten zu den anderen Einkünften hinzuaddiert werden, so dass sich eine einheitliche Besteuerung ergibt.

Etwaige Vorauszahlungen durch Körperschaft- oder Zinsabschlagsteuer können auf die individuelle Steuer angerechnet werden. Das Halbeinkünfteverfahren und der Progressionsvorbehalt für Kapitaleinkünfte sind abzuschaffen.

Verbreiterung der Bemessungsgrundlage

Besteuerungsausnahmen sowie Sonderregelungen im Unternehmensbereich müssen abgeschafft werden, damit die Besteuerung tatsächlich nach der Leistungsfähigkeit erfolgt.

Besteuerung unabhängig von der Rechtsform des Unternehmens

Auch diese Forderung zielt auf den Abbau von Steuervergünstigungen. Grundsätzlich ist nicht einsichtig, warum die Rechtsform von Unternehmen auf die Höhe der Steuern Einfluss haben sollte. Es kommt schließlich vielmehr auf die ökonomische Leistungsfähigkeit an.

Aufhebung des Bankgeheimnisses und mehr Steuerkontrollen

Die Aufhebung des Bankgeheimnisses ist eine notwendige Maßnahme, damit die Finanzämter die Banken zu Kontrollmitteilungen auffordern können und in die Lage versetzt werden, Steuerhinterziehung zu vermeiden und effektive Besteuerung durchzuführen. Die Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung erfordert zudem eine personelle Aufstockung der Finanzbehörden.

Europäisch einheitliche Besteuerung

Ein auf ökonomische Konvergenz ausgerichteter Wirtschaftsraum wie Europa wird langfristig in allen Regionen Produktivkräfte mit ähnlicher Leistungsfähigkeit aufweisen.

Hier macht es Sinn, über einheitliche Steuern auf allen steuerpolitischen Terrains – persönliches Einkommen, Überschuss von Körperschaften, Verbrauch etc. – nachzudenken.

Eine Vereinheitlichung ist eine gute Möglichkeit, schädliche Steuersenkungswettläufe zu vermeiden. Dabei muss jedoch klar sein: Eine einheitliche Besteuerung kann nur unter hohen sozialen und ökologischen Standards erfolgen; eine Vereinheitlichung nach unten ist abzulehnen. Außerdem müssen Möglichkeiten bestehen, als Reaktion auf nationale Besonderheiten – z.B. Entwicklungsrückstände – auch nationale Steuerregelungen zuzulassen.

Bücher und Materialien

Christian Christen / Tobias Michel / Werner Rätz:

Sozialstaat: Wie die Sicherungssysteme funktionieren und wer von den "Reformen" profitiert

AttacBasisTexte 6 - 96 S., VSA-Verlag (6.50 €)

Die Themen:

Krise des Sozialstaates und Globalisierung

Grundlagen des Sozialstaats

Von Bismarck und Beveridge

Über gesellschaftliche Solidarität und individuelle Freiheit

Kapitaldeckung versus Umlageverfahren

Herstellung von Generationengerechtigkeit

Alternativen zum sozialen Kahlschlag

attac Deutschland:

Materialien zum Sozialabbau zum Bestellen:

[https://www.attac-](https://www.attac-netzwerk.de/material/index.php#sozialabbau)

[netzwerk.de/material/index.php#sozialabbau](https://www.attac-netzwerk.de/material/index.php#sozialabbau)

"WAS REICHTÜMER VERMÖGEN"

Gewinner und VerliererInnen in europäischen Wohlfahrtsstaaten,

Hg von DIE ARMUTSKONFERENZ / ATTAC / BEIGEWUM,

Mandelbaum Verlag, (272 Seiten)

Maria Mies:

Lokalisieren statt Globalisieren

Ein anderes Ziel von Wirtschaft

Der Ansatz „Lokalisieren statt Globalisieren“ bedeutet nicht einfach eine geographische Verengung der Wirtschaftsräume. Er impliziert eine andere Perspektive, ein anderes Modell von Wirtschaft und Gesellschaft als das herrschende kapitalistisch-patriarchalische Modell. Ich nenne dieses Modell die Eisbergwirtschaft. Korten/Shiva und Perlas nennen sie die Selbstmordökonomie.

Diese neue Ökonomie muss zunächst von einem anderen Begriff von „Gutem Leben“ ausgehen. Erkenntnisse im Ökologiebereich haben uns gezeigt, dass das herrschende Modell von „gutem Lebens“ nicht nur nicht für alle Menschen auf diesem Globus zu realisieren ist, sondern auch, dass es nicht einmal die befriedigt hat, die bisher seine Nutzniesser waren/sind. Eine neue Perspektive,- ich nenne sie die Subsistenzperspektive- hingegen kann uns von der selbstmörderischen Wachstumslogik des Industriesystems befreien. Ein gemeinsamer Nenner der ansonsten heterogenen internationalen Protestbewegung gegen die Globalisierung ist, die Kontrolle über die unmittelbaren Lebensbedingungen wieder in die Hand zu bekommen. Essen, Kleidung, Wasser, Transport, Wissen, Gesundheit usw. sollen weder von fernen Chefetagen multinationaler Konzerne aus bestimmt werden noch von globalen Bürokratien wie der WTO. Dieses Ziel kann m.E. nur durch eine Strategie der Lokalisierung erreicht werden. Der Versuch, von oben her eine neue Weltwirtschaft mit humanem Gesicht zu entwerfen ist ein Widerspruch in sich und wird unweigerlich in einem neuen Totalitarismus enden.

Wenn wir fragen, wie denn die Mehrzahl der Menschen auf der Erde, die nicht zu der Arbeiteraristokratie, den „freien“ Lohnabhängigen an der Spitze der Eisbergökonomie gehören, überhaupt überleben, dann stellen wir fest, dass dies auch heute nur durch die Einbindung in lokale Ökonomien möglich ist, sei es auf dem Land oder in den Städten. Der globale Kapitalismus ist zwar in der Lage, den Planeten und alle Menschen auszubeuten. Er ist aber nicht in der Lage, ihr Leben zu garantieren.

Lokalisieren basiert auf anderen Prinzipien

Lokalisieren bedeutet eine Absage an kapitalistische und patriarchale Grundprinzipien und das Inkraftsetzen neuer Subsistenzprinzipien z.B.:

--Statt permanentem, expansivem Wirtschaftswachstum – Aufbau von die Grenzen respektierenden Wirtschaftsräumen. Diese „Grenzen“ sind nicht nur ökologischer, sondern auch ökonomischer und sozialer Natur. Auch unsere Bedürfnisse sind begrenzt. Die kapitalistische Wirtschaft bindet die Befriedigung fast aller unserer Bedürfnisse an die Produktion und den Konsum von Waren. Dies bedeutet, dass ich nicht Wasser trinke, wenn ich durstig bin, sondern Coca-Cola oder Bier. Was unbegrenzt ist, ist die Herstellung und der Verkauf solcher Waren. (vgl. Mies 1988). Das Resultat: Wir bleiben immer unbefriedigt.

Statt individuellem Egoismus als wichtigster Triebkraft der Ökonomie – Gegenseitigkeit, Gemeinwohlorientierung, Solidarität.

Globale Institutionen wie WTO und GATS werden auch die Reste der Sozialstaats- und Gemeinwohlorientierung hinwegfegen.

Statt universaler Konkurrenz – Kooperation

Das neoliberale Konkurrenz-Dogma ist zur beherrschenden Doktrin allen Wirtschaftens geworden. Es strukturiert nicht nur die Wirtschaft sondern auch das Verhalten der Einzelnen, ihre Zeitökonomie, ihre Zukunftsplanung, ihre Beziehungen zu anderen. Ein auf diesem Prinzip basierendes Gemeinwesen, kann im Endeffekt seine Überlegenheit nur durch Kriege demonstrieren

Statt Trennung von Ökonomie und Moral – Wiedereinführung einer neuen „Moral Economy“.

Die kapitalistische Trennung von Moral und Ökonomie machte spezielle Institutionen notwendig, z.B. die Religion, Staat, Familie, die dann in der a-moralischen „rationalen“ Wirtschaft noch bestimmte sittliche Werte hochhalten sollten, ohne die das gesellschaftliche Zusammenleben im Krieg aller gegen alle enden würde. Eine neue „Moral Economy“ ist nicht moralistisch. Sie bedeutet vielmehr die Wiedereinbettung der Ökonomie in die Gesellschaft. (Polyani 1957) Eine „Moral Economy“ basiert auf der Erkenntnis der notwendigen Grundlagen für das Überleben eines Gemeinwesens. (Mies 1994)

Statt Unterordnung der Produktion unter der Handel (für den Export) – Unterordnung des Handels unter die Produktion für lokale regionale Bedürfnisse.

Lokale Ressourcen, lokales Know-How, lokale Arbeitskraft werden, wo immer möglich, für die lokale Bedürfnisbefriedigung eingesetzt, d.h. für alle Menschen und anderen Wesen in einer bestimmten Region. Erst was über die lokalen Bedürfnisse hinaus produziert wird, wird exportiert. So kann verhindert werden, dass Kleinbauern und Kleinproduzenten verhungern, während sie Luxusprodukte (Blumen, Shrimps, Sportkleidung) für die Superreichen in den superreichen Ländern herstellen.

Lokale Produktion und Konsum führen zu einer Schrumpfung des Fernhandels.

Lokale Firmen werden lokal kontrolliert. Investitionen und Kapital bleiben in der Region und schaffen dort neue Arbeitsplätze.

Die meisten politischen und ökonomischen Entscheidungen werden lokal getroffen. Darum muss auch die Macht bei den lokalen Akteuren und den von diesen Entscheidungen Betroffenen liegen und nicht bei globalen Organisationen.

Lokalisieren basiert auf dem Subsidiaritätsprinzip. Wenn bestimmte Produkte nicht in der eigenen Region hergestellt werden, kann die nächst höhere Einheit (Provinz, Staat, Eu) sie beschaffen. Das gleiche gilt für politische Entscheidungen. Lokalisieren bedeutet nicht Autarkie noch Provinzialismus, sondern „Self-Reliance“

(Selbständigkeit.) Ein echter Internationalismus ist erst auf der Grundlage von Gemeinwesen möglich, die selbständig über ihre Ökonomie und Gesellschaft entscheiden.

Direkte Demokratie, die nicht nur die Menschen, sondern alle Lebewesen umfasst (Lebensdemokratie, Shiva 2001)

Die bisher genannten Prinzipien lassen sich nur in kleineren Wirtschaftsräumen durchsetzen und überprüfen. Vor allem ist es in solchen lokalen Ökonomien möglich, dass ProduzentInnen und KonsumentInnen direkt feststellen können, ob die Produktion, der Handel, der Transport usw. gerecht sind, welche Konsequenzen sie für die Umwelt haben, ob die ökologische Vielfalt erhalten oder zerstört wird, wie die Arbeitsverhältnisse gestaltet sind, ob die Löhne und die Preise in einem gerechten Verhältnis zu einander stehen, wie das Verhältnis zwischen Männern und Frauen ist.

Demokratische Grund-Prinzipien wie: Selbstorganisation, Selbstverwaltung, Selbstbestimmung, Self-Reliance sind nur in lokalen Ökonomien durchzusetzen und aufrechtzuerhalten. Vor allem bleiben demokratische Prinzipien dort nicht auf die politische Sphäre begrenzt, auf Stellvertreterpolitik. Sie können endlich auch in der Ökonomie durchgesetzt werden. Dies ist m.E. dann auch die beste Methode, ein Zurückfallen solcher lokaler Wirtschaften in vormoderne, feudale patriarchale Verhältnisse zu verhindern.

In einer globalisierten, kapitalistischen Ökonomie jedoch wird selbst die repräsentative Demokratie zu einer Farce. Feudale und patriarchale Verhältnisse, ja sogar Sklavenarbeit werden wieder eingeführt, weil es nur mehr einen Wert in der Gesellschaft gibt: Profit um jeden Preis.

Andere Prioritäten

Eine solche Umstrukturierung der Wirtschaft verlangt auch andere Prioritäten, z.B.

1. Landwirtschaft vor Industrie: Da die Nahrung immer noch aus der Erde kommt und lokal und regional erzeugt werden soll, kann Landwirtschaft nicht dem Industriemodell heutiger Prägung folgen. Dieses ist auf die Bedienung des Weltmarktes ausgerichtet. Die Kleinbauern müssen gestärkt werden. Sehr viel mehr Menschen als heute können Arbeit in der Landwirtschaft finden.
2. Produzenten-Konsumenten-Vereinigungen können Kleinproduzenten ein regelmäßiges Einkommen und den Konsumenten gesunde Nahrung und andere Produkte sichern. Sie können vor allem wieder so etwas wie Verantwortung für die Erde bei beiden -Produzenten und Verbrauchern- herstellen.
3. Abschaffung von Agrarsubventionen, die das Agrobusiness ermutigen und die Kleinbauern liquidieren, die für lokale Märkte produzieren. Förderung der Umstellung auf ökologischen Landbau. Förderung der Forschung über alte, nachhaltige Anbaumethoden, sowohl in Ländern des Südens wie des Nordens.

Andere Arbeitsteilungen und Beziehungen

Vor allem ist ein anderer Begriff und eine andere Bewertung von Arbeit notwendig, eine Bewertung, die nicht vom Geldeinkommen abhängig ist. Eine solche neue Bewertung von Arbeit wird sich in der Wirtschaft aber nicht durchsetzen, wenn wir an den alten kolonialen und hierarchischen Arbeitsteilungen und Beziehungen festhalten. Dies sind vor allem:

- die Arbeitsteilung und Beziehung zwischen Männern und Frauen,

- die Arbeitsteilung zwischen Kopf- und Handarbeitern,
- die Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Industrie

Die alten Subsistenzgesellschaften waren nach patriarchalischen und feudalen Prinzipien organisiert. Diese wurden durch Ideologien wie patriarchale Religionen aufrechterhalten.

Wenn wir von lokaler Ökonomie reden, haben manche die Befürchtung, dass dies die Rückkehr zu solch vormodernen Herrschaftsformen bedeuten könnte.

Das beste Gegenmittel gegen solche Befürchtungen ist ein bewusster Kampf von Männern und Frauen gegen patriarchale Verhältnisse. Dieser kann beginnen mit einer Umstrukturierung der hierarchischen, geschlechtlichen Arbeitsteilung.

In einer neuen Ökonomie müssten nicht nur die Frauen die Arbeit machen, die Männer machen, sondern auch die Männer müssten die gesellschaftlich notwendige, unbezahlte Haus- und Subsistenzarbeit, im Haus, in der Umwelt und in der Gemeinschaft machen.

Erst wenn die Hälfte der Menschheit diese Arbeit nicht mehr als Last, unwürdig und minderwertig ansieht, wird sich etwas an dem Geschlechterverhältnis ändern.

Eine Aufhebung der bisherigen Beziehung zwischen Landwirtschaft und Industrie würde nicht nur die Landwirtschaft im obigen Sinne verändern, sondern auch die Industrie, und das heisst auch Wissenschaft und Technologie. Genau so wie die landwirtschaftliche Produktion müsste sich auch die Industrieproduktion und die Technologie an den lokalen Bedürfnissen und der lokalen Ökologie ausrichten, und nicht mehr an den höchsten Gewinnaussichten auf dem globalen Markt. Dies würde sofort das Forschungsinteresse auf andere Probleme richten.

Die Aufhebung der kolonialen, hierarchischen Arbeitsteilungen bedeutet keinesfalls ein Ende von Arbeitsteilung und Spezialisierung insgesamt. Im Gegenteil, wenn diese Arbeitsteilungen befreit sind von der Waren und Akkumulationslogik, können alle Beteiligten erst ihre Talente voll entfalten. Dies ist auch das beste Mittel zur Erhaltung der Vielfalt und zur Verhinderung jeglicher Art von Monokultur, sowohl der biologischen wie der kulturellen.

Eine Umstrukturierung der lokalen Ökonomien im Norden wie im Süden im Sinne einer antikapitalistischen-antipatriarchalen Subsistenzperspektive müsste notwendigerweise zu einer Veränderung der globalen Strukturen führen. Mehr-oder-weniger auf Self Reliance ausgerichtete Ökoregionen, in denen der Import aus anderen ähnlichen Regionen nur eine ergänzende Funktion hat, nicht aber die Grundversorgung sichert, werden zu einer Schrumpfung des Welthandels führen, sie werden die Ressourcenverschwendung, den Transport, den Verpackungsmüll, den Einsatz von Chemie in Landwirtschaft und Industrie drastisch reduzieren. Monokulturen aller Art werden sich nicht mehr lohnen. Genau so wenig wie eine blosse Exportorientierung einer Wirtschaft. Deutschland z.B. wird aufhören müssen, sich bloss als „Industriestandort“ zu verstehen. Was vom Welthandel dann noch übrig bleibt, muss nach den Prinzipien des fairen Handels organisiert sein. Das bedeutet, dass es so genannte Billiglohnländer nicht mehr geben wird.

Rainer Roth:

Zu den Ursachen der gegenwärtigen Krise der Staatsfinanzen und der Sozialversicherung

Vortrag auf einer Tagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie 12.09.2003

Die Veranstalter dieser Tagung haben mir als Thema "Menschenrechte und die "Krise" des Sozialstaates" vorgegeben.

Warum steht Krise in Anführungszeichen? Ich denke nicht, dass es sich um eine Krise handelt, die in Wirklichkeit nicht existiert. Es ist eine reale Krise. Eher sollte man Sozialstaat in Anführungszeichen setzen. Denn ein Staat, der den Armen nimmt und den Reichen gibt, kann, wie Eckart Spoo festgestellt hat, kein Sozialstaat sein.

Genau genommen handelt es sich auch weniger um eine Krise des Sozialstaates, sondern der Sozialversicherung. Deren Krise äußert sich darin, dass die Einnahmen der Sozialversicherungen stärker als zuvor hinter den Ausgaben zurückbleiben. Daraus entstehen Haushaltsdefizite. 1998 betrug die Zuschüsse des Bundes, die die Lächer der Rentenversicherung ausgleichen, 45 Mrd. Euro (33 Mrd. im Westen und 12 Mrd. Euro im Osten), 2002 waren es schon 66 Mrd. Euro (49 Mrd. Euro im Westen und 17 Mrd. Euro im Osten). Die Zuschüsse für den Westen sind dreimal so hoch wie die für den Osten. Die Krise der Rentenversicherung ist also nicht in erster Linie durch die Wiedervereinigung entstanden. Das Problem liegt im Westen. (Monatsberichte Deutsche Bundesbank, 8/2003, 59*)

Renten, Krankheitskosten usw. sind trotz der staatlichen Zuzahlungen aber im Wesentlichen keine staatliche Leistung. Es sind Versicherungsleistungen, die aus Lohnabzügen finanziert werden.

Von der Masse der Ökonomen werden die Ausgaben der Sozialversicherung fälschlicherweise zu den Staatsausgaben gerechnet und der Kampf zum Abbau der Sozialversicherung als Kampf zur Verringerung der Staatsquote. Es handelt sich aber im Wesentlichen direkt um Lohnsenkungen, deren Ausmaße politisch festgesetzt werden.

Die ständigen Pläne, die steuerfinanzierten staatlichen Zuschüsse zur Sozialversicherung bzw. die übrigen Sozialausgaben zu senken, vor allem die Sozialhilfe, spiegeln auch nicht in erster Linie eine Krise des Sozialstaates wieder, d.h. der Sozialausgaben, sondern die Krise der Staatsfinanzen insgesamt.

Auch diese Krise äußert sich darin, dass die Staatseinnahmen stärker als zuvor hinter den Staatsausgaben zurückbleiben.

1998 war das Gesamtdefizit der Gebietskörperschaften noch 28 Mrd. Euro.. Im Aufschwungjahr 2000 gab es seit langem wieder mal einen Überschuß. Aber im Krisenjahr 2002 beliefen sich die Haushaltslöcher auf 60 Mrd. Euro.

Die sprunghaft gestiegenen Haushaltsdefizite von Staat und Sozialversicherung erzwingen Lösungen. Die vorherrschende Lösung ist der Sozialabbau. Es ist aber eine Scheinlösung, weil die der Krise zugrundeliegenden Ursachen weiterbestehen und sich verstärken.

Damit kommen wir zu **der Frage, wie die Haushaltsdefizite von Sozialversicherungen und Staat entstehen.** Zunächst scheinen sie ausschließlich ein Ergebnis der Wirtschaftskrise zu sein.

Wachsende Arbeitslosigkeit mit den entsprechenden Einnahmeausfällen an Beiträgen und Steuern, Druck auf die Löhne mit denselben Folgen, sinkende Gewinne und Umsätze mit den entsprechenden Mindereinnahmen an Steuern usw.. sind Erscheinungsformen der Krise.

Was aber sind die Triebfedern der Wirtschaftskrise?

Schon der Begriff selbst sagt, dass es sich um die Krise der gesamten Wirtschaft handelt, nicht nur um die Krise eines Teils der staatlichen Haushalte.

1) Produktivität unter der Regie des Kapitals führt zu höherer Arbeitslosigkeit

In den Jahren von 1991 bis 2000, also im letzten Wirtschaftszyklus, nahm die Produktivität von IndustriearbeiterInnen in Deutschland um 73,1% zu.

Anders ausgedrückt: waren 1991 für die Produktion von inflationsbereinigten Werten in Höhe von z.B. 100 Mio. DM noch 500 ArbeiterInnen notwendig, so waren es 2000 nur noch 290 ArbeiterInnen. Nie zuvor in Nachkriegsdeutschland stieg die industrielle Produktivität so schnell wie in den 90er Jahren.

In jedem Betrieb sieht man die ungeheueren Ersparnisse an Produktionszeiten und eine rasante Freisetzung von Arbeitskräften. In einer Station bei Opel Bochum z.B., in der der Unterboden mit den beiden Seitenteilen zusammengeheftet wird, arbeitet nach der Einführung neuer Roboter heute nur noch eine Arbeitskraft statt 50-60 Arbeitskräften wie noch Mitte der 90er Jahre.

Mit der technischen Revolution sank die in der Industrie aufgewandte Arbeitszeit in Deutschland zwischen 1991 und 2000 von 9,2 auf 6,3 Mrd. Stunden oder um fast ein Drittel. (Jahresgutachten des Sachverständigenrats 2002/03, Stuttgart 2002, 461) Phantastisch.

Allein in der westdeutschen Industrie sank die Zahl der Beschäftigten von 1991 bis 2000 um ein Viertel oder um 1,7 Millionen Arbeitskräfte. 1,4 Millionen davon waren ArbeiterInnen.

Auch wenn sie auf 20% ihres Lohns verzichtet hätten oder die sogenannten Lohnnebenkosten erheblich gefallen wären, wären sie überflüssig geworden. Der technische Fortschritt macht es möglich.

Da die moderne Technik vor allem unter ArbeiterInnen aufräumt, sind rd. zwei Drittel der Arbeitslosen ArbeiterInnen. Arbeitslosigkeit ist vor allem ein Arbeiterproblem. Die registrierte Arbeitslosigkeit von ArbeiterInnen war im Jahr 2000 14,2%. (nach Bundesanstalt für Arbeit (Hg.), Arbeitsmarkt 2001, Nürnberg 2002, 142, 192 - eigene Berechnung) Bei den Angestellten war die Arbeitslosenquote 6,4%.

Die Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung haben mit der technologischen Revolution erheblich zugenommen. Aber unter der Regie des Kapitals drückt sich der geringere Aufwand an notwendiger Arbeitszeit statt in kollektiver Arbeitszeitverkürzung in wachsender Arbeitslosigkeit aus.

Arbeitszeitverkürzung verkürzt nämlich die Zeit, in der Mehrwert produziert werden kann. Sie erhöht ferner die Zahl der Arbeitsplätze und damit dem Umfang des benötigten Sachkapitals für Maschinen, Anlagen und Gebäude. Sie senkt also die Profitraten.

Je mehr jedoch die Profitraten unter Druck stehen, und das ist der Fall, desto mehr wächst die Tendenz, die Arbeitszeit zu verlängern. Die tatsächliche Jahresarbeitszeit einer Vollzeitarbeiterkraft ist nach Angaben der IG Metall von 1991 bis 2000 von 1.604 auf 1.640 Stunden gestiegen. Das Kapital strebt die Wiedereinführung der 40 Stunden-Woche an, wie sie vor 20-30 Jahren üblich war. Natürlich ohne Lohnausgleich.

Da das Kapital die Arbeitszeit trotz revolutionärer Produktivitätsfortschritte verlängert, lag die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf dem Höhepunkt des Aufschwungs (im Jahr 2000) zum ersten Mal in Nachkriegsdeutschland höher als im Tiefpunkt der letzten Krise (1993).

Was für ein Schwachsinn, um mit Rudi Völlner zu sprechen.

Während die Möglichkeiten für ein leichteres und schöneres Leben, für eine drastische Arbeitszeitverkürzung für alle steigen, verwendet das Kapital die Produktivität, um mehr Menschen für überflüssig zu erklären als je zuvor und dem verbleibenden Rest längere Arbeitszeiten und einen höheren Arbeitsstress aufzuzwingen. Ob die Arbeitszeit verkürzt oder verlängert wird, ist vor allem eine Frage der Kampfkraft der LohnarbeiterInnen. Eine drastische Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich steht auf der Tagesordnung.

2) Produktivität unter der Regie des Kapitals führt zur Krise der Sozialversicherungen

Die steigende Produktivität ist es, die unter der Regie des Kapitals auch die Grundlagen der Sozialversicherungen untergräbt.

Nehmen wir die Rentenversicherung als Beispiel:

Die Krise der Rentenversicherung ist in erster Linie eine Krise der Arbeiterrentenversicherung.

Die Einnahmen aus den Sozialversicherungsbeiträgen zur Arbeiterrentenversicherung sind in Deutschland von 1991 bis 2000 um nicht einmal 18 Mrd. DM gestiegen. Die Ausgaben für die Arbeiterrenten aber im selben Zeitraum um 81 Mrd. DM.

Ursache: Die Industrie hat in Gesamtdeutschland in diesem Zeitraum zwei Millionen ArbeiterInnen abgebaut bzw. ein Drittel aller ArbeiterInnen. (Jahresgutachten des Sachverständigenrats 2001/2002, Stuttgart 2001, 427) Die Zahl der Pflichtversicherten sank ebenfalls um zwei Millionen. Gleichzeitig stieg aber der Rentenbestand in der Arbeiterrentenversicherung um über 2 Millionen Personen. Rentenversicherung in Zeitreihen, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt Juli 2002, 142)

Arbeitslosigkeit ist heute für etwa 20% der Arbeitslosen, eben die Älteren, eine Art Vorruhestand und die Rente ist andererseits für viele weitere eine Form der versteckten Arbeitslosigkeit.

Der Bund ist der Puffer, der die von der Kapitalverwertung verursachte Krise der Sozialversicherung abfedert.

1991 schoss der Bund 34 Mrd. DM in die Arbeiterrentenversicherung zu und zahlte durchschnittlich ein Viertel einer Arbeiterrente.

Im Jahre 2000 waren es schon sagenhafte 83 Mrd. DM oder fast 40% einer Arbeiterrente. (Bundesministerium für Arbeit, Materialband Sozialbudget 2001, Bonn 2002, 59 und 71)

Die Krise der Arbeiterrentenversicherung ist ein wichtiger Grund, weshalb die Staatsfinanzen selbst immer mehr in die Krise geraten.

Die Langzeitarbeitslosigkeit wächst, in der sich vor allem Ältere und Frauen, sowie Schwerbehinderte und gesundheitlich angeschlagene ArbeiterInnen sammeln. Etwa die Hälfte der Arbeitslosen ist langzeitarbeitslos. So eine Erhebung des Statistischen Bundesamtes aus dem April 2002. (FR 12.09.2003) Hieraus speist sich auch die Masse der SozialhilfebezieherInnen, die die unterste Schicht der Arbeitslosen stellen. Das Kapital spuckt sie aus und gibt ihrer Faulheit gleichzeitig die Schuld, dass sie immer weniger gebraucht werden.

Die überwiegende Mehrheit der erwerbsfähigen Menschen sind LohnarbeiterInnen. Sie leben davon, dass sie eine Ware namens Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt verkaufen.

Mit steigender Produktivität und sinkender Nachfrage nach Arbeitskraft wird "schlechte" Ware Arbeitskraft, d.h. Arbeitskraft, aus der man zu wenig Mehrwert ziehen kann, immer mehr aussortiert.

Die Kosten für Langzeitarbeitslose, d.h. für Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Arbeitslose, die beide aus Steuermitteln bezahlt werden, sind deshalb ebenfalls im Laufe der Zeit gestiegen. Die Haushaltslöcher der Arbeitslosenversicherung und der entsprechende Zuschussbedarf durch den Bund steigen deshalb tendenziell ebenfalls.

3) Produktivität unter der Regie des Kapitals führt zur Krise der Staatsfinanzen

Das Kapital treibt mit wachsender Produktivität nicht nur die Staatsausgaben in die Höhe. Gleichzeitig unterwühlt es auch die Staatseinnahmen.

Die größte Steuerreform aller Zeiten hat in den Jahren 2001 und 2002 allein bei der Körperschaftssteuer zu Steuerausfällen von jährlich 20 Mrd. Euro geführt. Nicht gerechnet die Steuerausfälle bei der Gewerbesteuer und der veranlagten Einkommenssteuer, die sich auf rd. 45 Mrd. Euro jährlich belaufen dürften. Auch die Steuerausfälle aus der Streichung der Vermögenssteuer mit ihren 4,5 Mrd. Euro sind nicht zu verachten.

Die Steuerausfälle zugunsten des Kapitals haben die Krise der Staatsfinanzen ab 2001 und 2002 verschärft. Aber auch wenn es alle diese Steuersenkungen in Höhe von 30 Mrd. Euro jährlich nicht gegeben hätte: die Haushaltsdefizite hätten sich 2001 und 2002 allenfalls halbiert. Sie haben ihre Grundursache nicht in der Steuerreform.

4) Produktivität unter der Regie des Kapitals führt zu einer Tendenz des Falls der Profitraten

Die Gewinnsteuersenkungen selbst sind letztlich ebenfalls auf die Folgen der gestiegenen Produktivität unter der Regie des Kapitals zurückzuführen.

Die technische Entwicklung senkt den Bedarf an Arbeitskraft. Damit vermindert sie aber auch die Zahl derjenigen, die den Mehrwert produzieren, den sich das Kapital als Gewinn aneignen kann.

Gleichzeitig vermehrt sie mit den Investitionen den Teil des Kapitals, das Sachkapital, das selbst keine Gewinne abwirft, sondern nur seinen Wert auf die Produkte überträgt.

Indirekt sichtbar wird das daran, dass der Anteil der Bruttolöhne und Gehälter am Umsatz z.B. der Metallindustrie von 1991 bis 2000 von 22,4% auf 19,3% gefallen ist. (Jahresgutachten des Sachverständigenrats 2002/03, Stuttgart 2002, 425, 459)

Auch die Realisierung des Mehrwerts wird schwieriger. Mit wachsender Produktivität werden immer mehr Produkte erzeugt. Die zahlungsfähige Nachfrage aber bleibt durch die Freisetzung der Arbeitskräfte, die Rückwirkung der Arbeitslosigkeit auf die Löhne, die Krise der Sozialversicherung und der Staatsfinanzen relativ dahinter zurück. Produzierte Waren können in wachsendem Maße nicht verkauft werden oder nur mit Preisabschlägen. Das drückt die Profite und damit die Profitraten, also das Verhältnis des Profits zum investierten Kapital.

Zwar wachsen die Gewinne nach wie vor. Aber sie wachsen aus diesen beiden Gründen tendenziell nicht im selben Verhältnis wie das investierte Kapital. Die Profitraten fallen langfristig.

Der Sachverständigenrat nennt dieses merkwürdige Phänomen "sinkende Kapitalproduktivität". Auf ein- und dieselbe Summe an investiertem Sachkapital entfällt relativ immer weniger Gewinn. Die Kapitalproduktivität ist nach Angaben der Bundesbank von 1992 bis 2001 jährlich etwa um 1% gefallen. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 9/2002, 53)

Nach Angaben der Bundesbank waren die Nettoumsatzrenditen von Produzierendem Gewerbe, Handel und Verkehr in Westdeutschland im Jahr 2000 mit etwa 2 % genau so hoch wie 1991. Und niedriger als in den 80er, 70er oder 60er Jahren. Wohl gemerkt netto, d.h. nach Steuern. Nur weil die Gewinnsteuern in den 90er Jahren deutlich gesenkt wurden, konnte die Nettoumsatzrendite gehalten werden, sonst wäre sie gefallen.

Der langfristige Fall der Profitraten übersetzt sich in langfristig sinkende Gewinnsteuersätze. Sinkende Gewinnsteuern wirken dem Fall der Nettoprofitraten entgegen. Ob Gewinnsteuersenkungen durchgesetzt werden können, ist immer auch eine politische Frage. Sie setzen sich nicht automatisch durch, nur weil das Kapital ein Interesse daran hat. Da Gewinnsteuersenkungen letztlich mit Sozialabbau refinanziert werden, haben die LohnarbeiterInnen ein massives Interesse daran, dass die Gewinnsteuern nicht sinken. Die DGB-Führung jedoch hat, da sie von den Interessen des Kapitals ausgeht, die Steuerreform mitgetragen und damit dazu beigetragen, dass sie durchgesetzt werden konnte.

Die steigende Produktivität untergräbt also die Einnahmeseite der Staatsfinanzen und stürzt sie unter der Regie des Kapitals in die Krise.

5) Produktivität unter der Regie des Kapitals führt zu Wirtschaftskrisen

Alle Widersprüche, die der Produktivitätsentwicklung unter der Regie des Kapitals innewohnen, explodieren von Zeit zu Zeit in Wirtschaftskrisen. Niemand will Krisen und sie kommen dennoch. Sie brechen aus wie eine Naturkatastrophe und sind doch nur die unvermeidliche Ergebnisse eines von Menschen eingerichteten Wirtschaftssystems, in dem der

Mensch noch nicht die Kontrolle über die Folgen seines Handelns hat, also noch in Unfreiheit lebt.

Das Kapital treibt die Produktion regelmäßig weit über die zahlungskräftige Nachfrage hinaus, die es immer mehr beschränkt. Überproduktion und Überkapazitäten werden in Krisen auf das Maß zurückgefahren, das mit den beschränkten privaten Profitinteressen des Kapitals vereinbar ist. Kapitalvernichtung ist angesagt und weitere Freisetzung von Arbeitskräften, da diese zu produktiv für das Kapital geworden sind. Nicht Faulheit ist das Problem, sondern zu großer "Fleiß".

Die jetzige Krise in Deutschland begann 2001. Dank der vorausschauenden Senkung des Körperschaftssteuersatzes konnte 2001 die Nettoumsatzrendite in Verarbeitendem Gewerbe, Handel und Verkehr trotz Krise bei 2% gehalten werden. (Monatsberichte Deutsche Bundesbank April 2003, 53) 2002 wird sie wahrscheinlich trotzdem gefallen sein.

6) Produktivität unter der Regie des Kapitals führt zu Finanzkrisen

Weil die Renditen nicht mehr stimmen, weiß das Kapital immer weniger mit sich anzufangen. Die Nettoinvestitionen der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften sanken trotz steigender Gewinne zwischen 1991 und 2000 um 15,2%. Die Bundesbank spricht von Investitionsmüdigkeit.

Das Kapital wird in wachsendem Maße arbeitslos und wandert in Finanzanlagen ab. Die Investitionen in Finanzanlagen, d.h. in Kredite, festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Investmentfonds usw. nahmen von 1991 bis 2000 von 8.220 Mrd. DM auf 20.880 Mrd. DM zu. Auch wenn man die durch den Aktienboom aufgeblasenen Kurssteigerungen abzieht, bleibt ein gewaltiger Reichtum, beflügelt durch die technologische Revolution, auf dessen Grundlage jedermann sein Auskommen haben könnte.

Aber der Reichtum interessiert sich nicht für die Lebensperspektive von Arbeitslosen, für die Entwicklung menschlicher Fähigkeiten und Möglichkeiten im allgemeinen, erst recht nicht für Menschenrechte. Sein Menschenrecht ist seine maximale Verwertung. Er filtert alle menschlichen Lebensäußerungen danach, ob sie Kapital vermehren. Denn der Reichtum ist kein Schatz, sondern Kapital, angehäuft in privater Hand, das sich verwerten will. Kapital, auch wenn es die Form von Geld hat, interessiert sich nur für sich selbst, für die Prozentsätze, die irgendwo abfallen, wenn es sich anlegt.

Geld ist zwar genug da, aber Geld ist Ausdruck des Problems, nicht seine Lösung. Es ist nur Durchgangsstadium der Kapitalverwertung und gleichzeitig deren Endprodukt. Geld ist zwar Zahlungsmittel für die Konsumenten, in erster Linie aber ist es Kapital, mit dem Sachinvestitionen getätigt und Arbeitskräfte gekauft werden, durch deren Nutzung mehr Geld herauskommen soll, als man hineingesteckt hat. Oder es drückt den Umfang des Eigentums aus.

Kapital schreitet nach seiner Vermehrung als Selbstzweck, nach Renditen, nicht nach sozialer Gerechtigkeit und der Befriedigung der Lebensbedürfnisse der LohnarbeiterInnen. Jede Anlage ist wertvoller, auch wenn sie riskant ist und zu Verlusten führt, denn immerhin sind Profite möglich. Die Ernährung von Menschen aber, die keinen Profit abwerfen, ist das Letzte, wonach das Kapital strebt.

Viele LohnarbeiterInnen, besonders diejenigen, die nicht oder nicht mehr arbeiten, wissen nicht, woher mit dem Geld. Das Wirtschaftssystem dagegen bzw. die Eigentümer des Kapitals wissen nicht, wohin mit dem Geld. Ein absurdes System, das

gleichzeitig eine Massenarbeitslosigkeit des Kapitals und der Arbeitskräfte erzeugt, gleichzeitig tendenziell fallende Profitraten und einen tendenziell fallenden Lebensstandard der LohnarbeiterInnen.

Die steigende Produktivität trifft gewissermaßen arm und reich.

Sie untergräbt nicht nur die Existenzsicherheit der LohnarbeiterInnen, sondern auch die Sicherheit der Kapitalverwertung selbst.

Schlussfolgerungen

Je stärker sich die selbst gelegte Schlinge fallender Profitraten um den Hals des Kapitals zusammenzieht, desto wilder schlägt es um sich. Es muss sich Luft verschaffen, besonders dann, wenn es sich in eine Krise hineinmanoeuvriert hat.

Den Druck auf die Profitraten verwandelt das Kapital in Druck auf die Gewinnsteuern und die entsprechende Senkung der Staatsausgaben, in Druck auf die Löhne, auf die Sozialversicherungsbeiträge, auf Renten, Gesundheitsausgaben und Arbeitslosenunterstützungen. Also in seine Agenda, ob nun 2010 oder 2020 oder 2030. Zu diesem Zweck müssen die LohnarbeiterInnen schuldig gesprochen werden, da sie diesem Ziel, nämlich der Senkung des Lebensstandards, im Wege stehen. Das Kapital muss die Arbeitslosen bekämpfen statt der Arbeitslosigkeit, die Armen statt der Armut. Zu dieser Politik hat das es keine Alternative.

Die Krise der Staatsfinanzen und der Sozialversicherung wird nicht durch die besitzstandsgeilen LohnarbeiterInnen, die lebenslustigen Alten, die demografische Entwicklung, die faulen Arbeitslosen und die Florida-Rolfs und Viagra-Kalles hervorgerufen. Sie wird auch nicht durch Politiker und auch nicht durch das Ausland erzeugt bzw. die sogenannte Globalisierung. Sie entspringt aus der Logik der Kapitalverwertung im eigenen Land. Sie entsteht im Zentrum dieser Wirtschaftsordnung.

Wenn aber das Kapital für die Krise verantwortlich ist, dann müsste es vom Standpunkt der LohnarbeiterInnen aus auch für die Folgen aufkommen. Wenn das Kapital mit immer weniger Menschen etwas anfangen kann, dann soll es sie auch anständig versorgen. Ein ausreichendes Grundeinkommen ist notwendig für alle Arbeitslosen, alle RentnerInnen usw. und ein ausreichender Mindestlohn für alle LohnarbeiterInnen.

Nur der Widerstand der LohnarbeiterInnen, wenn er tatkräftig organisiert wird, kann dem Sozialabbau Schranken setzen. Inwieweit sich der Sozialabbau durchsetzt, ist immer auch eine politische Frage. Sein Ausmaß hängt von der Mobilisierungsfähigkeit der LohnarbeiterInnen ab. Gewerkschaftsführungen, die sich mehr dem Kapital verpflichtet fühlen, hemmen diese Mobilisierungsfähigkeit und tragen damit zum Sozialabbau bei.

Es ist von daher notwendig, sich innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften selbständig zu organisieren, um überhaupt eine gegenüber dem Kapital selbständige Politik entwickeln und umsetzen zu können. Nur deswegen, weil das in Keimformen existiert, war es möglich, dass sich Kräfte gefunden haben, die zu einer bundesweiten Demonstration gegen die Agenda 2010 am 1. November in Berlin aufrufen, obwohl die DGB-Führung der Agenda 2010 keinen Widerstand mehr auf der Straße entgegengesetzt will und sie faktisch akzeptiert.

Das Kapital strebt an, Löhne und Sozialleistungen solange zu senken, bis es sich rentiert, auch noch die letzte Arbeitskraft zu kaufen. Das ist seine Lösung der Krise. Eine Zustimmung

zum gegenwärtigen Sozial- und Lohnabbau fördert den Sozial- und Lohnabbau der Zukunft und beschleunigt ihn.

LohnarbeiterInnen, die sich dagegen nicht wehren und die die Zusammenarbeit der DGB-Führung mit dem Kapital akzeptieren, haben ihre Selbständigkeit verloren. Sie wären im wahrsten Sinne des Wortes nur noch Arbeitssklaven.

Aber auch wenn durch hartnäckige Kämpfe Erfolge erzielt würden, z.B. ein ausreichendes Grundeinkommen für alle, z.B. in Form von Mindestlöhnen, die zum Leben reichen, Grundrenten, die höher sind als die Armutsgelder der Sozialhilfe, eine ausreichende Grundsicherung für alle Arbeitslosen für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit usw.:

die Logik der Kapitalverwertung würde trotzdem das Fundament dieser existenzsichernden Einkommen untergraben.

Denn auch in Zukunft fördert das Kapital die Entwicklung der Produktivität, indem es Raubbau am Menschen und an der Natur betreibt. Einerseits werden die technischen Voraussetzungen für ein schönes Leben geschaffen, andererseits aber kann das Kapital die menschlichen Produktivkräfte im Verhältnis zu ihren Möglichkeiten immer weniger nutzen. Die Produktivität entwickelt unter der Regie des Kapitals gewaltige zerstörerische Kräfte, die das, was man soziale Sicherheit nennt, immer mehr untergräbt. Dieses Problem kann nicht mehr innerhalb des Lohnsystems gelöst werden, so sehr die LohnarbeiterInnen ihre Interessen als LohnarbeiterInnen verteidigen müssen. Wenn das Kapital im Rahmen der Lohnarbeit immer weniger menschliche Arbeitskraft braucht, stellt es die Lohnarbeit selbst in Frage.

Noch ein paar Worte zum Thema Menschenrechte

Das Recht auf Arbeit und Schutz vor Arbeitslosigkeit ist in der UN-Charta der Menschenrechte verankert.

Die Gleichstellung der Frau mit dem Mann, die Beseitigung der Diskriminierung von Behinderten steht im Grundgesetz. Clement will die Arbeitslosigkeit bis 2008 beseitigen, Schröder will die nachhaltige Sicherung des Sozialstaates durch die Agenda 2010, Eichel will die Beseitigung der Staatsverschuldung usw..

All das ist aber letztlich mit dem Warencharakter der Arbeitskraft, der Lohnarbeit, die der Kapitalverwertung dient und den bestehenden Eigentumsverhältnissen unvereinbar.

Kaum einer kennt die UNO-Menschenrechtscharta, in der das Recht auf Arbeit bzw. auf Schutz vor Arbeitslosigkeit festgeschrieben ist. Und die Bundeswehr würde sich dafür nicht in Bewegung setzen. Diese formulierten Rechte sind in Wirklichkeit keine Rechte. Sie sind nicht vor Gericht einklagbar. Es sind Proklamationen von Zuständen, die sein müssten, aber noch nicht sind. Sie zeigen an, dass die Zeit für ihre Durchsetzung reif wäre, zeigen aber auch, dass die vom Kapital aufrechterhaltenen Bedingungen, die Eigentumsverhältnisse und die Unterordnung aller Lebensbedürfnisse unter die Zwecke der Kapitalverwertung dem entgegenstehen.

Solange Menschen darauf reduziert werden, dass sie ihre Arbeitskraft als Ware auf einem Markt namens Arbeitsmarkt verkaufen müssen, werden sie nicht in erster Linie als Menschen respektiert, sondern nach ihrer Verwertbarkeit eingestuft.

Die Diskriminierung all derer, die aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaften für das Kapital nicht oder nicht genug produktiv sind, ist darin eingeschlossen.

Die Mißachtung der Bedürfnisse von Kindern, die Nicht-Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau trotz GG, die Diskriminierung von Behinderten und Alten, die Vernachlässigung der Jugend usw. ist die notwendige Folge des Warencharakters der Arbeitskraft, d.h. der Lohnarbeit, die im Verkauf der Arbeitskraft als Ware besteht. Das Streben nach Selbstentfaltung äußert sich auch innerhalb der Lohnarbeit und führt u.a. zu einer rechtlichen Anerkennung der Gleichstellung der Frau mit dem Mann, obwohl der Warencharakter der Arbeitskraft der Frau im Grundsatz keine Gleichstellung zulässt.

Indem Menschen für ihre Selbstentfaltung kämpfen, stoßen sie darauf, dass heute der Mensch nicht im Mittelpunkt der Wirtschaft steht. Sie sehen sich gezwungen darüber nachzudenken, wie eine Gesellschaftsordnung aussehen könnte, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und z.B. die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit oder des Schutzes vor Arbeitslosigkeit möglich wäre.

In jeder Gesellschaftsordnung sind die herrschenden Interessen mit den Interessen der Eigentümer identisch. Das Kapital weiß, dass die Produktivität steigt, wenn sich LohnarbeiterInnen als EigentümerInnen fühlen, auch wenn sie es nicht sind. Eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim ergab, dass die Produktivität in Unternehmen, die den ArbeitnehmerInnen einen gewissen

Einfluß auf Betriebsabläufe zugestehen, und die Betriebsräte haben, die vertrauensvolle Beziehungen zum Management pflegen, wesentlich höher ist als in Unternehmen ohne Betriebsräte. (FR 11.09.2003)

Schon die Illusion, sich wie Unternehmer zu fühlen, erhöht die Produktivität der Arbeitenden. Um wieviel stärker würde ihre Produktivität steigen, wenn sie tatsächlich Eigentümer wären.

Indem sie das Kapital stärken, letztlich erhöhen jedoch die LohnarbeiterInnen insgesamt ihre Existenzunsicherheit und arbeiten letztlich daran, ihren Lebensstandard zu senken. Um die Früchte ihrer wachsenden Produktivität für sich nutzbar machen zu können, müssten sie aus LohnarbeiterInnen zu realen Eigentümern werden. Dann kann auch der Mensch im Mittelpunkt stehen, statt wie heute nur ein Spielball nicht beherrschbarer Sachzwänge zu sein, die sich aus der Natur der Kapitalverwertung ergeben.

Es müssten Verhältnisse geschaffen werden, in denen sich die Produktivität nicht gegen die Mehrheit der Menschen richtet. Diese Frage wird dringender, je weniger Menschen noch für die Zwecke der Kapitalverwertung gebraucht werden und je mehr die, die nicht gebraucht werden, als Last betrachtet und entsprechend angegriffen werden.

Rainer Roth: Sozialabbau dient dem Lohnabbau

Redebeitrag auf der Aktionskonferenz II am 13.12. 2003

Die Agenda 2010 ist nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, sagen die Arbeitgeberverbände. Wohin wollen sie? Wir müssen die weitestgehenden Pläne herausarbeiten, nicht nur auf das Tagesgeschäft reagieren, in denen Ziele oft untergehen.

Das ist das Ziel des Beitrags. In welchem ökonomischen Gesamtzusammenhang diese Ziele stehen, wird nicht behandelt.

1) Im Zentrum steht der Angriff auf die Löhne.

Das Kapital will sie so weit wie möglich senken, damit die Profite steigen. Aber bis wohin?

a) In allgemeiner Form:

Prof. Dr. Hans Werner Sinn (ifo-institut München), stellvertretend für die herrschende Meinung des Kapitals, will so weit absenken, bis es keine Arbeitslosigkeit mehr gibt. "Jeder, der Arbeit sucht, findet Arbeit, wenn man zulässt, dass der Lohn weit genug fällt ..." (Ist Deutschland noch zu retten, München 2003, 93)

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein Vorwand, denn Arbeitslosigkeit wird durch steigende Produktivität, durch Kapitalexport und Krisen immer wieder neu erzeugt.

Das Ifo-Institut meint, mit 10-15% Bruttolohn weniger für alle könnte man die Arbeitslosigkeit weitgehend beseitigen. Bei gering Qualifizierten sei ein Drittel notwendig. So auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände schon 1997. Meinhard Miegel hingegen meint, dass die Bruttolöhne für alle ArbeiterInnen um bis zu einem Drittel fallen müssten, um die Arbeitslosigkeit zu halbieren. (vgl. Rainer Roth, Nebensache Mensch, Frankfurt 2003, 147)

b) Wie konkret?

Einerseits durch Verlagerung der Lohnfestsetzung von Flächentarif auf die Betriebe und Ausdünnung bzw. sogar Abschaffung des Kündigungsschutzes. Letzteres erleichtert Lohnsenkungen für alle Tarife.

Andererseits durch Sozialabbau, d.h. durch die Senkung der Arbeitslosenunterstützung, vor allem aber der Sozialhilfe, die wie ein Mindesttarif für untere Lohngruppen wirkt.

Die Bertelsmann-Stiftung, in deren Kuratorium u.a. die Vorstandsvorsitzenden der Post, von Schering, Bertelsmann und Nestle sitzen, verlangt die Abschaffung der Arbeitslosenversicherung in zehn Jahren. Die Reduzierung der Bezugsdauer und des Leistungsniveaus des Arbeitslosengelds, die Ausgliederung bzw. Abschaffung von Weiterbildung und ABM usw., die der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung dienen, sind Übergangsstufen dazu bzw. Minimalforderungen. Je schwächer die Arbeitslosenversicherung ist, desto eher kommen Arbeitslose in die Sozialhilfe. Und die soll, zumindest für Erwerbsfähige, möglichst weit weggehauen werden. Denn die Sozialhilfe legt eine Lohnuntergrenze fest. "Die Lohnersatz Einkommen, die der Staat anbietet (zu denen Sinn auch die Sozialhilfe rechnet), erzeugen Arbeitslosigkeit, weil sie wie Lohnuntergrenzen im Tarifsysteem wirken." (Sinn ebenda, 161-2) . Er bezeichnet die Sozialhilfe auch als "Untergrenze für die Tariflohnstruktur". (461)

Angriffe auf die Tarifverträge sowie die Arbeitslosenunterstützung und die Sozialhilfe sind nur zwei Seiten einer Medaille bei dem Versuch, das Tarifsysteem zu kippen und die Löhne zu senken.

c) Da die Dauer des Arbeitslosengeldbezugs gesenkt wird und die Arbeitslosenhilfe abgeschafft, sind mehr Arbeitslose im Arbeitslosengeld II, auf der Basis einer leicht abgesenkten

Sozialhilfe. Ziel des Kapitals ist die weitgehende Senkung der Sozialhilfe. Die Bertelsmann-Stiftung ist für die Halbierung der Sozialhilfe, um "Fehlanreize" zu vermeiden, das Ifo-Institut und Roland Koch für die Senkung um ein Drittel, der Sachverständigenrat für die Senkung um 30%, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag und Stoiber für die Senkung um 25% usw..

Der Fehlanreiz Sozialhilfe wäre dann ausgeschaltet, wenn es gar keine Sozialhilfe für Arbeitsfähige mehr geben würde, wie in den USA.

Je tiefer die Sozialhilfe fällt, desto mehr wird das Tarifsysteem untergraben.

d) Da dadurch immer mehr Löhne unter das Existenzminimum sinken, tritt die BDA für massive Lohnsubventionen ein, genannt Negative Einkommensteuer. Das Arbeitslosengeld II geht in diese Richtung, aber nur ganz zaghafte. Weitere Senkungen der Sozialhilfe sind deshalb mit höheren Lohnsubventionen verbunden.

e) "Gemeinnützige" Arbeit ist für alle Arbeitslosengeld II-BezieherInnen zumutbar, die ihre Ware Arbeitskraft nicht verkaufen können. Das ist ein massiver Angriff auf die Tarife des Öffentlichen Dienstes. Die Zwangsarbeitsplätze soll um 200.000 aufgestockt werden. Bisher gibt keine Reaktion des ver.di-Bundesvorstandes auf diesen massiven Angriff auf die Tarife des Öffentlichen Dienstes.

Sozialabbau bei Arbeitslosen plus Ausbau der Zwangsarbeit dient dem Lohnabbau. Kürzungen bei Arbeitslosen sind deshalb nicht allein Sache der Arbeitslosen. Sie richten sich vor allem gegen die Beschäftigten. Unsere Aufgabe ist es, ein Bündnis zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen zu fördern, um dem entgegenzutreten.

Das Kapital dagegen treibt einen Keil zwischen Erwerbslose und Beschäftigte. Es stellt die Kürzungen als Kampf gegen die Faulheit der Arbeitslosen und gegen Sozialschmarotzer dar, der im Interesse der Beschäftigten liegen würde. Dem müssen wir entgegentreten.

Andererseits müssen wir hervorheben, dass der Sozialabbau nicht in erster Linie der Sanierung der Staatsfinanzen dient, sondern eben dem Lohnabbau. Der Sozialabbau ist auch nicht ökonomisch sinnlos, weil er die Kaufkraft schwächt. Er ist für das Kapital ökonomisch sinnvoll, weil er Lohnabbau ermöglicht und darüber die Profite erhöht.

2) Zur Senkung der Löhne gehört auch die Senkung der "Lohnnebenkosten".

Der Begriff Lohnnebenkosten ist abzulehnen. Er bedeutet, dass nur die Zahlung für geleistete Arbeitsstunden zum Lohn gehört, nicht aber die Zahlung für Zeiten, in denen LohnarbeiterInnen nicht arbeiten (Krankheit, Urlaub, Renten, Mutterschutz usw.). Wie tief sollen die "Lohnnebenkosten" fallen?

In allgemeiner Form:

Die Bundesvereinigung der Deutschen Industrie (BDI) tritt für die Senkung der Staatsquote von heute rd. 50% auf unter 40% ein. (ebenso Clement und die CDU/CSU) Die Sozialversicherungsbeiträge werden merkwürdigerweise zu den Staatsausgaben gerechnet. D.h.: Renten, Gesundheitsleistungen usw. sollen um 20% gesenkt werden. Der BDI verlangt denn die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge von jetzt 42% auf 35%, d.h. Senkung aller Leistungen um 15 bis 20%. Auch die

DGB-Führung tritt für die Senkung der "Lohnnebenkosten" ein. Das kann nicht unser Weg sein.

Die Ökonomen des Kapitals halten Löhne allgemein und darin eingeschlossen auch die Sozialversicherungsbeiträge solange für zu hoch, als es Arbeitslosigkeit gibt. Die Spirale ist damit nach unten offen.

Nur der Widerstand der LohnarbeiterInnen kann dem Fall dem Sozialabbau und dem damit verbundenen Fall der Löhne nach unten Schranken setzen.

In konkreter Form:

Rentenversicherung. Es geht nach dem Bremer Ökonomen Wilfried Schmähl bei den bisherigen Plänen der Bundesregierung darum, das Rentenniveau des Standardrentners bis 2030 um etwa ein Drittel zu senken. Dann seien 37 Arbeitsjahre nötig, um die Sozialhilfeschwelle zu erreichen. (Spiegel 33/2003, 53) Im Durchschnitt haben Männer in Westdeutschland 39 Arbeitsjahre, Frauen etwa 25. Hartz und Rürup wollen eine abschlagsfreie Rente erst mit 45 Beitragsjahren, ebenso die IG-Metall auf ihrem letzten Gewerkschaftstag. Das läuft auf Rentensenkungen hinaus.

Der BDI verlangt die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 69 Jahren. Das würde die Renten noch weiter senken. Wofür arbeiten wir überhaupt noch, wenn die gesetzliche Rente für die meisten ArbeiterInnen unter der Sozialhilfe liegen wird?

Hierüber kann ein Bündnis zwischen Beschäftigten und RentnerInnen organisiert werden. 19 Mio. RentnerInnen sind ein gewaltiges Potential.

Das Kapital sieht die Gefahr dieses Bündnisses und versucht, Junge gegen Alte aufzuhetzen, indem es die Rentenlast aufgrund der demografischen Entwicklung in den Mittelpunkt stellt, die die Jungen unzumutbar viel kosten würde. Die Probleme werden bei der Kinderlosigkeit gesehen oder dabei, dass die Alten immer länger leben. Der Desinformation mit der demografischen Entwicklung und der Hetze gegen Kinderlose müssen wir entgegentreten, um dieses Bündnis aufzubauen.

Das Ziel des Kapitals besteht darin, die gesetzliche Rentenversicherung nach und nach durch die private Altersvorsorge abzulösen. Die Allianz strebt an, dass in Zukunft nur noch die Hälfte, statt heute 85% der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung stammt. (FTD 30.05.2002) Vorbild sind die USA. "Wir müssen die betriebliche und private Altersversorgung massiv ausbauen. Hier sind wir im internationalen Vergleich völlig unterentwickelt," sagt auch IGM-Vize Huber. Riester-Rente, Metall-Rente usw. fördern die Aushöhlung der Sozialversicherung und den Ausbau der Privatversicherung.

Krankenversicherung. Die Kopfpauschale (Rürup, Herzog) bedeutet die Umwandlung der Krankenversicherung nach dem Muster der Privatversicherung. Abbau versicherungsfremder Leistungen bedeutet dasselbe. Versicherungsfremd sind alle Leistungen, die der Privatversicherung fremd sind, wie z.B. die Familienversicherung, die kostenlose Versicherung der Kinder, das Krankengeld usw.. Um die Kopfpauschalen niedrig zu halten, muss die Grundversorgung reduziert werden. Je weniger die Sozialversicherung abdeckt, desto mehr muss zusätzlich privat versichert werden. Daran hat die Allianz ein massives Interesse, aber nicht wir.

3) Steuersenkungen erfordern Ausgabenkürzungen

Das Kapital will wachsende Teile des Lohns auf Steuern, d.h. auf den Staat verlagern, entzieht aber gleichzeitig dem Staat die finanzielle Grundlage.

Die "historische" Steuerreform reicht nicht. Ziel des Kapitals ist es, die Körperschaftssteuer weiter zu senken, die Gewerbesteuer abzuschaffen (BDI), den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer möglichst auch auf 25% zu senken und die Steuerprogression abzuschaffen.

Die Gewinnsteuersenkungen sollen mit Ausgabenkürzungen (Senkung der Staatsquote) finanziert werden. Mittel sind u.a.: höhere Gebühren für staatliche Leistungen (Ersetzung von Steuerfinanzierung durch Gebührenfinanzierung) nicht nur im Bildungswesen, sowie weitgehende Privatisierung aller staatlichen Leistungen und ihre Verwandlung in Waren.

Je mehr die Lohnabhängigen für Bildung, Kinderbetreuung, Nutzung öffentlicher Infrastruktur zahlen müssen, desto mehr fällt ihr Reallohn.

Insbesondere Schüler und Studierende hängen von staatlichen Geldern ab. Bildungsabbau ist eine Form des Sozialabbaus.

Ein Bündnis zwischen Schülern, Studierenden und Lohnabhängigen bzw. Arbeitslosen ist auf dieser Basis notwendig. Da auch die Rentenversicherung immer mehr von staatlichen Geldern abhängt (40% einer Arbeiterrente werden vom Bund bezahlt), ist auch hier eine Grundlage für Bündnis zwischen allen gegeben, deren Lebensunterhalt und Zukunft vom Staat abhängt.

4) Was ist das treibende Motiv für diese wachsende Unterordnung der Löhne, der Sozialversicherung

und der Staatsfinanzen unter das Profitstreben des Kapitals?

Die gängige Antwort ist: es ist der härtere Wettbewerb, die Globalisierung. Es sind die Konkurrenten aus USA, Asien, Europa, die das verursachen.

Wenn der Wettbewerb die Ursache ist, dann muss die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden.

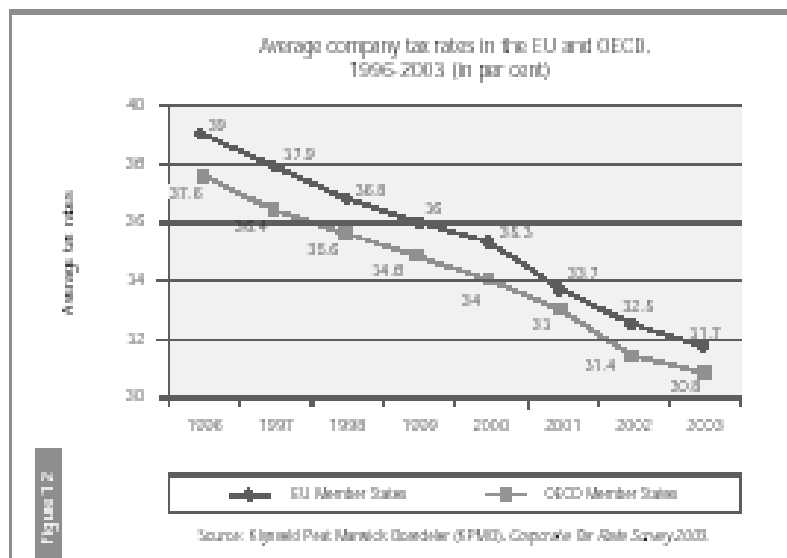
So werden Betriebe gegen Betriebe, Belegschaften gegen Belegschaften, Nationen gegen Nationen und auch die EU gegen die USA in Stellung gebracht. Wettbewerb wird als positiv dargestellt. Aber die Fähigkeit Wettbewerb steigt mit den Profitraten und die steigen, je länger wir arbeiten, je geringer der Lohn, je geringer die Rente, je schlechter die Gesundheitsversorgung usw. ist. Unser Bündnis kann nicht darauf beruhen, dass wir antreten, die Wettbewerbsfähigkeit, d.h. die Profitraten in Deutschland oder der EU gegenüber den USA zu steigern. Wir brauchen ein internationales Bündnis aller Lohnabhängigen, Arbeitslosen, RentnerInnen, Studierenden und Schüler.

Die mangelnde Konkurrenzfähigkeit kann nicht die Ursache der Probleme sein. In den USA ist die Arbeitslosigkeit trotz niedriger Löhne und Sozialleistungen mindestens so hoch wie in Deutschland. Letzte Ursache der Probleme ist die Kapitalverwertung, die sich ihre Basis in jedem Land tatkräftig selbst untergräbt.

Deshalb: wir sollten uns ein Beispiel an den Arbeitgebern nehmen. Die LohnarbeiterInnen sollten ihre Interessen genauso rücksichtslos formulieren. Sie sollten langfristige Ziele aufstellen, die der Richtung des Kapitals entgegengesetzt sind. Letztlich können wir nur auf einer solchen Basis selbständig handeln.

The World Commission on the Social Dimension of Globalization

hat im Auftrag der ILO (International Labor Organisation) den Abschlußbericht "Die soziale Dimension der Globalisierung" veröffentlicht. Der Bericht enthält eine (widersprüchliche) Kritik der Globalisierung und eine Fülle ausgezeichneter Daten und statistischen Materials.. Als PDF-Dateien erreichbar unter www.ilo.org/public/english/wcsdg/



Der Wettlauf nach unten: sinkende Raten der Unternehmenssteuern weltweit

Peter Grottian, Wolf-Dieter Narr und Roland Roth

Sich selbst eine Arbeit geben

Alternativen zur "Repressanda 2010": Umverteilung und Aufwertung der Kommunen

Die "Agenda 2010" ist Ausdruck interessierter Unverantwortlichkeit. Das, was die Bundesregierung und die etablierten Parteien rund um die herzoglichen Hartzereien bieten, kennzeichnet zugleich die Unfähigkeit und Gleichgültigkeit dessen, was als "Politische Klasse" bezeichnet wird.

Unfähig sind diese professionellen "Volksvertreter", den global erweiteren, neoliberal-kapitalistischen Interessen eine grundrechtlich demokratisch ausweisbare Politik entgegenzusetzen. Gleichgültig sind sie, weil sie die massenhaften Verelendungen, die jede Bürgerin und jeder Bürger persönlich schicksalhaft erfährt, hinter gesetzlich aufgewirbelten "Reform"-Staub geschehen lassen, ja geschehen machen.

Statt dem längst betrogenen "mündigen Bürger" die Wahrheit zu sagen, selbst wenn sie unbequem sein sollte, wird so getan, als müssten nur die reichen Wirtschaftsbosse zusätzlich reich machend gestreichelt und die Bürger, je weiter es nach unten geht, getreten werden. Und prompt ereignen sich morgen, in jedem Fall übermorgen - die ewig betörende Fata Morgana neoliberaler Habens- und Herrschaftsmacht: Arbeit und Wohlstand für alle.

Nein. Dieser unhandliche, von niemandem ganz durchschaubare Gesetzeswust, genannt "Reformen" funktioniert nicht einmal unter seinen eigenen Voraussetzungen. Er wirkt allein als Mittel der Disziplinierung nach unten bei denen, die ohnehin nichts haben und bei denen, der Mehrheit, die Angst haben, in eine solche Situation zu geraten. Mit Ökonomie hat er nichts, mit Habensherrschaft hat er viel zu tun.

Darum ist es höchste Zeit, dass wir und andere dagegen opponieren. All das, was rund um die "Agenda 2010" geschieht, die, unterdrückend, allein den Namen "Repressanda" verdient hat, funktioniert sozialpolitisch demokratisch nicht. Auch ein Rückgriff auf die 'herkömmliche' Sozialpolitik und das, was als "Sozialstaat" bezeichnet worden ist, hilft nicht weiter. Diskriminierung inmitten und in der Art der sozialen Sicherungen und bürokratisches Verfahren kennzeichneten denselben.

Nur ein neuer Ansatz eröffnet die Chance, eine Sozialpolitik zu organisieren, die den demokratisch menschenrechtlichen Normen gemäß eine Antwort auf die großen Fragen der Zeit darstellt (...) Das, was wir vorschlagen, sind nur erste bescheidene Schritte. Sie müssen jedoch endlich gegangen werden. Grundsicherung, die ihren Namen verdient, Schaffung anderer Arbeit und anderer, von den Arbeitenden bestimmte Arbeitsplätze, überfällige Arbeitszeitverkürzungen, die endlich auch Geschlechterdemokratie zur großen Chance machen und nicht zuletzt ein demokratisches, das heißt zu allererst lokal organisiertes Steuersystem - so lauten die ersten Schritte, die wir zur Diskussion stellen.

Vier Hebelpunkte zum politischen Handeln

1. Menschenrechtsgemäße Grundsicherung statt Sozialhilfe

Alle Bürgerinnen und Bürger sollen als gleiche und freie Personen ohne existentielle Ängste leben können. Das macht eine notwendige Qualität der gesellschaftlichen Infrastruktur aus. Dieses Versprechen kann in einer arbeitsteiligen, mit teilweise unvermeidlichen Ungleichheiten versehenen, sich fortdauernd verändernden Gesellschaft nur einigermaßen eingehalten werden, wenn der soziale Grund allen Mitgliedern der Gesellschaft erwartbar politisch demokratisch gewährleistet wird. Das heißt rechtssicher und ohne Angst vor den wechselnden Klimazonen des eigenen Schicksals. Eine solche Sicherung des sozialen Grundes, auf dem jeder und jeder menschenrechtsgemäss gehen kann, muss sich wenigstens durch folgende Kriterien auszeichnen:

Der Sockelbetrag, den jede Person erhält, muss so hoch sein, dass er ein bürgerliches Leben ohne Not gestattet.

Der erheblich über dem gegenwärtigen Sozialhilfeszatz liegende Sockelbetrag verletzt die persönliche Integrität derjenigen nicht, die ihn beziehen. Das ist ein entscheidender Unterschied zur Sozialhilfe. Der individuelle Rechtsanspruch für alle muß verbürgt sein. Er wird an die lokalen Lebensbedingungen angepaßt. Er ist unabhängig von der öffentlichen Kassenlage.

In kleinen sozialen Einheiten, an jedem Ort, in jedem Stadtteil wird der Fond der Grundsicherung öffentlich zugänglich verwaltet. Der Verwaltungsaufwand ist infolge der kleinen, allenfalls in die Hunderte gehenden Zahl und des nicht diskriminierenden Charakters der Mittelvergabe gering. An den Entscheidungen, der Vergabe- und den Überprüfungen, die öffentlich gemachten Einwänden gelten, sind vor allem diejenigen angemessen zu beteiligen, die primär von der Grundsicherung leben.

Es ist strikt darauf zu achten, dass die basisdemokratische Prägung bleibt. Die nötigen Willensbildungs- und Entscheidungsverläufe richten sich von unten nach oben. Die Anträge zur Grundsicherung sind auf wenige, leicht überprüfbare Fragen zu beschränken. Sie greifen nicht tief in die Integrität der Personen ein. Die wichtigsten Entscheidungen fallen lokal. Die übergeordneten regionalen und überregionalen Instanzen informieren, und koordinieren ohne Sanktionen. Probleme werden öffentlich gemacht. Sie werden zwischen den Instanzen und ihren lokal unmittelbar von den Beziehern der Grundsicherung gewählten Vertretern ausgehandelt.

Die Leistungen der Grundsicherung. Erst die Grundsicherung schafft die Voraussetzung der Freiheit von Angst. Erst eine solche Freiheit von Angst macht demokratisches Verhalten möglich. Erst sie erlaubt der übergroßen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, ihre Menschenrechte zu leben. Erst der grundgesicherte soziale Boden macht es möglich, Arbeiten aller Art zu leisten: Tätigkeiten, die Menschen zu ihrer politisch kulturellen Reproduktion brauchen. Außerdem Tätigkeiten, die erforderlich sind, damit eine Gesellschaft nicht in vereinzelnder Konkurrenz auseinanderfalle. Gesellschaft kann erst durch produktive Verbindungen werden.

Warum eine solche Grundsicherung heute, wie soll sie prinzipiell finanziert werden? Grundsicherung wird zum ersten Gebot, wenn Erwerbsarbeit nicht allen in gleicher Weise gewährleistet werden kann. Auch während der 'besten'

Zeiten herkömmlicher Sozialpolitik gab es erhebliche Diskriminierungen. Heute wäre es schuldhaft blind, wollte man das System sozialer Sicherungen weiter von der (vollen) Erwerbsarbeit abhängig machen. Soziale Sicherung als die Voraussetzung aller öffentlichen und privaten Lebensqualität und der prinzipiellen Gleichheit der Lebenschancen ist als wahrhaft allgemeine Steuer zu veranlagern. Kurzum: die Grundsicherung ist die positive Antwort auf die strukturelle Krise der kapitalistisch verfassten Arbeitsgesellschaft. Dieser struktureller Krise ist immanent, sprich: mit den Mitteln der Arbeitsgesellschaft nicht beizukommen. Allein neue Formen des Mittelaufkommens und der Mittelvergabe lassen sie bewältigen.

Hemmungen, das Konzept einer allgemeinen Grundsicherung auch nur zu denken, geschweige denn zu verwirklichen. Das ist die neue Qualität der Grundsicherung, dass erst sie gesellschaftlich dem politisch demokratischen Anspruch entspricht. Demokratische Verhaltenserwartungen liefen nicht zuletzt ob des Mangels solcher Grundsicherung weithin ins Leere. Sie blieben abstrakte Postulate. Diese Qualität auf Freiheit und Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger abgestimmte Qualität ist es aber, die dem anders getrimmten gesellschaftlichen Bewusstseins- und Verhaltensformen zuwiderläuft.

Sie reibt sich am vorherrschenden, neoliberal erneuerten negativen Freiheitsbegriff. Frei ist, wer seine Ellbogen benutzen kann. Wer in diesem Sinne ellbogenstark "leistet", hat Besitz und Bildung und gutes Einkommen und Wohlstand verdient. Diejenigen, die ellbogenschwach nicht mitkommen oder ihre Chancen nicht zu nutzen vermochten, sind selbst schuld. Auf keinen Fall geht es, ihnen einen angemessenen sozialen Raum der Sicherheit zu gewähren und von den "Leistungsstärkeren" an die "Leistungsschwächeren" etwas abzugeben. Soll die Idee sozialer Grundsicherung praktische Gestalt gewinnen, müssen wenigstens die Vielen anfangen, die nicht zu den Habend-herrschenden gehören, die Diskriminierungen von oben nach unten nicht weiter zu praktizieren.

In diesem Sinne müsste Solidarität neu gelernt werden. Sie wird heute fast nur abstrakt und oftmals repressiv verlangt. Stößt der Gedanke sozialer Grundsicherung schon auf die Blockade der eingetrimmten Vorstellungen, so ist der Widerstand noch erheblicher, der aus kapitalistischer Logik entspringt. Das, was andere und wir als soziale Grundsicherung vorschlagen, stellt kein materielles Problem dar. Wir wollen soziale Grundsicherung steuerlich demokratisieren. Soziale Grundsicherung bedeutete aber einen Kapitalismus, der auf die immer vorhandene "Reservearmee" der Arbeitslosen verzichtete. Das sind nämlich die wahren Arbeitskosten (!) kapitalistischer Vergesellschaftung, dass sie nicht nur das "Elend dieser Welt" wenigstens mitproduziert. Das tut sie ganz im Unterschied zur kapitalistischen Utopie, Wachstum werde bald alle Mäuler satt stopfen.

Der kapitalistische Arbeitsmarkt lebt davon, dass mit dem Mittel der Entlohnung Ungleichheit noch und noch geschaffen wird. Mit dem damit verbundenen Mittel der Entlassung wird bis ins tz der individuellen Schicksale der ungleich Arbeitenden und der verelendenden Arbeitslosen geherrscht. Darum sind die Behauptungen der neoklassischen Ökonomen pseudowissenschaftlich. Nicht ökonomische Gesetzmäßigkeiten verhindern eine soziale Grundsicherung

als notwendige demokratisch menschenrechtliche Basis der Gesellschaft in heutiger Zeit. Die elitär klassenspezifischen sozialen Voraussetzungen, die Habens- und Herrschaftsziele kapitalistischer Vergesellschaftung sind es vielmehr, die grundsätzlich andere soziale Sicherungen bis heute blockieren.

2. Arbeitsmarkt von unten dynamisieren

Arbeiten bleibt nötig. Grundsicherung meint nicht, es sei gleichgültig, ob Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftlich anerkannt, arbeiten können oder nicht. Im Gegenteil. Soziale Grundsicherung macht endlich alle frei. Sie müssen nicht mehr, gekrümmt und verängstigt, jede Arbeit nehmen, die bezahlt wird. Selbst im Umkreis eines richtig verstandenen, utopischen "Lobs der Faulheit" müssen sich Menschen gesellschaftlich mit anderen reproduzieren. Das bedeutet eine Fülle unterschiedlicher Arbeiten selbst wenn es gelingen sollte, qua technologischer Automation die menschliche Mühe, die nötige "Maloche" zu verringern. Menschen entwickeln außerdem ihre Fähigkeiten nur dann und nur insoweit, als sie in sozialen Zusammenhängen mit anderen Menschen kooperieren und sich mit allen möglichen Gegenständen handwerklich, künstlerisch, sozial, literarisch auseinandersetzen. Menschen erfahren sich selbst vor allem, indem sie sich arbeitend entäußern, in diesen Entäußerungen von anderen anerkannt werden und das, was sie dabei erfahren haben, lernend, in ihrem Selbst wachsend, in sich zurücknehmen.

Arbeit ist füllig vorhanden. Abgesehen vom allgemeinen Wirklichkeitswert von Arbeit für alle Menschen von Kindesbeinen bis zum krummen Rücken ist es eine rundum sichtbare soziale Tatsache, dass Arbeit die Fülle vorhanden ist. Erfordernisse nach Arbeit liegen auf Halde. Arbeit von Menschen mit anderen Menschen für sich selbst und andere in allen sozialen Zusammenhängen ist schon allein quantitativ üppiger vorhanden denn je. Ob man in den Bildungsbereich, das riesige Gebiet der Krankenversorgung, den Umgang mit alten Menschen und Leuten ansieht, die nicht für sich selbst sorgen können, ob man den Zustand öffentliche Räume, alle möglichen Infrastruktureinrichtungen betrachtet, überall hallt wie ein stummer Schrei durch die Lande: wir brauchen Arbeitende! Warum aber "gibt" diese Arbeit niemand, die in allen sozialen Schlaglöchern verlangt wird? Weil sich diese anderen Arbeiten (kapitalistisch profitabel) "nicht rechnen". Darum werden selbst im öffentlichen Dienst Stellen für Lehrer, Krankenschwestern und Verwaltungsbeamte, ja selbst Polizisten gekürzt.

Auch in Sachen Arbeit gilt es einer menschenrechtlich demokratischen Logik eine sich erweiternde Gasse zu öffnen. Erwerbsfähigen und Erwerbswilligen werden unkonventionell Arbeitsplätze unterschiedlichen Typs angeboten. Diejenigen, die brach liegende Arbeit tun wollen, können sich selbst einen Arbeitsplatz entlang ihren Qualifikationen, Motivationen und Möglichkeiten suchen.

Bürgerinnen und Bürger bestimmen über ihre Erwerbstätigkeit in Inhalt und Form, nicht primär ein vermachtes unberechenbarer Markt und eine kafkaesk verstellte und verschiebende Bürokratie. Ein großes Spektrum von Arbeitschancen dehnt sich attraktiv. Diejenigen, die sich selbst eine Arbeit geben, arbeiten als Betreuer von Alten, von Schülern, von Behinderten und Kindern. Als Stadtteihelferin, Fußball-Fanclub-Begleiterin, Rechercheurin in Forschungsprojekten,

Fliegende Cafe-Dienstleisterin, Märchenerzählerin für Kinder, Festivalhelfer, Ökologieassistenten, City-Cleanern, Lehrerassistenten, Quartiersmanagerin und Musikassistentin. Die neuen Arbeitnehmleute finden, erfinden, wählen und suchen ihre Arbeitsplätze. Sie haben die Wahl. Sie schließen einen Arbeitsvertrag über Teil- oder Vollarbeitszeit, der zunächst auf drei Jahre begrenzt ist. Vor Ablauf der Zeit ist von beiden Seiten neu zu verhandeln. Die Arbeitsverträge müssen einigen Minima entsprechen. Die Arbeit ist so zu entgelten, dass der Lohn der Arbeit erheblich über der Grundsicherung liegt. Die üblichen Entgeltendifferenzierungen zwischen herkömmlich verschiedenen Lohn- und Gehaltsgruppen sind allerdings nicht strikt einzuhalten. Darüber ist öffentlich zu diskutieren. Wie oben schon apostrophiert worden ist, ist das, was "leistungsgerecht" heißt und entsprechend unterschiedlich belohnt wird, neu zu bestimmen. Leuten, die darauf beharren, dass sie konventionell gestaffelt bezahlt werden, soll Genüge getan werden. Die Arbeit muss von denjenigen, die sie ausüben, mitbestimmt werden. Wechselseitige Verbindlichkeit und zuverlässige Absprachen sind vonnöten. Dieses Postulat gilt vor allem für die Dauer der Arbeit.

Der erste dreijährige Abschnitt ist - unbeschadet der Optionchancen der Arbeitenden -, zeitlich so zu gliedern, dass rechtzeitig über das Ob und das Wie einer Vertragsverlängerung bzw. andere Arbeitsmöglichkeiten befunden wird. Weitere Vertragsminima kommen hinzu: menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Verbot von Diskriminierungen; Recht auf Aus- und Weiterbildung. Mindestlohnstandards i.S. der Europäischen Menschenrechts-Charta (1989).

Das Programm will arbeitslose oder schlecht beschäftigte Personen ermutigen. Sich selbst etwas zu trauen, selbst nach Arbeit zu suchen und Neugier auf möglicherweise ungewohnte Tätigkeitsfelder zu entwickeln. Wenn diejenigen, die gesellschaftlich entlohnte Arbeit suchen, selbst aktiv werden - das ist unsere Annahme -, dann werden ihre erfolgreichen Beispiele andere mitziehen. Die Arbeitslosen, die sich jetzt Arbeit nehmen, motivieren und mobilisieren sich und andere. Das geschieht im Gegensatz zu den lähmenden und isolierenden Effekten der Arbeitslosigkeit bis heute. Nicht der Humbug von "Ich-AGs" und der stressreich zusammengesuchten Mini-Jobs sind die Alternative, selbstbestimmte Arbeiten des aufrechten Gangs sind es.

Der Arbeitsvertrag wird zur Regelungsinstanz dieses Projekts. Werden sich, herkömmlich gesprochen, "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" einig, dann ist der Arbeitsplatz gegeben.

Stufen der selbstorganisierten Arbeitsplätze

Zwei Stufen dieses Programms öffentlichen Arbeitsangebots zu verwirklichen, sind vorgesehen:

Erste Stufe:

Erwerbslose probieren bei vollem Gehalt für drei Monate einen Arbeitsplatz aus. Darüber hinaus erhalten sie einen Qualifikationszuschuss. Mit dessen Hilfe können sie sich beraten und von verschiedenen Beratungsagenturen unterstützen lassen. Diese Beratungsagenturen machen im Konsens mit dem "Arbeitgeber" und dem "Arbeitnehmer" Vorschläge über die Zukunft des Arbeitsplatzes, seine Qualifikationserfordernisse und die Art der Fortbildung. Entscheidend ist es, dass "Arbeitgeber" und "Arbeitsnehmer" übereinstimmen. Die Beratungsagenturen können ehrenamtliche lokale Gremien,

private Agenturen, Handwerker oder Arbeits-, Jugend- und Sozialämter sein. Sie sind die Joblotsen mit Kompetenz und Überzeugung, aber ohne die Marterwerkzeuge von negativen Sanktionen.

Zweite Stufe:

Auf drei Jahre begrenzt werden in der ersten Etappe öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt, um in den Beruf einzusteigen. Wir sind optimistisch dass sich diese unkonventionellen Prozesse, ein Tätigkeitsfeld zu finden, rasch dynamisch entwickeln. Der Bedarf ist so groß, wie die qualifizierte Nachfrage. Jede Umfrage unter Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern informiert darüber, dass diese gut wissen, was sie gerne arbeiteten. Modellprojekte für Jugendliche, die ihre Arbeit selbst suchen konnten, sind erfolgreich verlaufen (in Berlin und Thüringen). Unser Projekt, Arbeit lohnend zu machen, die gesellschaftlich im Überfluss vorhanden ist, besitzt einen "Hauch von Anarchie". Bürgerinnen und Bürger machen endlich selbst das, was sie bedürfen. Die Ansprüche ökonomischer Regulierung oder politischer Steuerung werden aufgegeben. Niemand kann vorweg sagen, was am Ende herauskommen wird, wie viele Erwerbslose im Handwerk, dem Stadtteilquartier oder einer gemeinnützigen Organisation landen. Nichts wäre politisch erfolgreicher als eine solche Vielfältigkeit.

Alles andere als beliebig. Wir sehen keinen Jahrmarkt der Möglichkeiten vor, auf dem unverbindlich gehandelt wird. Der zentrale Impuls besteht darin, Menschen mit ihren Qualifikationen, Motivationen und Möglichkeiten ernst zu nehmen: Sie sollen selbst zum Initiator und ausführenden "Organ" ihres eigenen Programms werden. Damit der Eigeninitiative angemessen entsprochen werden kann, sind einige Beschränkungen und Präzisierungen des Vorhabens angezeigt. Öffentliche und private Schwerpunkte sind festzulegen, bei denen ein hoher gesellschaftlicher Bedarf unterstellt werden kann. Kommunale Einrichtungen sind vorzusehen, die solche Bereiche gesellschaftlichen Bedarfs öffentlich vorschlagen.

An ihrer Entscheidungsbildung sind die Betroffenen einflussreich zu beteiligen. Den Kommunen sollte eine vermittelnde Schlüsselrolle zufallen, ohne sie zur neuen Zentralinstanz zu machen. Die Kommunen können mit Hilfe solcher Arbeitsprojekte ihre Infrastruktur erheblich verbessern. Bei den privatwirtschaftlichen Branchen könnte mit einem Katalog von Prioritäten gearbeitet werden. Dieser ist seinerseits öffentlich zur Diskussion zu stellen. Für Zigarettenschmuggel und Aktivitäten, die Ausländerfeindlichkeit verbreiten, werden keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Mitnahmeeffekte und Missbräuche sind nicht vermeidbar. Allein die durchgehaltenen Prinzipien der Öffentlichkeit, der Zugänglichkeit und der Mitbestimmung dürften sie bei weitem unter der üblichen bürokratischen Korruptionsschwelle halten. Um den Missbrauch im wirtschaftlichen Bereich einzuschränken, sind Mittel- und Großunternehmen auszuschließen. Das von uns vorgeschlagene Programm, gegebene Arbeit mit bezahlender Anerkennung zugänglich zu machen, folgt nicht der Devise "Berufsarbeit um jeden Preis" Diese entspräche einem verengten Arbeitsverständnis. Alle möglichen Initiativen können gefördert werden, ohne dafür den Preis der Professionalisierung und Bürokratisierung zahlen zu müssen. Die Übergänge zwischen herkömmlicher Erwerbsarbeit, ehrenamtlicher Arbeit aller Art, politische Aktivitäten eingeschlossen, sollten flexibel gehandhabt werden. In diesem Aufbrechen starrer, sachlich obsoletter Berufs- und Nicht-

Berufsarbeitsfronten besteht nicht der geringste Sinn dieses Vorhabens.

Es ist finanzierbar - und zwar sofort!

Wer soll das bezahlen? Wie hoch die Kosten sein werden, lässt sich vorweg nicht genau voraussagen. Klar ist, es darf kein kleinteiliges Modellprojekt sein, das man nach drei Jahren abbricht. Das Experiment neuer Arbeit wird nur sinnvoll, wenn zunächst wenigstens 1 - 2 Mio. Erwerbslosen eine Chance eröffnet wird. Wenn diese im Durchschnitt Verdienste hätten, die mindestens 15.000 Euro im Jahr über der Sozialhilfe/ Arbeitslosenhilfe lägen, dann sind 15 - 30 Mrd. Euro jährlich öffentlich aufzubringen. Gewiss ist, dass die Kosten erheblich geringer sein werden, als diejenigen, die rund um die Arbeitslosigkeit anfallen. Deren persönliche und politische Kosten sind ohnehin nicht zu bezahlen. Vor allem das, was demokratisch menschenrechtlich gewonnen werden kann, übersteigt bei weitem alle materiellen "Verluste". Letztere werden im Sinne neuer und veränderter Arbeitsleistungen ohnehin rasch ausgeglichen. Arbeit der neuen Vielfältigkeit ist selbst rechnerisch das mit Abstand wohlfeilste Politikvorhaben. Gegenwärtig fließen fast 40 % der Ausgaben durch Steuern, Sozialbeiträge, Mehrwertsteuern u.ä.m. wieder in irgendeiner Form an die öffentlichen Haushalte zurück.

Abbau von Arbeitsmarkt- und Sozialverwaltungen.

Wer menschenrechtsgemäße Grundsicherung und selbstbestimmte, vielfältigste Arbeitsplätze neu denkt, kommt nicht daran vorbei, die Schlußfolgerungen für Arbeits- und Sozialämter ebenfalls neu zu denken. Das Konzept zöge einen Abbau bzw. Umbau nach sich. Bei unseren Vorschlägen geht es primär um Phantasie, Kreativität und Beratung. Diese können die Sozial- und Arbeitsämter ohnehin nicht leisten. Als eine der wenigen Aufgaben bliebe ihnen die förmliche Prüfung der neuen Arbeitsverträge. Der mittelfristige Einspareffekt könnte bei jährlich 10 Mrd. Euro liegen. Hin zu kämen der Abbau und Umbau von Beratungseinrichtungen der Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Kirchen.

3. Umverteilung von aller Arbeit statt Arbeitszeitverlängerung

Das von uns vorgeschlagene Projekt "Arbeitsplätze von unten" ergibt nur einen Sinn, wenn gleichzeitig das vorhandene Arbeitsvolumen so verteilt wird, dass möglichst viele Menschen zusätzlich einen Arbeitsplatz finden können. Die jetzt geforderte Arbeitszeitverlängerung ist eine perverse Antwort auf die Notwendigkeit, durch Verkürzung von individueller Arbeitszeit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zu Arbeitszeitkürzungen zählen: eine staatlich flankierte Verkürzung der Wochen- und Tagesarbeitszeit; die Förderung freiwilliger Teilzeitarbeit; die besondere Förderung von Teilzeit für junge Paare; Vorruhestandsregelung; Einstellungskorridore für die jüngere Generation. Das Problem besteht aktuell darin, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften wenig daran interessiert sind, die Arbeitslosigkeit als den zentralen Gegenstand der Tarifverhandlungen anzusehen. Eine Mindestforderung wäre, zumindest das Finanzvolumen von 0,5 % der jeweiligen Tarifangebote (2 - 4 %) in neue Arbeitsplätze unterschiedlichen Typs umzuwandeln. Für den öffentlichen und privaten Sektor könnten auf diese Weise jährlich 300- 600.000 neue

Arbeitsplätze in Teilzeit oder Vollzeit gewonnen werden. Tarifverträge neuen Typs mit Arbeitszeitkoppelung entsprächen den Zeichen der Zeit. Sie minderten den Machtverlust der Gewerkschaften. Jenseits der Lohnprozente-Forderung würden sie für Erwerbslose, Arbeitnehmer und Öffentlichkeit sichtbar werden.

Wer über eine Verteilung gesellschaftlich notwendiger und wünschbarer Arbeit redet, darf über die Potenziale, die in einer Geschlechterdemokratie stecken, nicht schweigen. In den öffentlichen Debatten wird darüber der Mantel des Schweigens gelegt. Die Frage wird allenfalls der Familienpolitik zugeordnet. Ein angemessenes Verständnis von Arbeit meint Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Erziehungsarbeit und vielfältige Formen sozio-kultureller Arbeit. Gegenwärtig wird Arbeits- und Machtteilung zwischen den Geschlechtern mehr gewünscht. Sie wird aber nicht gefördert, sondern geradezu bestraft. Erst wenn Geschlechterdemokratie als Produktivkraft entdeckt wird, erhält sie ihre mögliche gesamtgesellschaftliche Wirkung. Der wirkungsvollste Hebel wäre, diejenigen, die Arbeit mit Partnerschaften, Allein-Leben, Familie mit Kindern als balanciertes Lebensmodell praktizieren wollen, gesellschaftlich zu belohnen. Das Ehegattensplitting in Verbindung mit weitreichenden Teilzeitangeboten abzuschaffen, könnte eine erhebliche Dynamik auslösen. Spezifische Vereinbarungen der Tarifpartner sollten diese ergänzen. Die von uns vorgeschlagene doppelte Option von selbstbestimmten Arbeitsplätzen und Grundsicherung hat auch ein geschlechterdemokratisches, antipatriarchales Ziel.

4. Eine kommunalbegünstigende Steuerreform

Unsere ersten beiden, eng miteinander gekoppelten Vorschläge, die Grundsicherung und das Angebot von Arbeitsplätzen, sind ohne eine Steuerreform, die die Kommunen stärkt, angemessen nicht umzusetzen. Beide Male ist die lokale Ebene entscheidend. Mitbestimmende Organisation von Grundsicherung und vor allem lokal organisierte Arbeitswahl sind nur kommunal denkbar. Die Kommunen können ihrerseits nur demokratisch organisieren, wenn sie über eigene Einnahmen verfügen und in neuer Form Einnahmen und Ausgaben öffentlich miteinander verbinden. Die kommunale Verwaltung muss ihrerseits in die Lage versetzt werden, die Vielzahl der Tätigkeitschancen anzubieten oder nutzen zu lassen, die lokal 'an sich' vorhanden sind. Zuerst müssen deshalb die Kommunen über einen veränderten vertikalen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden, um die nötigen Infrastrukturleistungen erbringen zu können. Ein eigenes kommunales Recht, Steuern zu erheben, ist angezeigt. Das ist vor allem in Zeiten von Notlagen der Städte und Gemeinden geboten. Öffentliche Armut und privater Reichtum klaffen immer weiter auseinander. Dass die Kommunen beispielsweise mit Hilfe einer eigenen Einkommenssteuer die belastungsfähigeren Bürger stärker heranzögen und dadurch eine Kommune erst zur Kommune machten. Zusätzlich ist der Prozess der Mittelvergabe öffentlich zu gestalten (Bürgerhaushalt). Anders lassen sich die beiden neuen Aufgaben der Grundsicherung und des nicht-repressiven Arbeitsangebots nicht verwirklichen.

Mobilisierung über Sozialforen mit neuen Protesttypen koppeln:

Konzeptionen auf dem Papier sind wichtig. Sollen sie aber mehr als Papier werden, bedürfen sie der außerinstitutioneller Mobilisierung. Langer Atem ist hierfür erforderlich. Ein

Lernprozeß traditioneller Institutionen aus sich selbst heraus und ohne Druck von außen ist nicht zu erwarten. Einen Anknüpfungspunkt bilden einerseits die globalisierungskritische Sozialbewegung in ihren Ausprägungen des Europäischen Sozialforums (ESF) in Florenz und Paris an (Nov. 2003). Andererseits bieten die sich langsam entwickelnden Sozialforen unterschiedlichen Typs (Köln, Hamburg, Berlin u.a.) in den Städten und Regionen eine Möglichkeit.

Eine Schwierigkeit besteht darin, dass der internationale Protest programmatisch, institutionell und in den Protestformen weiter entwickelt ist, als die noch kleinstmütigen Anstrengungen in Deutschland. Zwischen beiden Ebenen besteht fast keine Verbindung.

Das Europäische Sozialforum (ESF) in Florenz war vor allem deshalb ein großer Erfolg, weil sich der Protest gegen den drohenden Irak-Krieg mit der Globalisierungskritik und der innenpolitischen Konfrontation zur Regierung Berlusconi verbinden konnte. Das Europäische Sozialforum in Paris (12. - 16.11.03 ESF) hat entschieden, im Frühjahr 2004 einen "zweiten 15. Februar" in abgewandelter Form, als internationalen Protesttag ein Jahr nach dem Beginn des Irak-Kriegs zu organisieren (20.3.04). Die Themen Krieg und Sozialabbau sollen miteinander in zwei Protesttagen verknüpft werden. Hinzu kommt eine Protestallianz zur Europäischen Verfassung.

Erheblich anders sieht es in Deutschland aus. Auch hier gibt es erhebliche Protestmobilisierungen. Sie blieben jedoch eher isoliert und parzelliert. Eine Debatte zu Alternativen der Agenda 2010 fand nicht statt. Die Oppositionskräfte in der SPD, Bündnis90/Die Grünen und der PDS wurden mit Brosamen gesättigt. Die Gewerkschaftsführungen können (und wollen) bis jetzt nicht mobilisieren, sodass der herrschenden Rot-Grün-Schwarz-Gelben-Einparteienkurs in Schwierigkeiten gebracht würde. Quantitativ überraschend erfolgreich war die bundesweite basisaufständische Protestdemonstration gegen Sozialkahlschlag am 1. November 2003 mit 100.000 Teilnehmern in Berlin. Programmatisch-praktische Alternativ-Vorstellungen waren jedoch Mangelware (Memo- Gruppe, WSI-Initiative, attac u.a.). Mit anderen Worten: Vor allem die außerinstitutionellen Akteure und Akteurinnen sind jenseits des "Neins" zum Sozialstaatsabbau weitgehend ohne Perspektive. Ein Deutsches Sozialforum (DSF) ist in der Diskussion.

Auf der Ebene der lokalen und regionalen Sozialforen hat sich, von der überregionalen Öffentlichkeit unbemerkt, einiges getan. In etwa 30 Städten gibt es inzwischen Sozialforen (Berlin, Wuppertal, München, Stuttgart, Tübingen, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Witten u.a.), die ähnliche Ziele verfolgen und die sich untereinander zu koordinieren beginnen.

Wenn die von uns vorgeschlagene Strategie auch nur einigermaßen überzeugend ist, dann wäre zunächst ein eher programmatischer Verständigungsprozeß auf den lokalen und regionalen Ebenen dringlich, der Zug um Zug mit internationalen und bundesweiten Aktivitäten zu verbinden ist. Eine Akteurs-Konferenz zur Vorbereitung des international gleichzeitig stattfindenden Protesttages im April 2004 könnte einen Selbstverständigungsprozeß in Gang setzen.

Wer sinnvolle Arbeitsplätze etablieren will, muß eine sinnstiftende Kontroverse vom Zaune brechen. Wir plädieren dafür, zu experimentieren:

Instandbesetzungen von gesellschaftlich sinnvollen und konsensfähigen Arbeitsplätzen. Ein geschlossenes Jugendzentrum könnte wieder eröffnet und die dort geleistete Arbeit öffentlichkeitswirksam vermittelt werden. Nach 5 - 6 Tagen ist eine "fürsorgliche Belagerung" von politisch Verantwortlichen denkbar. Damit diese Arbeit öffentlich finanziert werde. Dieser Aktion könnte ein "Spaziergang zu den Wohlhabenden" in den besseren Stadtteilen korrespondieren, um deren Mitverantwortlichkeit zu bekunden. Sie sollten dafür gewonnen werden, die tiefen Spaltungen in den Städten zu überwinden.

Armutsproteste neuen Typs. Wer für eine bedingungslose Grundsicherung eintritt, muss die Gesellschaft mit dem Ausmaß von verdeckter, offener und erreichter Armut anders als bisher konfrontieren. Wo keine gesellschaftliche Teilhabe angeboten wird, ist Armutsprotest geboten. Lumpen-Demonstrationen anlässlich festlicher Ereignisse (Pressebälle, Staatsbesuche, G7-Gipfel), demonstrative Aufrufe und Bezahlung schwarzfahrender Erwerbsloser, Obdachloser, Sozialhilfeempfänger und andere Armen könnte zu erheblichen politischen Auseinandersetzungen führen. Bettel-Demonstrationen in den wohlhabenden Wohnvierteln sind überfällig. Armut muss ihr Gesicht den Habenden und Herrschenden zeigen.

Symbolische Schließung von Arbeitsämtern. Unsere Forderung nach Grundsicherung und Arbeitsplätzen zieht die Problematisierung der Arbeitsämter nach sich, die die Arbeitslosen und Arbeit Suchenden bürokratisch formieren. Wenn sie für eine sinnvolle Sozial- und Arbeitsmarktpolitik teilweise entbehrlich sind, dann ist ihre symbolische Schließung folgerichtig. Wieviel Gewalt durch diese Ämter ausgeübt wird, ist längst zum öffentlichen Konflikt zu machen.

Gewaltfreier ziviler Ungehorsam von denjenigen, die in den Institutionen nicht mehr loyal sein können oder wollen. Der außerinstitutionelle Ungehorsam und Protest wird erst seine Wirkung entfalten, wenn diesem Akte zivilen Ungehorsams von denjenigen korrespondiert, die zur Loyalität innerhalb der Institutionen verpflichtet sind. Erst wenn Jugendarbeiter, die 150 Jugendliche betreuen sollen, erst wenn Hochschullehrer, die mit 120 Studierenden Seminare gestalten sollen, erst wenn Sozialbeamte, die 180 Sozialhilfeempfänger sinnvoll betreuen sollen, sich diesen Aufgaben verweigern und die Arbeit demonstrativ niederlegen, wird sich die herrschende Politik herausgefordert sehen. Vorerst hat ein Generalstreik keine Chancen. Begründete, von Teilen der Gewerkschaften mitgetragene Arbeitsniederlegungen, könnten jedoch die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen anschieben.

Der mangelnde Streit um Alternativen zur Repressanda 2010 beunruhigt am meisten.

Die programmierte Erfolglosigkeit der Agenda 2010 im Sinne eines täuschenden Wachstums- und Beschäftigungsversprechens sollte die Courage für Alternativen künftig befördern. Die Hebelpunkte in Richtung einer Sozialpolitik, die diesen Namen verdient, sind Teil einer 70seitigen **Memorandums**. In diesem Memorandum sind zusätzlich folgende Teile enthalten: Eine Kritik der herkömmlichen Sozialpolitik, die Skizze eines sozialpolitischen Ansatzes, der den unabgeholten Normen von Demokratie und Menschenrechten folgt, eine Kritik der Agenda 2010 und der von ihr symptomatisch repräsentierten Richtung eines sozial und politisch kahl schlagenden Neoliberalismus. Dieser ist das Hauptproblem selbst; er verstellt die in etablierter Ökonomie und Politik gegebenen Probleme.

Ausweitung der Aktivitäten auf breitere Bevölkerungsschichten

Rundbrief des Verwaltungsrats von attac Frankreich an die Mitglieder

Der Verwaltungsrat von Attac hat auf seiner Klausurtagung (30.1.-1.2.2004) als Leitlinie für das Jahr 2004 eine radikale Ausweitung seiner Aktivitäten auf breitere Bevölkerungsschichten beschlossen.

Unter breiteren Bevölkerungsschichten sind Männer, Frauen und Jugendliche, insbesondere MigrantInnen und Kinder von MigrantInnen- gemeint, Arbeitslose und prekäre Lohnabhängige, BezieherInnen des Mindestlohnes, (Industrie- und Handwerk)arbeiterInnen, Angestellte, Obdachlose und Menschen in schlechten Wohnverhältnissen.

Die im Zuge der neoliberalen Globalisierung verarmten Kleinbauern, Kleinhändler und Handwerker darf Attac auch nicht vernachlässigen?

Insgesamt sind dies mehr als 20 Millionen in Frankreich, und Milliarden weltweit. Die breiteren Bevölkerungsschichten haben mehr zu leiden als die anderen sozialen Kategorien unter den verhängnisvollen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung, die in allen Ländern durchgesetzt wird. Ohne mehrheitliche Teilnahme und Mobilisierung der breiteren Bevölkerungsschichten, wird keine andere Welt möglich sein. Doch fällt es der globalisierungskritischen Bewegung, als deren Teil Attac sich versteht, besonders schwer, jene Schichten zu integrieren.

Dies ist der Grund, warum der Verwaltungsrat von Attac beschlossen hat, seine Aktivitäten ganz besonders auf diese auszuweiten.

Über die praktische Umsetzung dieser Ausweitung muss auf nationaler und internationaler Ebene eine Diskussion geführt werden:

1. Sich direkt den breiteren Bevölkerungsschichten zuwenden

Der Verwaltungsrat wird bei der nationalen Konferenz der Lokalkomitees (CNCL) am 7. und 8. Februar die Haltung einer außerordentlichen Versammlung der Lokalkomitees am 26. und 27. Juni zur Debatte über die Ausweitung in Richtung der volkstümlichen Schichten beantragen

Zweck dieses Treffens wäre ein Austausch mit den Lokalkomitees, die über praktische Erfahrungen verfügen und so in der Lage wären, von ihren Erfolgen bzw. Schwierigkeiten zu berichten. Daraus könnten die für den Erfolg unserer Aktionen notwendigen Voraussetzungen herausgearbeitet und eine Verallgemeinerung ihrer Vorgehensweise ins Auge gefasst werden.

Attac braucht auch eine stärkere Fähigkeit, auf die von der Regierung Raffarin Pläne des Sozialabbaus zu reagieren. Die Assoziation müsste in der Öffentlichkeit sichtbar werden, durch eine verstärkte Präsenz auf den Marktplätzen, vor den Betriebstoren, in den Bahnhöfen und U-Bahnstationen, vor dem Eingang der ANPE (öffentliche Arbeitsvermittlung), der ASSEDIC (Arbeitslosenkasse), der CAF (Caisse d'allocations familiales, Sozialämter)... Die Kämpfe der Lohnabhängigen und der Arbeitslosen müssen mit einer besonderen Aufmerksamkeit unterstützt werden, so wie es derzeit bei einer Reihe von lokalen Komitees schon der Fall ist.

In diesem Geiste ruft der Verwaltungsrat alle Lokalkomitees, die dazu bereit sind, dazu auf, die von der Tour de France

gebotene Gelegenheit, unsere Assoziation bekannt zu machen, aufzugreifen. Unsere Interventionen, die dem Geist dieser sportlichen und kommerziellen Veranstaltung zu entsprechen haben, können in der Form von Infotischen geschehen, welche die Aktivisten mit Fahnen, Büchern, Broschüren, Flugblättern sowohl beim Start wie auch bei der Etappenankunft und auch unterwegs aufbauen.. Nachdem die Regierung beschlossen hat, Anfang Juli auf dem Verordnungsweg die Krankenversicherung gesetzlich neu zu regeln, könnte unsere Antwort u.a. bei der Tour de France der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden

In gleicher Weise denkt der Verwaltungsrat derzeit über eine Initiative nach, die ein Sommercamp oder eine Veranstaltung zur "Entdeckung" von Attac vorschlägt. Dies könnte Anfang August vor der Sommeruniversität in Uzeste (Gironde) stattfinden, und gleichzeitig die Themen Attac und Kultur gemeinsam behandeln. Dieser Initiative könnten im Juli und Anfang August Initiativen "Entdeckung von Attac" in den einfachen Wohnvierteln vorangehen. Doch wurde darüber noch keine Entscheidung getroffen und es könnte auf der CNCL vom 7. und 8. Februar zur Debatte stehen?

2.- Alle unsere Kampagnen auf die breiteren Bevölkerungsschichten ausrichten

Um sich an die breiteren Bevölkerungsschichten zu wenden, braucht es keinerlei spezielle Methoden oder besondere Themen. Wir haben lediglich unsere Aktivitäten der auf Aktion ausgerichteten Volksbildung fortzusetzen, und alle unsere Kampagnen auf die breiten Bevölkerungsschichten auszurichten. Vielmehr sollten wir uns bemühen, schriftliche Unterlagen zu erstellen und Initiativen zu fördern, die für möglichst viele zugänglich sind, und dies alles in einer einfachen und klaren Sprache.

Für das Jahr 2004 hat sich der Verwaltungsrat die Durchführung von vier Hauptkampagnen und vier permanenten Kampagnen zum Ziel gesetzt

Vier strategische Prioritäten

Gemeint sind: die von der Raffarin Regierung geplante Reform der Krankenversicherung; der Freihandel nach dem Misserfolg des Gipfeltreffens in Cancun; Europa und das Verfassungskonvent; die Situation auf dem Arbeitsmarkt und dabei der erneut heftige Angriff der Raffarin Regierung.

Vier permanente Kampagnen

Es handelt sich dabei um

- das Wasser, im Zusammenhang mit der Erneuerung von mehreren Tausenden von Verträgen durch die Gemeinden;
- den GATS in Verbindung mit dem Projekt, jene Gemeinden zu einer Generalversammlung einzuberufen, welche den Aufruf zu "Zonen außerhalb des GATS" unterzeichnet haben;
- die Steuerparadiese und die Finanzkriminalität;
- die GVO (gentechnisch veränderte Organismen).

Zusätzlich wird es noch zwei bedeutende Initiativen geben: im März die Gedächtnisfeier zum 60. Jahrestag der Verabschie-

derung vom Programm des CNR (Conseil National de la Résistance, Nationaler Widerstandrat) ; Anfang Juli Gedächtnisfeier zum 60.Jahrestag von den Bretton Woods Abkommen

Dabei möchte sich Attac nicht dem Kult des Vergangenheit und der Nostalgie hingeben, sondern aufzeigen, wie der Sozialstaat und die internationalen Regelungen aus der Nachkriegszeit durch die laufende neoliberale Politik systematisch zerstört werden.

3.- Die Suche nach Partnerschaften

Wenn auch Attac seine eigenen Aktivitäten in voller Unabhängigkeit durchzuführen hat, so muss sich doch die Assoziation um alle möglichen Partnerschaften bemühen, mit den Gewerkschaften, den sozialen Verbänden und den Volksvertretern. Diese Orientierung scheint besonders wichtig zu sein für die Mobilisierung der Beschäftigten, der Arbeitslosen und Armen, sei es in den Betrieben oder den Wohnvierteln.

Die Sozialforen, auf welcher Ebene sie auch immer stattfinden (global, europäisch, national, lokal), sind das wichtigste Instrument der Bewegung für eine andere Globalisierung. Trotz des unbestreitbaren Erfolges dieser Foren ist eine Neubewertung derselben - auf die sich die Vereinigung auch schon eingelassen hat- unbedingt erforderlich (s. unten die Erklärungen "Zum Thema Versammlung der Sozialbewegungen in Mumbai " und "Attac und die Zusammenschlüsse" <http://www.france.attac.org/a2430>).

4.- Vertiefung der Arbeit zur besseren Entwicklung unserer Aktionen

Der neoliberalen Liberalisierung gegenüber erfreut sich die globalisierungskritische Bewegung, und insbesondere Attac, bei den Bürgern eines verstärkten Interesses, wie das unlängst abgehaltene europäische Sozialforum und jenes in Mumbai gezeigt haben. Wir sollten jedoch ständig unsere Waffen verbessern und neue schmieden. Aus diesem Grund hat der Verwaltungsrat beschlossen, mehrere Arbeitsgruppen oder Arbeitseinheiten zu gründen, mit dem Ziel, Argumentationsblöcke und Aktionsideen zu spezifischen Themen zu entwickeln, die sich unter drei strategische Achsen zusammenfassen lassen:

Die Entwicklung und die Regulationen

Die Ausweglosigkeit des auf Handel und Produktivismus fixierten Systems, die Widersprüche und alternative Möglichkeiten.

Bilanz der Globalisierung und Vorschläge von Attac (Zusammenstellung vorliegender Einzelelemente und Vorschläge zwecks eventueller Veröffentlichung einer Broschüre, von "vier Seiten" für Lignes d'Attac, von Flugblättern).

Wachstum und "Schrumpfung" (Klärung dieser verschiedenen Begriffe und Vertiefung der Theorie und der Vorschläge von Attac).

Diese strategische Achse sollte sich auf den Ergebnissen der Arbeitsgruppen des Wissenschaftlichen Beirats oder der bestehenden Kommissionen stützen: Entwicklung, nachhaltige Entwicklung, Solidarökonomie und internationale Solidarität, Energie, Freihandel.

Die politische Macht

Staat, transnationale Konzerne, für die Globalisierung konstitutive Organismen und Institutionen
Partizipative Demokratie (welche konkreten Initiativen?).

Ziviler Ungehorsam (was ist das?).

Staat (welche Rolle in einer anderen möglichen Welt?).

Laizität und Globalisierung (was ist die Laizität?).

Macht und Gegenmacht (diese Begriffe definieren und daraus praktische Konsequenzen ableiten).

Diese Achse sollte sich ebenfalls auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppen des Wissenschaftlichen Beirats oder der bestehenden Kommissionen beziehen: WTO, GATS, Besteuerung und IFI (Internationale Finanzinstitute), Gestaltung des Landes und Globalisierung.

Die Partnerschaften, die Allianzen und die Kommunikation

Politische Ergebnisse (Vorgehensweise zur Erzielung konkreter Resultate?).

Sozialforen (in welcher neuen Größenordnung?).

Monographien der lokalen Komitees (die Erfahrungen der lokalen Komitees aufgreifen, verwerten und austauschen).

Was ist die Aktion? (Wir sind wohl vertraut mit dem Ausdruck einer Volksbildung, aber weit weniger mit dem eines "ausgerichtet auf die Aktion").

Diese derzeit laufenden Überlegungen wie auch bereits gefasste Beschlüsse geschehen selbstverständlich im Rahmen der neuen Dynamik von Attac. Der Verwaltungsrat schlägt vor, die Zusammenfassung der Diskussionen in den Lokalkomitees bei der Generalversammlung 2004 vorzulegen Paris, am 4. Febr. 2004 <http://www.france.attac.org/a2431>

Last Minute: 3 neue ATTAC-Basistexte:

